

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 27. Juni 2019,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 21.30 Uhr**

Anwesend sind: 37 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund (ab 18.30 Uhr), 3. Urs Knapp, 4. David Plüss,
5. Daniel Probst, 6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç (ab 18.30 Uhr), 3. Eugen Kiener,
4. Andrea Leonhardt Moor, 5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist,
8. Dr. Arnold Uebelhart, 9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Michael Neuenschwander, 2. Raphael Schär, 3. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard (ab 18.25 Uhr)

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:
Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 20.30 Uhr)
Urs Tanner, Finanzverwalter
Adolf Schmid

Entschuldigt abwesend:
Simon Muster

Unentschuldigt abwesend:
Alexandra Kämpf
Myriam Frey Schär

Vorsitz: Marlène Wälchli Schaffner

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2019/2020
3. Gemeindeparlament/Demission
4. Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl
5. Umsetzung der Motion SVP betr. Sicherheit am Ländiweg/Kenntnisnahme
6. Jahresrechnungen und Verwaltungsbericht 2018/Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. Überparteiliche Motion betr. zeitnahe Budgetreferendumsabstimmungen
 - 7.2. Überparteiliche Motion betr. obligatorisches Referendum bei Steuerfussanpassungen
 - * 7.3. Postulat Tobias Oetiker (Olten jetzt!) betr. Förderung der nicht kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums
 - * 7.4. Interpellation SP/JSP betr. Langsamverkehr zwischen Bahnhofbrücke und Postplatz
 - * 7.5. Postulat Olten Jetzt! betr. Einführung eines Request Tracking Systems in der Stadtverwaltung
 - * 7.6. Postulat Fraktion SP/JSP betr. Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung
 - * 7.7. Überparteiliches Postulat betr. Gleichzeitiger Wahltermin für Stadtpräsidium und Stadtrat
 - * 7.8. Postulat Christine von Arx (SP) betr. Protokolle der Parlamentssitzungen
 - * 7.9. Motion Simon Muster (SP/JSP) betr. Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen/Beantwortung

8. Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

* aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich begrüsse alle Anwesenden zu meiner letzten Sitzung in einem relativ heissen Umfeld. Aber wir sind ja froh, wir dürfen hier sein und nicht draussen. Von daher ist es hier etwas kühler. Ich freue mich, dass ich auch die anwesende Direktionsleitung und die Mitarbeitenden der Stadt begrüssen darf, und bedanke mich ganz herzlich für Eure wertvolle Arbeit. Geschätzte Medienvertreter und Gäste, danke für das Interesse.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:

Sitzungsablauf

Wir werden die Sitzung ca. 21 Uhr abschliessen, und ich werde dann meine Schlussrede halten. Der Apéro für die geladenen Personen findet im Magazin statt. Die Unterlagen müsst Ihr aus dem Ratsaal nehmen. Ihr könnt nach dem Apéro nicht noch einmal in den Ratsaal. Er wird abgeschlossen. Bitte berücksichtigt dies. Es hat dort Wasser. Man darf sich während der Sitzung gerne mit Wasser bedienen und hin- und herlaufen, damit wir genügend trinken. Das ist wichtig für unsere Gesundheit.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Motion SP/Junge SP betr. Gewichtung der ökologischen Aspekte bis Submissionen
- Interpellation Versorgungssicherheit Trinkwasser in Olten und den von Olten belieferten Gemeinden

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 81

Wahl des Büros für die Amtsperiode 2019/20

Wahl des Parlamentspräsidenten

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

Parlamentspräsident: Daniel Probst

Es folgt Applaus.

Wahl des 1. Vizepräsidenten

Beschluss

Mit 33 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird gewählt als

1. Vizepräsident: Philippe Ruf

Wahl des 2. Vizepräsidenten in Abwesenheit

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

2. Vizepräsident: Ramazan Yagbu Balkaç

Wahl der Stimmenzählerin und Stimmenzähler

Beschluss

Einstimmig werden in globo für die Amtsperiode 2019/20 folgende **Stimmenzählerin und Stimmenzähler** gewählt:

- 1. Simone Sager-Roth, FDP**
- 2. Arnold Uebelhart, SP/Junge SP**
- 3. Beat Felber, CVP/EVP/GLP**

Mitteilung an
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten (3)

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 82

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind zwei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Eingegangen ist die Demission von Beatrice Schaffner (GLP) per 30. Juni 2019.

Mit Schreiben vom 11. Juni 2019 demissioniert Marlène Wälchli Schaffner (EVP) als Mitglied des Gemeindeparlaments per 31. Juli 2019.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Beatrice Schaffner (GLP) und Marlène Wälchli Schaffner (EVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Beatrice Schaffner (GLP) und Marlène Wälchli Schaffner (EVP) genehmigt.

Mitteilung an

Frau Beatrice Schaffner, Maienstrasse 38, 4600 Olten

Frau Marlène Wälchli Schaffner, Höhenstrasse Ost 56, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten (2)

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 83

Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Lino Meyer (Olten Jetzt!) demissioniert mit Mail vom 28. Mai 2019 per sofort als Ersatzmitglied des Wahlbüros.

Als Ersatz für Lino Meyer schlägt Olten Jetzt! Frau Petra Bürgisser, Käppelistrasse 22, als neues Ersatzmitglied des Wahlbüros zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Lino Meyer (Olten Jetzt!) und die Ersatzwahl von Petra Bürgisser (Olten Jetzt!) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Lino Meyer (Olten jetzt!) und die Ersatzwahl von Petra Bürgisser (Olten jetzt!) genehmigt.

Mitteilung an
Herrn Lino Meyer, Konradstrasse 34, 4600 Olten
Frau Petra Bürgisser, Käppelistrasse 22, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten
Direktion Finanzen und Dienste

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 84

Umsetzung der Motion Doris Känzig (SVP) betr. Sicherheit am Ländiweg/Genehmigung

1. Ausgangslage

Am 05.04.2017 reichten Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss ein:

«Der Stadtrat wird gebeten, dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten, welcher die Sicherheit im Gebiet des Ländiwegs baldmöglichst gewährleistet.»

Mit Beschluss vom 25.01.2018 wurde die Motion erheblich erklärt. Innerhalb von zwei Jahren, d.h. bis spätestens Januar 2020, ist somit dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum

Der Stadtrat von Olten beschloss an seiner Sitzung vom 06.03.2017, eine Arbeitsgruppe zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum einzusetzen. Mit der Leitung beauftragte der Stadtrat die Verwaltungsleitung der Sozialdirektion.

Die Arbeitsgruppe wurde wie folgt zusammengestellt:

- Franco Giori, Direktion öffentliche Sicherheit, Leiter Abteilung Ordnung und Sicherheit
- Hans Peter Müller, Direktion Soziales, Verwaltungsleiter
- Marc Bumann, KAPO
- Natalie Spalding, Direktion Soziales, Leiterin Sozialamt
- Patrizia Twellmann, Suchthilfe Ost GmbH, Abteilungsleiterin Stadtküche und «Kontakt und Anlaufstelle»
- Urs Kissling, Direktion Bau, Leiter Tiefbau

Die Arbeitsgruppe erstattete dem Stadtrat zu folgenden Themen Bericht:

Kontakt- und Anlaufstelle (Suchthilfe Ost GmbH):

Das mittlerweile neu realisierte Angebot bietet Suchtklienten alternative Aufenthalts- und Konsummöglichkeiten (harte Drogen).

Videoüberwachung:

Videoüberwachung am Ländiweg wäre aus polizeilicher Sicht erwünscht und würde bei der Ermittlung von Straftätern und des Tatherganges helfen. Videoüberwachung könnte unter Umständen eine präventive Wirkung haben.

Stadtküche, Kontakt- und Anlaufstelle (Suchthilfe Ost GmbH):

Das Angebot steht Personen mit Wohnsitz in der Region zur Verfügung. Das Angebot wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet. Die Erweiterung der Öffnungszeiten auf Feiertage und Wochenenden wäre wünschenswert.

Aufsuchende Sozialarbeit (SIP: Sicherheit, Intervention, Prävention):

Mit aufsuchender Sozialarbeit könnten Personen an verschiedenen Orten erreicht werden. Es gäbe weniger Nischen und unkontrollierte Räume. Das Aufsuchen Betroffener, das Gespräch mit diesen, Hinweise auf Ordnung und Sauberkeit und notfalls der Beizug der Polizei wirken sicherheitsfördernd.

Bauliche Massnahmen:

Bauliche Massnahmen wie beispielsweise die Verbreiterung des Weges, Treppen zum Hang, Sitzplätze, Abfallbehälter, u.a. würden die Situation am Ländiweg entschärfen. Solche Massnahmen sollten aber nicht Fremdkörper und Flickwerke sein, welche die gesamtstädtische Planung stören.

Raum und Angebote für Jugendliche:

Alternative Freizeit- und Aufenthaltsangebote für Jugendliche würden die Situation am Ländiweg entschärfen.

Platzordnung mit Alkoholverbot (Zuständigkeit Arbeitsgruppe):

Platzordnung grundsätzlich möglich. Allerdings müssten darin enthaltene Bestimmungen auch durchgesetzt werden. Für die Kantonspolizei entsteht dadurch Mehraufwand. Es stellt sich somit die Frage nach einem Ordnungsdienst, welcher die Kantonspolizei entlastet. Art. 7 Abs. 2 des Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212) wäre dazu eine rechtliche Grundlage.

3. Sozioanalyse

Der Stadtrat erteilte an seiner Sitzung vom 01.05.2017 der Direktion Soziales den Auftrag, Möglichkeiten einer aufsuchenden Sozialarbeit zu prüfen. Der Stadtrat stützte sich dabei u.a. auf einen Bericht der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum. Am 19.02.2018 bewilligte der Stadtrat einen Kredit für die Durchführung einer Sozioanalyse vor Ort durch die SIP-Langenthal (www.sip-langenthal.ch), welche dem Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau ToKJO (www.tokjo.ch) angegliedert ist. Thomas Bertschinger, Stellenleitung ToKJO, erarbeitete im Laufe des Jahres 2018 einen entsprechenden Bericht dazu gehörten u.a. folgende Arbeiten:

- Begehungen von stark frequentierten Plätzen, Problemzonen und Treffpunkten zu verschiedensten Tageszeiten
- Recherchen in Bezug auf Angebote, Treffpunkte, Institutionen, Statistik, Gesetzesverstösse u.a.
- Quantitative Befragungen von Betroffenen, Gewerbetreibenden, Anwohnern und Passanten
- Qualitative Interviews, Befragung von Schlüsselpersonen zu den Themen Sicherheit, Soziales, Bildung, Politik, Bau, u.a.

Das Ergebnis seiner Analyse legte Thomas Bertschinger Ende Januar 2019 in Form eines Berichtes vor. Der Bericht wurde am 13.02.2019 in der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum besprochen. Der Bericht (Sozioanalyse) beinhaltet eine Empfehlung zu verstehendes Modell für die Stadt Olten. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 11.03.2019 bereits Vorentscheide zu den einzelnen empfohlenen Punkten getroffen.

Die wesentlichen Bausteine lassen sich wie folgt darstellen:

Was	Empfehlung Bericht	Würdigung in der Arbeitsgruppe	Vorentscheide SR vom 11.03.2019
<i>Videoüberwachung Ländiweg</i>	Keine Empfehlung.	Würde aus Sicht der KAPO als abschreckende Massnahme und zur Ermittlung von Straftätern nützlich sein.	Auf Videoüberwachung am Ländiweg wird bis auf Weiteres verzichtet.
<i>Konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe</i>	Empfehlung, eine konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe einzusetzen.	Eine direktions- und organisationsübergreifende Steuerungs- und Koordinationsgruppe wird als wichtig und geeignet erachtet.	Die konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe wird weitergeführt. Pflichtenheft und Lead erarbeitet die Gruppe selber und legt diese dem Stadtrat zum Entscheid vor.
<i>Sicherheitskonzept</i>	Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes mit bestehenden und neuen Massnahmen als Planungsinstrument wird empfohlen.	Ein auf Olten zugeschnittenes Sicherheitskonzept wird als wichtig erachtet.	Auf die Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzeptes wird derzeit verzichtet; das weitere Vorgehen wird an die Arbeitsgruppe delegiert.
<i>Erhöhung der sozialen Kontrolle durch Aufbau eines Projektes SIP</i>	Ausdrücklich empfohlen	Ausdrücklich empfohlen	Betreffend Projekt SIP wird ein Bericht und Antrag ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.
<i>Beleuchtungskonzept für den öffentlichen Raum</i>	Empfohlen	Wäre grundsätzlich zu begrüssen	Auf die Erarbeitung eines neuen Beleuchtungskonzeptes wird derzeit verzichtet.
<i>Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe</i>	Empfehlung der Prüfung im Rahmen eines neuen Sicherheitskonzeptes	Wäre grundsätzlich zu begrüssen	Auf die Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Suchthilfe Ost GmbH betr. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe wird verzichtet.
<i>Berichterstattung an Gemeindeparlament bis spätestens 24.01.2020</i>	---	---	Der Auftrag zur Schlussberichterstattung an das Gemeindeparlament im Zusammenhang mit der Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Sicherheit am Ländiweg“ vom 05.04.2017 wird erteilt.

4. Vorentscheide Stadtrat vom 11.03.2019

1. Videoüberwachung

➔ Auf Videoüberwachung am Ländiweg wird bis auf Weiteres verzichtet.

Der Stadtrat genehmigte am 13.08.2018 generelle Richtlinien zur Installation von Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum. Die Direktion Bau liess Offerten für die Kosten der Einrichtung einer Videoüberwachung im Bereich Ländiweg und alte Brücke erstellen. Je nach Ausführung würden Kosten von CHF 50'000 bis 150'000 (Installation ohne Betrieb) anfallen. Die Kosten liegen in der Beschlusskompetenz des Stadtrates. Der Stadtrat nahm eine Kosten- und Nutzenabwägung vor und entschied sich

gegen die Installation einer solchen Einrichtung, da eine objektivierbare und sicherheitsfördernde Wirkung mit einer Videoüberwachung nicht erwiesen ist.

2. Konstante Arbeits- und Steuergruppe

- ➔ Die konstante Arbeits- und Steuergruppe wird weitergeführt. Pflichtenheft und Lead erarbeitet die Gruppe selber und legt diese dem Stadtrat zum Entscheid vor.

Eine ressortübergreifende Arbeits- und Steuergruppe wird sowohl im Bericht als auch von der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum ausdrücklich empfohlen. Die Mitglieder der bestehenden, vom Stadtrat bereits eingesetzten Arbeitsgruppe schätzen den Austausch über die Grenzen des eigenen Aufgabengebietes hinweg. Wichtig ist aus Sicht aller Beteiligten, bei künftigen Projekten der Stadtentwicklung Sichtweisen und Hinweise aller Betroffenen einfließen zu lassen. Die Arbeitsgruppe kann ohne wesentliche Zusatzkosten (Zeit und Spesen) weitergeführt werden. Die Zusammensetzung kann und soll periodisch geprüft werden. Mit der Leitung der Arbeitsgruppe kann die Direktion Präsidium (Abteilungsleitung Ordnung und Sicherheit oder Abteilung Stadtentwicklung), die Direktion Bau (Abteilung Stadtplanung) oder auch die Sozialdirektion (Verwaltungsleitung) beauftragt werden. Als zugeordnetes Mitglied des Stadtrates könnte das Stadtpräsidium oder das für die Sozialdirektion verantwortliche Stadtratsmitglied bestimmt werden.

3. Sicherheitskonzept

- ➔ Auf die Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzepts wird derzeit verzichtet; das weitere Vorgehen wird an die Arbeitsgruppe delegiert.

Im Zusammenhang mit dem Thema Sicherheit gibt es bereits bestehende Unterlagen und frühere Studien. Zu entscheiden wäre, ob ein neues Sicherheitskonzept zu erarbeiten sei oder ob eine Aktualisierung bestehender Unterlagen genügen würde.

4. Projekt SIP

- ➔ Betreffend Projekt SIP wird eine Vorlage ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.

Ein Projekt SIP könnte zusammen mit einem externen Leistungserbringer aufgebaut und durchgeführt werden. Möglich wäre auch der interne Aufbau eines solchen Projektes, sei es bei der Abteilung Sicherheit im Präsidium, angelehnt an die Schulsozialarbeit bei der Direktion Bildung und Sport oder als neuer Baustein bei der Direktion Soziales. Der Verfasser der Sozialanalyse geht in seiner Empfehlung von Kosten im Rahmen von ca. CHF 150'000 bis CHF 200'000 pro Jahr aus. Das Projekt wäre öffentlich auszuschreiben, sofern eine externe Vergabe erfolgen soll.

5. Beleuchtungskonzept

- ➔ Auf die Erarbeitung eines neuen Beleuchtungskonzepts wird derzeit verzichtet.

Ein solches Beleuchtungskonzept, soweit es über bestehende Grundlagen hinausginge, würde sinnvollerweise im Zusammenhang mit einem Sicherheitskonzept aufgebaut, sofern ein solches neu zu erarbeiten wäre.

6. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe

- ➔ Auf die Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Suchthilfe Ost GmbH betr. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen

Arbeit für die Zielgruppe wird verzichtet, da diese Massnahmen keinen Einfluss auf die Hotspots haben dürften.

Zusätzlich zum Standardangebot der Suchthilfe Ost GmbH wurden die Öffnungszeiten im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Olten auf die Wochenenden erweitert. Die entsprechenden jährlichen Zusatzkosten für die Stadt Olten betrugen CHF 100'000. Die entsprechende Leistungsvereinbarung wurde im Rahmen der Sparbemühungen gekündigt.

7. Berichterstattung an Gemeindeparlament bis spätestens 24.01.2020

- ➔ Der Auftrag zur Schlussberichterstattung an das Gemeindeparlament im Zusammenhang mit der Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Sicherheit am Ländiweg“ vom 05.04.2017 wird erteilt.

4. Auftrag SIP

Der Stadtrat entschied an seiner Sitzung vom 11.03.2019 Folgendes:

- ➔ Betreffend Projekt SIP wird eine Vorlage ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.

Der Bericht „Situationsanalyse öffentlicher Raum Olten“ vom Februar 2019 enthält die Beschreibung eines Modells für Olten (Ziff. 20.2 Modell für Olten). Darin ist die Ausgestaltung eines sozialräumlichen Projekts SIP wie folgt beschrieben:

Umgehende Erhöhung der Sozialen Kontrolle im öffentlichen Raum durch den Einsatz eines geeigneten Gefässes. Der Einsatz des Projekts SIP ist für die Stadt Olten prüfenswert und kann als Bindeglied zwischen repressiven und präventiven Massnahmen dienen. Die unterschiedlichen Anspruchsgruppen erhalten im öffentlichen Raum Ansprechpersonen und die Anonymität wird reduziert. Alternativ können Leistungen der offenen Jugendarbeit oder der Suchthilfe Ost für die Präsenz im öffentlichen Raum ausgebaut und installiert werden.

Um ein erfolgreiches, sozialräumliches Projekt «SIP» in der Stadt Olten nachhaltig installieren zu können bedarf es einer Trägerschaft. Diese kann, neu aufgebaut, bei der städtischen Abteilung «Sicherheit» angegliedert werden oder aber über Leistungsvereinbarungen bei einem Anbieter eingekauft werden. Hierzu kann geprüft werden, welche städtischen Akteure sich für den Aufbau eignen oder aber, ein externer Partner angefragt werden. Für die Stadt Olten wäre eine saisonale Ausrichtung des Projekts empfehlenswert mit (mehr oder weniger) täglichen «Patrouillen» in den erkannten, innerstädtischen Fokusgebieten tagsüber und einem Besuch der definierten Hotspots nachts bzw. frühmorgens, während der Sommermonate. Im Herbst/Winterquartal könnte die Intensität etwas reduziert erfolgen, die nächtlichen Patrouillen sind beizubehalten, um die Soziale Kontrolle zu gewährleisten.

Aufgrund der heutigen Situation sollte das Personal interkulturell zusammengesetzt werden um die Akzeptanz im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Thematisch sollte mit dem Projekt die Anonymität im öffentlichen Raum aufgehoben und eine Kommunikation eingerichtet werden. Daneben sind ordnungsdienstliche und sozialpolitische Aufträge zu definieren. Insbesondere bei auftretenden Störungen im öffentlichen Raum wie Ruhestörung, Littering, unangebrachtem Verhalten, öffentlichem Urinieren oder einfachen Verstössen gegen das Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben können die Mitarbeitenden des Projekts vermittelnd einschreiten und sofern sie nicht selber weiterkommen, die KAPO beiziehen.

Für AnwohnerInnen von stark frequentierten Plätzen und definierten Fokusräumen dienen die Mitarbeitenden als Ansprechpersonen. Anliegen werden entgegengenommen und bei Bedarf gemeinsam mit der zuständigen Person «Sicherheit» priorisiert.

Für die städtischen und kantonalen Organe wie Werkhof, Sozialdienste und KAPO dient das Projekt als Bindeglied zum öffentlichen Raum. Beschädigungen an öffentlichen Bauten, übermässiges Littering oder sicherheitsrelevante Beobachtungen werden zeitnah den zuständigen Stellen gemeldet. Eine aktive Zusammenarbeit mit der KAPO sorgt für einen sicherheitsrelevanten Nutzen der präventiven Präsenz. Strafrechtlich relevantes Verhalten, unbekannte Personen oder beobachtete Vorkommnisse werden direkt gemeldet.

Im Projekt sind jeweils zwei ausgebildete und speziell für die Anforderungen des Projekts geschulte Personen gemeinsam unterwegs. Es sollten für die Stadt Olten jeweils Schichten zu vier Stunden eingeplant werden um die verschiedenen Fokusräume bedienen zu können und mit den Nutzern und Nutzerinnen ins Gespräch zu kommen. Die Nachtschichten sind, insbesondere im Sommer länger zu planen. Für das Projekt wird eine Pilotphase von drei Jahren empfohlen um die Ergebnisse auf ihren Nutzen hin überprüfen zu können. Es ist von jährlichen Kosten von rund CHF 150'000 bis CHF 200'000 (je nach Patrouillenintensität und Anzahl definierter Fokusräume) auszugehen.

Die Umsetzung ist wie folgt geplant:

- Antrag auf Bewilligung eines Kredits von vorerst CHF 450'000 (Kostendach) für eine dreijährige Pilotphase (3 Jahre à CHF 150'000)

Sofern der Kredit vom GP im Rahmen des Budgets bewilligt wird:

- Erarbeiten Pflichtenheft (Skizze als Beilage)
- Öffentliche Ausschreibung des Projektes (Pilotphase von 3 Jahren) mit Kostendach von CHF 150'000
- Zuschlagskriterien wären Kosten, saisonale Ausrichtung, Wochenplanung, Tageszeiten, nächtliche Präsenz, Anzahl Patrouillen, Kompetenzen, interkulturelle Zusammensetzung und Erfahrung der Mitarbeitenden, Fokusgebiete, u.a.
- Die Auswahl des Anbieters würde durch eine Jury erfolgen. Gewählt würde der Anbieter, welcher innerhalb des vorgegebenen Kostendachs die Zuschlagskriterien am besten erfüllt. Mit dem Anbieter wäre eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

5. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Projektkosten für eine dreijährige Pilotphase betragen CHF 450'000 (3 Jahre à CHF 150'000). Bei einer Weiterführung des Projektes im Rahmen eines definitiven Betriebes würden jährlich ca. CHF 150'000 anfallen.

Beschluss:

1. Zur Realisierung des Pilotprojektes SIP wird dem Gemeindeparlament im Rahmen des Budgets für die Jahre 2020, 2021 und 2022 ein jährlicher Kredit von CHF 150'000 zu Gunsten von Konto 5790.3634.00 beantragt.
2. Der Bedarf nach Weiterführung der bestehenden Sicherheitspatrouillen wird überprüft.
3. Dieser Beschluss wird dem Gemeindeparlament zur Kenntnis gebracht.
4. Die Direktion Soziales wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Zuerst möchte ich formal und auch rechtlich etwas sagen, damit wir uns nachher auf den Inhalt konzentrieren können und es für alle Anwesende klar ist, welches Geschäft dies ist. Mit dem Beschluss vom 27. Mai 2019 hat der Stadtrat die Umsetzung der Motion SVP betreffend Sicherheit am Ländiweg genehmigt, indem er dem Parlament im Rahmen des Budgets 2020 einen Kredit in der Höhe von Fr. 150'000.— für die Einsetzung einer SIP beantragen wird. Das ist ein Versuchsprojekt. Es soll über drei Jahre dauern und für diese Zeitspanne entsprechend im Rahmen eines Wettbewerbs ausgeschrieben werden. Aufgrund der Annuität des Budgets und des Fehlens von Investitionsmerkmalen gemäss HRM2 kann jedoch nur die jeweilige Jahrestanche beantragt und bewilligt werden. Damit der Gutheissung des Kredits für das Jahr 2020 von Fr. 150'000.— das Parlament gestützt auf das Prinzip von Treu und Glauben im Endeffekt die gesamte Versuchsdauer im Umfang von Fr. 450'000.— bewilligt, ist es unerlässlich, frühzeitig eine volle Transparenz zu schaffen. Die eigentliche Beschlussfassung findet somit im Rahmen der Budgetsitzungen statt. Die gegenwärtige Kenntnisnahme dient wie die von 15 Parlamentsmitgliedern besuchte Informationsveranstaltung des vergangenen Montags der frühzeitigen Meinungsbildung. Über die Kenntnisnahme muss keine Abstimmung durchgeführt werden. Beim ausgeteilten Dokument handelt es sich nicht um einen Bericht und Antrag an das Parlament, sondern um einen Auszug aus dem Stadtratsprotokoll. Das wird dem Parlament zur Kenntnis und zur Information gebracht. Das war auch bei der Aufzählung und in der Einladung zur Parlamentssitzung so aufgeführt. Ich übergebe jetzt gleich Stadträtin Marion Rauber.

Stadträtin Marion Rauber: Ich wollte eigentlich zu diesem Geschäft nicht so viel sagen. Gleichwohl habe ich einiges vorbereitet, was ich zum Ganzen noch gerne mitteilen möchte. Ich wiederhole ein Zitat des Philosophen und Soziologen Richard Sennett, das ich am Montag bereits verwendet habe. „Öffentlicher Raum ist eine Voraussetzung städtischen Lebens. Im öffentlichen Raum spiegelt sich das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Durch ihn wird Stadt erst zur Stadt“. Wie wollen wir das Zusammenleben im öffentlichen Raum in Olten moderieren, und wie gelingt es uns, den vielfältigen Bedürfnissen der Bevölkerung, der Anwohner und Anwohnerinnen, der Gewerbetreibenden und all denjenigen, die sich in Olten aufhalten, entgegenzukommen und ein tolerantes Nebeneinander zu erreichen. Mit dieser Fragestellung hat sich der Stadtrat im vergangenen Jahr zur Durchführung einer Sozioanalyse auf dem ganzen Stadtgebiet entschieden. Wir haben uns bewusst nicht nur auf den Ländiweg fokussiert. Damit ist eine neutrale Aussensicht ermöglicht worden und durch Begehungen persönliche Befragungen, Interviews, Gespräche und Recherchen sind für uns wichtige Erkenntnisse gewonnen worden. Sie liegen vor, und Ihr habt den Bericht ja alle erhalten. Mit der heute vorliegenden Information und dem Aufzeigen aller, bisher in der Stadtratskompetenz getroffenen Entscheiden zu diesem Thema ist der Stadtrat für einmal neue Wege gegangen und trägt

damit dem mehrfachen Wunsch nach mehr Transparenz gegenüber dem Parlament auch Rechnung. Es war uns wichtig, im Vorfeld die Diskussion zu ermöglichen und Anliegen und Anregungen der Parlamentarier und Parlamentarierinnen entgegenzunehmen. Uns interessiert es, was das Parlament will, dazu meint und welche Rückmeldungen kommen, damit wir diese in die künftige Arbeit einfließen lassen können. Damit versuchen wir natürlich auch, das gebe ich zu, die Unterstützung und das Wohlwollen des Parlaments zu gewinnen. Wir möchten, dass alle dahinterstehen können und das Pilotprojekt auch mittragen. Ich habe bisher jetzt schon sehr viele positive Rückmeldungen zur Grundidee bekommen, musste aber auch negative Rückmeldungen, vor allem zu den Detailpunkten des Pflichtenheftes entgegennehmen. Es ist mir wichtig, an dieser Stelle auch zu betonen, dass die zwischenmenschliche Kommunikation einer aufsuchenden sozialen Arbeit mit Ordnungsdiensten im Vordergrund stehen soll und sicher nicht übertriebene Intervention und unverhältnismässige Eingriffe in die persönliche Freiheit im Fokus stehen sollen. Es ist keinesfalls die Absicht, eine private Hilfspolizei, Bürgerwehr oder etwas Ähnliches in Olten zu installieren. Diejenigen, die am Montag an der Informationsveranstaltung dabei sein konnten, konnten anhand des Beispiels Langenthal auch erfahren, wie wir uns dies in etwa vorstellen. Auch dort musste die Erfahrung gemacht werden, dass der Ansatz mit vorwiegend repressiven Massnahmen mittel- und langfristig sicher nicht zielführend ist. Ich gebe zu, die einzelnen Formulierungen in der Skizze des Pflichtenheftes lassen gewisse Interpretationen zu, dass der Fokus vor allem auf repressiven Massnahmen liegt und das Anstreben einer sozialen Kooperation vielleicht etwas zu wenig klar durch. Es ist uns auch klar, dass keine hoheitlichen Aufgaben ohne formelle gesetzliche Grundlage ausgelagert werden können. Die Rechtsstaatlichkeit ist gegeben. Das gilt auch für eine allfällige SIP. Aber es ist ein erster Entwurf, nicht in Stein gemeisselt, und wir werden diese Punkte auf jeden Fall noch anpassen. Noch einmal: Wir brauchen keine zusätzliche Hilfspolizei, sondern möchten klar eine aufsuchende soziale Arbeit, bei welcher der Mensch im Vordergrund steht und natürlich mit zusätzlichen ordnungsdienstlichen Aufgaben. Bei ihnen geht es darum, als Schwerpunkt zum Beispiel dem zunehmenden Problem Littering zu begegnen. Alle Kampagnen in der Vergangenheit konnten dieses gesellschaftliche Problem unserer Wegwerfgesellschaft auf dem Stadtgebiet leider nur bedingt lösen. Vielleicht braucht es gerade für solche Anliegen einmal Gespräche, Hinweise und einen Dialog. Im Moment ist die Situation so, dass private Securitas-Dienste auf Schulhausplätzen eingesetzt werden, zusätzliche Organisationen nebst dem Werkhof für Reinigungsarbeiten in den Parks eingesetzt werden. Abwarte der Schulhäuser müssen auf nächtliche Patrouillengänge gehen, Ladenbesitzer müssen persönlich intervenieren und eingreifen, und einzelne gutmütige Oltner und Oltnerinnen gehen am Sonntagmorgen in die Innenstadt, um zu „fötzeln“ und Abfall zusammenzusuchen. Der Vandalismus geht in die gleiche Richtung. Da werden bereits heute personelle Ressourcen des Werkhofs sehr beansprucht. Es geht nicht um Schikanen von Einzelnen, sondern um ein menschliches Miteinander im öffentlichen Raum. Als Beispiel: Wenn wir uns in Olten dazu entscheiden, dass Leinenpflicht auf dem Stadtgebiet herrschen soll, gilt sie nicht nur für den Ländiweg und für die Chilestäge, sondern auch in den Quartieren, im Stadtpark und im Vögelgarten und zwar für alle. Da es sich bei den Pflichtenheften um einen ersten Entwurf handelt, werden wir die eingegangenen Hinweise sicher auch in die künftige Weiterbearbeitung einfließen lassen. Die überdirektionale Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum wird das Pflichtenheft sowieso noch überarbeiten und konkretisieren. Dort sind Vertreter des Baus, der Sozialarbeit, Suchthilfe; KAPO und weitere Player vertreten. Die rechtlichen Instanzen werden das Ganze absegnen müssen. Das tun wir aber erst, wenn der Budgetposten genehmigt ist. Gerne nehme ich heute von Euch noch weitere Feedbacks entgegen. Zudem können Inputs und Anliegen an dieses Projekt jederzeit auch per Mail an mich weitergeschickt werden, um die Diskussion heute vielleicht auch etwas im Rahmen zu halten. Wie schon gesagt, der erste Meilenstein, den wir anstreben, ist die Genehmigung des Budgetpostens im November. Nachher wird ein konkreter Kriterienkatalog erstellt, eine Ausschreibung erfolgen und eine Leistungsvereinbarung mit dem gewählten Anbieter erstellt. Eine letzte Bemerkung: Es ist nicht so, dass die vorgeschlagene SIP die einzige Massnahme ist, die der Stadtrat zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum vorschlägt. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass, sobald das Budget 2019 rechtskräftig ist, das ist meines Wissens

morgen, die Planung für die bauliche Optimierung des Ländiwegs endlich aufgenommen werden kann. Damit sind wir dann in den Startlöchern, sobald der Kanton die Bauarbeiten am Bahnhofquai aufnimmt. Die Beleuchtung in Olten wird nach und nach optimiert. Bei jedem Strassenzug, der saniert wird, werden sukzessive und laufend neue Technologien eingesetzt und neuralgische Punkte möglichst optimal illuminiert. Wir sind daran, mit der Lebensqualität auch das subjektive und objektive Sicherheitsempfinden der Oltnen und Oltneninnen dauernd zu verbessern, und gehen dies jetzt Schritt für Schritt an. Merci vielmals.

Christian Werner: Ich möchte betonen, dass ich nicht Fraktionssprecher bin und auch nicht über die Sache rede. Du hast vorhin von Formalitäten gesprochen und dazu rechtliche Ausführungen gemacht. Ich bin einfach verwirrt. Ich verstehe es nicht. Ich stelle fest, wir haben einen Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates, der im Gemeindeparlament traktandiert wurde. Das heisst, der Stadtrat hat den Beschluss gefasst, und jetzt ist es im Gemeindeparlament traktandiert, obwohl wir gar nichts dazu zu sagen haben und auch nicht entscheiden können. Ich verstehe nicht ganz, wieso es überhaupt traktandiert wurde. Vom Stadtrat würde ich gerne hören, weshalb es traktandiert wurde. Ich glaube, allein der Verweis auf die Transparenz, den man dort, wo es notwendig und gefragt wäre, jeweils nicht bringt, reicht wahrscheinlich nicht. In den 15 Jahren, seit ich hier sitze, habe ich dies noch nie erlebt. Ich finde dies seltsam, und ich finde es auch falsch, vor allem, wenn man es im Sinne einer Kenntnisnahme traktandiert. Das wird dann so traktandiert, wenn es einen Bericht und Antrag gibt, den das Parlament zur Kenntnis nehmen kann. Aber das können wir ja gar nicht. Es ist eine „mehr bessere“ Pressemitteilung, die jetzt hier irgendwie diskutiert werden soll. Mir ist nicht klar, was der Stadtrat vom Parlament erwartet. Ich wäre vor allem froh, wenn man sich jetzt dazu äussern würde, bevor man hier blumige Ausführungen über die SIP und die inhaltlichen Argumente vorträgt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir haben uns natürlich im Stadtrat auch überlegt, was wir insbesondere, weil wir ja die sogenannte Abschreibungspraxis und Berichterstattungen nicht mehr haben, wie in den bisherigen Reglementen haben, machen. Ihr kennt dies noch. Wenn Motionen überwiesen wurden, musste man nach zwei Jahren die entsprechenden Berichterstattungen machen. Das war dann dieses Riesenpaket. Seit wir eine neue Gemeindeordnung haben, müssen wir bei allen neuen Vorstössen, die überwiesen wurden, früher eine Berichterstattung machen. Wir haben dies schon einmal vom Stadtpräsidium gemacht. Das war ungefähr im März. Wir hatten diese Berichterstattung mit dem Auszug des Stadtratsprotokolls auch hier vorgesehen. Es ist ein neues Instrument oder es ist auch etwas Neues, das wir austesten müssen, inwieweit wir die Berichterstattungen machen. Christian, es stimmt schon. Wir hätten eigentlich einen kurzen Bericht machen, wie wir es seinerzeit auch im März gemacht haben und diesen Stadtratsbeschluss im Prinzip unkommentiert beilegen können. Weil dieses Geschäft aber schlussendlich auch relativ zeitnahe an das Budget hinzielt und einen direkten Zusammenhang hat, beschloss der Stadtrat, dass man es traktandiert, dies übrigens auch in Absprache mit dem Büro. Deshalb ist es ja auf der Traktandenliste. Vielleicht ist die Kenntnisnahme als Beschluss das Falsche. Im Prinzip ist es eine Mitteilung. Wir wollten dem einfach noch etwas mehr Gewicht geben, weil wir vor allem vom Stadtrat her noch Rückmeldungen haben wollten. Es ist nicht eine 0815-Vorlage, die dann schlussendlich im November kommen wird. Deshalb ist es vielleicht in diesem Sinne ein neuer Weg. Wenn Du sagst, das bin ich mir nicht gewöhnt, ist dies tatsächlich so. Aber es ist auch ein Instrument, wo wir mit der Zeitachse und vor allem mit der Berichterstattung die Chance nutzen möchten, die entsprechenden Rückmeldungen auch hinein zu holen. Deshalb: Danke vielmals, Frau Präsidentin, dass Du das Formelle zuvor gesagt hast. Wir wollen hier nicht irgendeinen Sonderklimmzug machen, sondern im Sinne von Euch einen Zwischenstand abgeben, wo stehen wir, und wie wird dieses Geschäft schlussendlich im November auch ins Parlament kommen? Von daher würde ich vorschlagen, dass wir jetzt nicht zu viele Aufreger drin haben. Diejenigen, die sich noch zur Vorlage äussern wollen, sollen dies tun. Es wird kein Beschlussesabstimmung geben. Dann gehen wir zum nächsten Traktandum. Aber wir vom Stadtrat sind überzeugt, dass wir mit dieser Art und Weise doch immerhin eine gewisse Transparenz herstellen können und vor allem auch wichtige

Rückmeldungen hereinholen können, die alle Parlamentarier in diesem Sinne auch hören. Es ist nicht eine formelle Vernehmlassung. Es ist ein Weg, den wir gewählt haben. Vom Stadtrat her finden wir, dass es ein guter und vernünftiger Weg ist.

Christian Werner: Ich möchte einfach noch kurz zu Händen des Protokolls etwas festhalten. Du hast gesagt, vielleicht ist die Traktandierung als Kenntnisnahme nicht richtig. Sie ist mit Sicherheit nicht richtig. Sie ist kreuzfalsch. Sorry, wenn ich es so sagen muss. Aber ich möchte dies einfach zu Händen des Protokolls festhalten. Ihr habt als Stadtrat einen Beschluss gefasst und informiert jetzt darüber. Seltsamerweise ist dies jetzt im Parlament traktandiert. Ich habe immer noch nicht genau gecheckt wieso. Aber wahrscheinlich liegt es an mir. Ich möchte einfach festhalten, dass ich nicht damit einverstanden bin und es falsch finde. Wenn der Stadtrat über den Entscheid kommunizieren will, kann er dies mit einer Medienmitteilung oder Pressekonferenz tun, oder er kann uns zu einer Informationsveranstaltung einladen. Aber im Parlament werden Sachen traktandiert, bei denen wir als Parlament die Kompetenzen darüber verfügen, erst recht an einem schönen Sommerabend. Jetzt hier einfach ein wenig ins Hohle hinaus irgendetwas erzählen, wenn wir gar nichts entscheiden können, finde ich falsch. Dann habe ich noch eine andere Frage. Ihr sagt ja, es gehe jetzt darum, darüber zu kommunizieren, wie die Motion umgesetzt wird. Sie hat ja den Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten. Das ist der Wortlaut. Ich glaube, das ist unbestritten. Der Stadtrat wurde beauftragt, dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten, wie er die Sicherheit gewährleisten will. Der Stadtrat schreibt selber, dass die Motion erheblich erklärt worden sei und nachher „innerhalb von zwei Jahren, das heisst bis spätestens Januar 2020 ist somit dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen“. Ihr müsst uns einen Massnahmenkatalog in Form einer separaten Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen. Ich möchte wissen, wann die Vorlage ins Parlament kommt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich hoffe, es wird nicht zum Ping-Pong. Ich denke, das Wort hohl ist etwas deplatziert. Ich hatte das Gefühl, ich habe versucht zu erklären, wie wir es jetzt hier dargelegt haben und dass wir es machen wollen. Gegen irgendwelche hohle Reden möchte ich mich verwahren, Christian. Das Andere ist einfach, dass die Berichterstattung tatsächlich gemacht werden muss. Rein formell müssen wir Euch dies zur Kenntnis bringen. Christian oder geschätzte Mitglieder des Parlaments ist dies einfach schriftlich erfolgt. Ihr habt dies mit dem Paket erhalten, und es ist nicht darüber diskutiert worden. Der einzige Unterschied ist jetzt, dass wir das, was wir Euch sonst einfach schriftlich abgegeben hätten, im Paket, wo wir verpflichtet sind, dies Euch auch entsprechend darzulegen, traktandiert haben, damit Ihr noch etwas dazu sagen könnt. Wenn Ihr nichts mehr dazu sagen wollt, gehen wir zum nächsten Traktandum. Aber das ist auch ein Zeichen von Euch, wie wir uns in Zukunft verhalten werden und solche Sachen dann halt auf dem Korrespondenzweg und in der Aktenmappe deponieren lassen.

Christian Werner: Ich nerve wahrscheinlich alle. Es tut mir leid. Aber ich möchte, dass diese Frage beantwortet wird. Der Stadtrat ist verpflichtet, uns eine separate Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen. Nicht weil wir dies gut finden, sondern weil das Gesetz dies sagt. Der Stadtrat ist dem Recht verpflichtet. Ich möchte wissen, wann diese Vorlage kommt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich versuche es noch einmal. Wir haben die Erheblichkeitserklärung überwiesen bzw. dass wir etwas tun müssen. Christian, im November werden wir Euch genau zu diesem Thema eine Vorlage unterbreiten. Aber dort werden vielleicht nicht folgerichtig alle Punkte berücksichtigt, sondern differenziert, und wir werden auch darlegen, wieso wir Euch in einem ersten Schritt unter anderem die Vorlage, die wir jetzt im Stadtrat beraten haben, einmal vorlegen. Das wird im November sein.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben uns im Vorfeld natürlich auch überlegt, wie man mit den Fragestellungen der Traktandierung überhaupt umgehen will. Für uns stellt sich die Situation wie folgt dar: Das Geschäft ist als Motion der SVP betreffend Ländiweg traktandiert. Dort ging es um einen Massnahmenkatalog wegen der Sicherheit am

Ländiweg. Vorgestellt hat man sich vor allem eine Videoüberwachung. Wir haben die Motion damals abgelehnt. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass Motionen innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden müssen. Das hat zur Folge, dass der Stadtrat dem Parlament eine Vorlage vorlegen muss, und das Parlament kann dem dann zustimmen oder auch nicht. Das heisst, es kann ein Feedback geben. Bei den Postulaten ist es so, dass der Stadtrat innerhalb von einem Jahr einen Bericht erstatten muss. Nicht geregelt in der Gemeindeordnung haben wir, wie dies dann mit dieser Berichterstattung aussehen soll und was das Parlament damit machen soll. Motionen und Postulate sind ein Bestandteil eines demokratischen Prozesses in der Stadt Olten und stehen im Zusammenhang mit dem Zusammenspiel des Parlaments und des Stadtrates. Es geht im Grunde genommen darum, dass das Parlament einen Input geben kann, was der Stadtrat dann machen könnte. Es ist nur konsequent, wenn das Parlament am Schluss eines Prozesses seine Meinung dazu äussern kann. Bei den Postulaten kann es im Prinzip nur sein, dass man den Bericht über die Lösung bei den Massnahmen, die der Stadtrat getroffen hat, diskutiert und eigentlich auch zur Kenntnis nimmt. Insofern bin ich persönlich der Meinung, dass das Büro dieses Geschäft sogar richtig zur Kenntnisnahme traktandiert hat und man eigentlich auch darüber abstimmen könnte. Für uns ist es wichtig, dass ein angestossener politischer Prozess sauber zu Ende geführt werden kann. Deshalb ist es wichtig, dass die Massnahmen, die getroffen werden, zur Kenntnis genommen werden und darüber abgestimmt wird. Auch bei einer Interpellation kann der Interpellant ja am Schluss sagen, ob er von den Antworten befriedigt ist oder nicht. Damit ist der Schlusspunkt immer beim Parlament. In diesem Fall macht es sogar Sinn, eine Diskussion zu führen. Am Schluss geht es hier um Geld, das man im Budget sprechen wird. Es macht wenig Sinn, dass man die Diskussionen, die wir vermutlich jetzt führen werden, über den Sinn einer SIP und die Ausgestaltung dieser SIP in einer Budgetdebatte führen wird. Ich bin der Meinung, es ist richtig traktandiert. Wir sollten darüber diskutieren und dem Stadtrat unser Feedback geben. Was wir sicher machen müssen, ist, uns für die Zukunft zu überlegen, wie wir mit diesen erheblich erklärten Postulaten und der Berichterstattung des Stadtrates umgehen wollen.

Dr. Christoph Fink: Die CVP/EVP-GLP-Fraktion ist mit dieser Information vollständig und einstimmig einverstanden. In der Gemeindeordnung steht: „Wird eine Motion als erheblich erklärt, so muss die Vorlage innerhalb von zwei Jahren dem Gemeindeparlament unterbreitet werden. Das Gemeindeparlament kann die Frist verlängern oder verkürzen“. Es steht nichts von einer Vorlage, über die wir nachher abstimmen müssen. Wir nehmen noch gerne zur Kenntnis, dass die Umsetzung der Motion erweitert wurde, nicht nur auf den Ländiweg, sondern auf das ganze Stadtgebiet. Auch dort kann es Probleme mit der öffentlichen Ordnung geben. Besten Dank.

Matthias Borner: Das Geschäft nennt sich Umsetzung der Motion Doris Känzig. Aber es ist eigentlich die Umsetzung der Motion SVP betr. Sicherheit am Ländiweg. Ich möchte den Kontext erklären. Damals, beispielsweise 2017, gab es einen Blick-Artikel, dass die Polizei innerhalb von 16 Monaten 159 Mal ausrücken musste. Es hat doch gewisse Vorbehalte gegeben. Leute wollten sich diesen Weg in Olten wirklich auch anschauen. Was ist dort eigentlich los? Es hat auch Verbrechen gegeben. Deshalb hat man eine Motion gemacht, die sich wirklich mit diesem Ländiweg auseinandersetzen wollte. Da hat man auch gewisse Massnahmen vorgeschlagen. Es ist von der Polizei beispielsweise wieder eine Video-Überwachung vorgeschlagen worden. In meinen Augen gäbe es aber auch viele andere Möglichkeiten, die man übrigens auch schon besprochen hat, zum Beispiel einen breiteren Weg, die Sache mit dem Littering, indem man Kehrichteimer hinstellt, alles Sachen, die man auch prüfen könnte. Uns stört einfach, dass man jetzt unsere Motion nimmt und eigentlich quasi in der ganzen Stadt eine Sozialarbeit installiert. Meine Frage ist: Erhöht die SIP wirklich die Sicherheit am Ländiweg? Ich war ja bei dieser Infoveranstaltung dabei. Das ist etwas für die ganze Stadt. Es kann auch eine gute Sache für die Stadt sein. Aber wir sprechen hier vom Ländiweg. Wie können wir dort die Sicherheit verbessern? Wir haben sehr viele Verbrechen in der Nacht, und das ist ja auch bestätigt worden. Die SIP ist fast nie in der Nacht unterwegs, nur am Freitagabend. Eine Frage, die wir uns auch stellen, ist, in Langenthal hat dies ja Fr. 120'000.— pro Jahr gekostet, warum schlägt Ihr Fr. 150'000.—

vor? Wieso ist es bei uns teurer? Was heisst dies? Ich glaube, vielen hier ist nicht bewusst, was dies heisst, wie viele Einsätze sie haben und was sie machen. Das sind nur zwei, drei Stunden an einzelnen Tagen, während denen sie Patrouille machen. Ich finde, alle anderen Umsetzungspunkte, die hier auch vorkommen, könnte man durchaus auch prüfen. Ein Problem am Ländiweg ist natürlich, dass es viele Auswärtige hat, die dort sind. Ich weiss nicht, ob es viel bringt, wenn man in der ganzen Stadt schaut, dass der Abfall am richtigen Ort landet. Es ist ein Sicherheitsproblem. Etwas muss man einfach auch zugeben. Seitdem die Kantonspolizei verantwortlich ist und dort aufräumt, ist es besser geworden. Das muss man auch einmal anerkennen. Sie haben die Arbeit gemacht. Nach meinem Empfinden ist es dank der Kantonspolizei besser geworden. Jetzt muss man einfach schauen, was man hier weiter machen kann. Aber wir finden es falsch, dass man hier quasi auf unserer Motion versucht, so etwas zu satteln. Könntet Ihr noch dazu Stellung nehmen, weshalb es bei uns teurer ist als in Langenthal und zweitens wieviel hat die Sozioanalyse gekostet? Wenn ich hier lese, was sie alles gemacht haben, scheint mir, dass es wahrscheinlich eine etwas teurere Sache war. Merci vielmals.

Stadträtin Marion Rauber: Zu den Kosten: Diesen Betrag habe ich gerade nicht. Aber wir haben ihn im Stadtrat einmal offiziell genehmigt. Ich suche ihn noch heraus. Die Antwort bekommst Du noch. Wir haben uns beim Kostenrahmen auf die Empfehlung gestützt, die in der Sozioanalyse stand. Das sind Fr. 150'000.— bis Fr. 200'000.—. Es ist schon eine etwas andere Situation als in Langenthal. Du hast es schon gehört. Du warst am Montag hier. Langenthal hat das Ganze zusammen mit einer Jugendarbeit gekoppelt. Sie haben über 1'000 Stellenprozente, die sie zur Verfügung haben, für Arbeit mit Jugendlichen und vor allem für öffentliche und aufsuchende Arbeit draussen. Das ist auch ganz anders geregelt. Es läuft über den Kanton. Sie haben natürlich ein Mischgebilde, bei dem die Jugendarbeit auch einen Teil abdeckt. Das ist ja bei uns nicht so. Wir haben im Moment leider ein sehr kleines Angebot an Jugendarbeit. Deshalb kann man dies nicht eins zu eins vergleichen. Wir haben uns einfach auf die Empfehlung gestützt, die in diesem Bericht stand. Ob die die Situation am Ländiweg wirklich verbessert, wie Du dies angesprochen hast, werde ich Dir dann drei Jahre, nachdem dies installiert wurde, sagen. Ich kann es Dir jetzt nicht beantworten. Markus Dietler hatte gerade die Antwort. Fr. 19'500.—. Wir haben dies aus dem Fonds für soziale Zwecke bezahlt.

Luc Nünlist: Ich bin recht erstaunt, dass wir über die letzten zehn Jahre immer wieder die gleichen Diskussionen haben. Im Juni 2012 hatten wir die Motion von Urs Knapp sogar dringlich behandelt. Im September 2015 haben wir über diejenige von Yabgu, der jetzt gerade gekommen ist, gesprochen. Wir haben jetzt die Motion SVP. Jedes Mal hatten wir Konsensgruppen, Arbeitsgruppen Ländiweg gebildet. Eigentlich sind wir jedes Mal auf den unumstösslichen Konsens gekommen, dass wir mit der Verbreiterung wirklich aktiv werden müssen und das räumliche Problem einfach jeweils zwangsläufig auf einen Konflikt hinausläuft und einen Flaschenhals darstellt. Jedes Mal war es klar. Jetzt entschärfen wir aber die Situation mit den eigentlich offensichtlichen greifbaren Massnahmen, die eine Entschärfung bringen würden, gleichwohl nicht und mit mir doch irgendwie ulkig anmutenden Begründungen, gesamtstädtische Planung nicht stören, als ob der Ländiweg jetzt ein architektonisches Prunkstück wäre. Positiv finde ich doch, dass man dies einmal ausgefächert, alle Massnahmen in einem solchen Raster dargestellt hat, ein Raster, bei dem vier eigentlich als wünschenswert, als wichtig drinstehen und man sich nachher einfach einen herauspicks und sagt, diesen machen wir jetzt. Ich verstehe nicht ganz, wie man zu dieser Konklusion kommt. Das gibt es ein wenig Unverständnis. Ich bin aber froh, dass man zum Beispiel einmal die Video-Überwachung auf Effektivität und auf Kosten-/Nutzen-Abschätzung geprüft hat und feststellt, aha, diese Steuer verletzt die Grundrechte, sie bringt nichts, und das machen wir auf keinen Fall. Das ist jetzt meine Konklusion. Ich verstehe nicht, weshalb man auf das Beleuchtungskonzept verzichtet, auf ein neues Sicherheitskonzept, das man auch unbestimmt vertagt, weshalb man bei der Stadtküche, die einen Ausbau von Öffnungszeiten gehabt hätte, darauf verzichtet., wenn es ja grundsätzlich erwünscht wäre und entschärfend wirken würde und eine bestehende Institution ausgebaut werden könnte, statt, dass man eine neue schafft. Das wird zweifellos effektiver sein, als

dass man eine neue etabliert. Zuletzt hat mich persönlich sehr gestört, wenn ich dies gelesen habe oder auch die Berichte gelesen habe, dass es einfach unangebrachtes Verhalten ist. Ich kann natürlich irgendwo vorbeigehen. Aber wir haben einen gesetzlichen Rahmen. Wer gegen dieses Gesetz verstösst, soll geahndet werden und er wird auch geahndet. Aber wenn mir nicht passt, wie sich jemand kleidet oder wie seine Körperhygiene gerade stattfindet, ist dies vielleicht ein Grund, um mein persönliches Befinden ein wenig zu variieren. Aber es ist für uns als Stadt kein Argument, um mehrere hunderttausend Franken zu investieren. Dort möchte ich einfach beliebt machen, dass wir uns an den Gesetzen orientieren und nicht am Moralischen und finden, jemand sollte nicht auf den Boden spucken oder halt etwas anziehen. Hier begeben wir uns meiner Meinung nach in sehr gefährliches Fahrwasser.

Dr. Christine von Arx: Jetzt äussere ich mich noch inhaltlich zum Geschäft.

Daniel Kissling: Darf ich kurz beliebt machen, dass wir uns an die normale Vorgehensweise halten, dass zuerst die Fraktionen reden und nachher Einzelsprecher kommen, nachdem viermal die SVP gesprochen und schon zweimal die SP gesprochen haben.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich habe dies auch so interpretiert. Diejenigen, die sich gemeldet haben, konnten der Reihe nach reden. Ich würde dies jetzt so durchziehen.

Dr. Christine von Arx: Jetzt zum Inhaltlichen. Vorhin habe ich ja etwas zum Formellen gesagt. Massgebend für die Diskussion, die wir jetzt führen, ist, dass das Protokoll des Stadtrates, das man uns vorgelegt hat und der Entwurf des Pflichtenhefts, das ich so verstanden habe, Bestandteil des Protokolls ist. Im Entwurf des Pflichtenhefts werden die Aussagen der SIP definiert. Nicht Gegenstand der Diskussion sind der Inhalt der Sozioanalyse oder andere Absichtsäusserungen, die jetzt abgegeben wurden. Sie sind schön für das Protokoll, und wir hoffen, dass sie auch berücksichtigt werden. Wie ich schon gesagt habe, sind in der Motion Massnahmen für den Ländiweg verlangt worden. Die Stadt hat dann den Auftrag sinnvollerweise ausgedehnt und sich mit der Sicherheit im öffentlichen Raum befasst und dort nicht nur einfach eine Sicherheitsanalyse gemacht, die wir ja schon haben, sondern mit einem ganzheitlichen Ansatz angefangen, was ein Hinweis darauf ist, dass man das Problem, das man hat, an der Wurzel packen will und nicht einfach mit einer Symptombekämpfung. Für mich nicht überraschend war, dass man zum Schluss gekommen ist, dass es eigentlich nicht ein Sicherheitsproblem gibt, sondern mehr ein wenig ein Wahrnehmungsproblem, dass sich die Einen an den Anderen stören und umgekehrt. Das heisst, dass es einfach Reibungspunkte gibt. Zum Verringern dieser Reibungspunkte hat die Sozioanalyse dann verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, zum Beispiel ein Beleuchtungskonzept, aber auch bauliche Massnahmen. Wie Luc schon gesagt hat, haben wir dies ja hier schon ein paar Mal diskutiert. Leider geht aus dem Protokoll des Stadtrates nicht hervor, wieso man die weiteren Massnahmen nicht weiterverfolgt, oder wenn man sie weiterverfolgt, wie man sie weiterverfolgt. Wenn man schon transparent arbeiten will, wäre es eigentlich wünschenswert gewesen, man hätte dies auch dort gemacht. Wenn man jetzt das Pflichtenheft der SIP anschaut und es zum Beispiel mit der SIP Zürich vergleicht oder mit dem, was die SIP Langenthal in Langenthal macht, merkt man, dass die Stadt Olten einen repressiveren Ansatz verfolgt. In Zürich geht es vor allem um individuelle Betreuung und Kommunikation. In Langenthal hat man zwar einen beschränkten Ordnungsdienst. Aber das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten wie kein Dulden von Drogenkonsum oder – handel, keine Drohungen, keine Beschimpfungen, kein Littering, keine störenden Ansammlungen. Olten will gegen unangemessene Besitzansprüche vorgehen und zum Beispiel gegen das Betteln, was in Olten eben ausdrücklich nicht verboten ist. Absurd wird es dann laut dem Entwurf des Pflichtenheftes auch, wenn man sieht, was sich die Stadt unter einem Patrouillendienst vorstellt. Das gibt es bei den anderen beiden SIPs auch nicht. Wer auch immer damit gemeint ist, soll beobachtet werden und es soll die Identität festgestellt werden. Jedes verdächtige Verhalten soll gemeldet werden. Dann stellt sich die Frage wo und was man dann mit diesen Daten macht. Es soll eine Ausweiskontrolle geführt

werden und es sollen sogar Personen festgehalten werden. Das ist, wie auch das Bundesgericht entschieden hat, so selbstverständlich nicht zulässig. Betroffen von diesen Massnahmen soll jeder sein, der keinen offensichtlichen Bezug zu diesem öffentlichen Ort hat, an dem er sich befindet. Das heisst zum Beispiel, dass wenn ich auf der Mauer des Ländiwegs sitze, auch kontrolliert werde, weil ich ja schliesslich keine Anwohnerin bin. Das kann wahrscheinlich nicht die Meinung sein. Wie man aus diesem Votum hört, finden wir von der SP/Jungen SP das Vorgehen des Stadtrates, dass er mit einer SIP arbeiten und präventiv handeln, und an der Kommunikation zwischen den Leuten im öffentlichen Raum arbeiten will, sehr begrüssenswert. Wir haben einfach noch einige Fragezeichen bei der konkreten Umsetzung und nehmen den Stadtrat hier beim Wort, wie er sich jetzt ausgedrückt hat, wie er dies ein wenig abschwächen will, um wieder auf einen kommunikativen Rahmen zurückzukommen. Die Frage, wie man jetzt mit dieser Antwort auf die Motion umgeht, ist etwas, was die SVP beantworten muss. Wie gesagt waren wir ja an und für sich damals schon gegen diese Motion, sind aber froh, dass der Stadtrat den Ball aufgenommen hat.

Eugen Kiener: Nur kurz zur Situation in Langenthal und Olten: Der Unterschied ist, dass sich die SIP in Langenthal vor allem auf einen Platz konzentriert. Das ist der Wuhr-Platz, und in Olten ist das ganze Stadtzentrum, in dem sich die SIP bewegen würde, viel grösser. Das geht von der Trottermatte über den Bifangplatz, über den Salzhüslweg, Stadtpark usw. Darum würde sich dies kostenmässig unterscheiden.

Daniel Kissling: Ich habe mir ganz viele Notizen gemacht. Das ist ungewöhnlich für mich. Aber ich würde gerne darüber reden. Erstens finde ich wichtig, was Eugen Kiener gerade gesagt hat. Die Situation in Olten ist anders, und wir von Olten jetzt! finden es auch nicht verkehrt, dass man nicht einfach den Ländiweg einzeln betrachtet, sondern die Gesamtsituation anschaut und es etwas ganzheitlicher anschaut. Wir finden es ebenfalls richtig, dass der Stadtrat einen Vorschlag macht und etwas zum Ländiweg anfängt. Uns ist der Terminus, dass es eine Probephase gibt, dass es ein Pilotprojekt ist, sehr wichtig, und dementsprechend auch, sollten negative Vorfälle passieren oder sollte man sehen, dass es nicht der richtige Weg ist, dies nach der Testphase auch wirklich eingestanden wird und dementsprechend auch wieder gehandelt und verändert wird. Eine Testphase muss es sein, weil die Stadt Olten damit noch keine Erfahrung hat. Ich habe in Langenthal mit Leuten gesprochen, die mit einer SIP auch Plus- und Minuspunkte sehen, positive und negative Sachen. Christine hat es vorhin gesagt. Man kann dies sehr restriktiv auslegen. Man kann es auch sehr sozial auslegen. Uns ist wichtig, dass eben keine polizeilichen Aufgaben, quasi von Privatpersonen, die angestellt sind und nicht den Polizeistatus haben, übernommen werden, weil das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muss und kann nicht einfach an irgendwelche Firmen ausgelagert werden. Wir würden auch begrüssen, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit besteht und nicht quasi ein Sicherheitsdienst von der Stadt neu aufgebaut wird, sondern dass es wirklich auch darum geht, mit den Leuten zu reden und präventiv Probleme zu vermeiden, anstatt nachher die Probleme zu melden. Wir wollen aber gleichzeitig festhalten, dass eine solche SIP kein Ersatz für eine Jugendarbeit sein kann und man nicht einfach sagen kann, jetzt haben wir die SIP. Jetzt müssen wir zum Beispiel keine aufsuchende Jugendarbeit mehr machen. Das kann es auch nicht sein. Wir sind quasi die Ländiweg-Partei. Wir sind immer noch dafür, dass die baulichen Massnahmen möglichst schnell umgesetzt werden, wissen aber, dass sie jetzt kommen und mit dem neuen Budget anfangen können. Dementsprechend sind wir im einmal im Gegenteil nicht so ungeduldig, obwohl wir das Jetzt im Namen haben, und hoffen, dass der Stadtrat dort im Herbst etwas Gutes präsentieren wird. Ich glaube, im Herbst wird der erste Vorschlag kommen. Ich weiss es nicht. Auf jeden Fall dieses, aber auch noch, weil wir ja schon den Ländiweg-Apéro gemacht haben oder gerade vor zwei Wochen das Ländiweg-Fest war, sieht man dort auch andere Möglichkeiten, wie man solche Orte lebenswerter machen kann, nämlich, indem man sich den Ort nimmt und belebt. Das könnt Ihr alle hier auch tun. Ihr könnt diesen Ort auch nehmen und beleben. Ihr könnt Euch auch dorthin setzen. Ihr könnt Eure Box etwas lauter aufdrehen als diejenigen der Anderen. Dann läuft dort zur Abwechslung etwas andere Musik. Und, weil mir dies auch noch wichtig erscheint. Marion hat vorhin Richard Sennett, den Soziologen zitiert, ausgewiesener Stadtextperte. Ich musste

als ehemaliger Geisteswissenschaftler auch noch kurz googeln und möchte noch zwei andere Zitate von Richard Sennett erwähnen, die vielleicht das Ganze etwas relativieren. Er hat nämlich gesagt: „Die Menschen müssen lernen, wie sie Fähigkeiten entwickeln, um physisch mit ihrem Nachbarn auszukommen und mehr noch sozial“. Also geht es nicht nur darum, dass der Staat von oben sagt, was auf der Strasse gilt, sondern wir müssen lernen, miteinander umzugehen, und wir können auch einmal sagen, dass jemand sein Papier wieder aufheben soll. Wir können das Papier selber in den Kehrichtimer werfen, auch wenn es natürlich schöner wäre, wenn beides nicht passieren müsste. Das zweite Zitat, das ich noch erwähnen möchte, ist: „Nach meiner Vorstellung sollten die Menschen lernen, sich gerade an Orten zu treffen, an die sie nicht gehören“. Alle Orte in dieser Stadt gehören eigentlich uns, wenn sie öffentlicher Raum sind. Danke.

Christian Werner: Ich möchte vorab dem Stadtrat für die Klarstellung, dass im November eine Vorlage kommen wird, danken. Ich finde dies wichtig. Ich weiss, die meisten hier diskutieren so formelle Sachen nicht gerne. Nichts destotrotz finde ich dies entscheidend, weil wir das Parlament sind, und es gibt Gesetze, die den parlamentarischen Betrieb regeln. Es ist klar, dass der Stadtrat innerhalb dieser Umsetzungsfrist dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen muss. Ich bin froh, dass der Stadtrat dies jetzt in Aussicht gestellt hat. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass ich eigentlich nach dieser Information umso weniger verstehe, weshalb es heute traktandiert ist, wenn ja im September eine Vorlage kommen wird. Die Argumentation, gerade auch von der SP, würde ja auch nicht mehr zutreffen, dass man heute eigentlich quasi Rechenschaft über die Umsetzung ablegt. Die Vorlage wird ja im November kommen. Diese Vorlage muss ja einen Massnahmenkatalog beinhalten. Es ist nirgends definiert, welche Massnahmen. Aber es ist definiert, dass es einen Massnahmenkatalog braucht. Das heisst, wenn die Vorlage im November keinen Massnahmenkatalog beinhaltet, würde sich der Stadtrat bewusst über den Beschluss des Parlaments hinwegsetzen. Das wäre sicher kein gutes Zeichen, wäre demokratiepolitisch ganz, ganz schlecht. Von daher freue ich mich auf diese Vorlage und habe formell nichts Weiteres mehr zu sagen. Jetzt noch kurz zum Materiellen: Es wird ja offenbar gewünscht, dass wir schon zum heutigen Zeitpunkt, wahrscheinlich für die Vorlage, die im November kommen wird, noch zu überarbeiten, etwas sagen. Christine von Arx hat es angesprochen. Sie waren damals anderer Meinung. Das ist klar. Aber was das Materielle anbelangt, muss ich natürlich schon festhalten, dass ich vom Stadtrat extrem enttäuscht bin. Ich bin extrem enttäuscht und fühle mich, wenn ich ehrlich bin, als Parlamentarier auch nicht ernst genommen. Die Motion ist erheblich erklärt worden, ob man es jetzt gut findet oder nicht. Es ist einfach Fakt. Eine Mehrheit hier hat unsere Motion erheblich erklärt, und die Motion hatte im Wesentlichen drei Stichwörter: Massnahmenkatalog, Sicherheit, Ländiweg. Das war der Wille des Parlaments, und das Parlament hat den Stadtrat beauftragt, einen Massnahmenkatalog für die Sicherheit am Ländiweg zu unterbreiten. Wenn ich sehe, was jetzt hier daherkommt, meine ich, dass ich ja nicht zufrieden sein kann. Da kann eigentlich hier niemand zufrieden sein, denn dann werden wir als Parlament nicht mehr ernst genommen. Wenn dies einreisst und der Stadtrat, statt umzusetzen, einfach macht, was er will und wieder einmal ein wenig administriert und noch ein Berichtlein in Auftrag gibt, damit er nicht Verantwortung übernehmen muss, ist dies ganz sicher der falsche Weg. Ich habe zum Beispiel heute im OT gelesen, dass man hier noch eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat. Wahrscheinlich hätte man sich dieses Geld auch sparen können, weil es an und für sich klar ist, wo diese Hotspots liegen. Aber man hat es jetzt in diesem Sinne amtlich. Da steht zum Beispiel, dass ein ganz wichtiges Anliegen eine Verbesserung der Beleuchtung wäre und man spricht explizit vom Ländiweg. Das hat Eure Untersuchung als Ergebnis hervorgebracht. Dann wird auch von Sicherheits- und Beleuchtungskonzepten und Videoüberwachung gesprochen. Das sind alles Massnahmen, die von Experten empfohlen wurden. Das sind Massnahmen, die mit der Sicherheit zu tun haben. Das sind Massnahmen, die mit der Umsetzung dieser Motion zu tun hätten. Aber davon wollt Ihr nichts wissen. Wenn ich hier lese, welche Massnahmen diskutiert und welche verworfen wurden, stelle ich fest, dass Ihr auf alle, die mit der Sicherheit zu tun hätten, und alle, welche diese Motion umsetzen würden, verzichtet. Man will keine Videoüberwachung, man will kein neues Beleuchtungskonzept, man will kein Sicherheitskonzept, obwohl gerade eine neue

Beleuchtung für das subjektive Sicherheitsempfinden wahrscheinlich sehr viel ausmachen könnte und nicht annähernd so viel kosten würde, was Ihr jetzt ausgeben wollt. Von daher muss ich einfach sagen, dass ich überhaupt nicht einverstanden damit, wie dies jetzt angeblich umgesetzt werden soll, und ich stelle einfach fest, dass, was das Parlament verlangt hat, von Euch bis heute mitnichten vorgelegt und umgesetzt wurde. Ich hoffe jetzt einfach auf November. Aber ich bin auch genug realistisch, dass ich die Situation einschätzen kann, was dann wahrscheinlich etwa kommen wird. Ich möchte den Stadtrat auffordern, jetzt einen Massnahmenkatalog auszuarbeiten und vorzulegen, uns als Parlament ernst zu nehmen, auch uns als SVP ernst zu nehmen, auch wenn viele über uns lachen. Eine Mehrheit des Parlaments hat unsere Motion erheblich erklärt, und Ihr müsst jetzt liefern. Dann kann es nicht sein, dass Ihr einfach macht, was Ihr wollt, sondern Ihr müsst jetzt zeigen, wie man die Sicherheit am Ländiweg verbessern kann. Darauf warten wir. Wenn man dazu nicht bereit ist, soll man es jetzt sagen, dann soll man uns erklären, dass man dies nicht umsetzen und das Recht übergehen will.

Michael Neuenschwander: Ich bin ja noch nicht 15 Jahre im Parlament und bin auch nicht Jurist, Christian. Deshalb äussere ich mich auch lieber inhaltlich zu dem, was wir hier vorgelegt bekommen, was tatsächlich auch in der GPK schon ein wenig für Verwirrung gesorgt hat, weil wir ja gar nicht darüber beschliessen mussten oder nicht darüber abstimmen durften. Wir hätten gerne darüber abgestimmt. Das ging nicht. Okay. Inhaltlich sind wir von den Grünen her diesem Projekt gegenüber eigentlich loyal. Wir haben es auch in diesem Sinne angeschaut und gesagt, Olten hat jetzt halt einmal eine Zentrumsfunktion. Sie geht etwas über das Stadttheater hinaus, sie geht über Karl's kühne Gassenschau hinaus, über die ganz gut organisierten Sachen. Sondern da kommen halt Leute, vor allem, wenn das Wetter schön ist, und es gibt gewisse Ansammlungen. Das gibt gewisse Reibungspunkte. Von daher finden wir den Ansatz des Ganzen eigentlich gut. Vielleicht ist der Name SIP schon etwas vorbelastet, weil es von unserer Warte her etwas viel mit polizeilichen Aufgaben in Verbindung gebracht wird. Aber inhaltlich sind wir einverstanden, und vor allem, dass das Projekt jetzt gerade einmal bei der Sozialdirektion angesiedelt wird und nicht irgendwie über die KAPO läuft. Die KAPO ist selbstverständlich bei wirklichen Gesetzesübertretungen nach wie vor auch involviert. Es ist ja bei uns zum Glück so, dass private Dienste die polizeilichen Aufgaben nicht wahrnehmen dürfen. Das fängt schon bei der Ausweiskontrolle an. Zum Glück. Wir sind weiterhin auch sehr froh, dass man einmal auf die Videoüberwachung verzichtet. In unseren Augen sind die Fr. 150'000.— pro Jahr in einer sozialkompetenten Institution, die man jetzt einmal drei Jahre arbeiten lassen soll, viel besser angelegt. Nachher wertet man dies aus. Wir sind sehr froh, dass der Wirkungsbereich über den Ländiweg hinausgeht. Vor ein paar Jahren war der Salzhüslweg bei Euch ein Thema. Jetzt war es halt der Ländiweg. Nachher kommt vielleicht das Pontonierhäuschen usw. Es ist immer irgendwo etwas, wo halt etwas mehr Reibung als anderen Orten entsteht. Deshalb sind wir froh, wenn man den Blick auf das ganze Stadtgebiet hat. Wir sind in diesem Sinne kritisch loyal und werden dieser Vorlage, wenn sie im November so kommen wird, sicher auch zustimmen.

Muriel Jeisy: Ich möchte mich jetzt nach den x Voten von Christian Werner doch noch etwas ausführlicher äussern. Eigentlich war ich mit seiner Aussage, dass wir einen schönen Sommerabend haben und nicht ewig hier sein müssen, einverstanden. Gerade dann ist es aber wegen des Themas ernst nehmen für mich eben auch wichtig, dass man sich vielleicht selber etwas kürzer fassen könnte und nicht x Mal reden muss oder ob Du anscheinend einfach gerne noch lange November-Sitzungen haben wirst. Ich bin auch Juristin und der Parlamentspräsidentin dankbar, dass es noch mit dem Rechtskonsulenten geklärt hat, worüber wir hier reden. Aber ich finde diese Art mündliche Vernehmlassung eigentlich nicht so schlecht, in der Hoffnung, dass wir im November vielleicht nicht wieder nächtelange Sitzungen haben werden, wo er ohnehin schon wissen, dass viel auf uns zukommt. Einfach auch wegen des Themas ernst nehmen finde ich wichtig, wieso kann man nicht auch einmal über den Tellerrand hinaus und etwas weiter schauen. Ich meine, Dein Fraktionskollege hat vorhin punkto Sicherheit selber gesagt, er hat das Gefühl, und diesen Eindruck habe ich übrigens auch, dass die Kantonspolizei einen guten Job macht. Also kann man ja zu

ergänzenden Sachen ansetzen, und deshalb finde ich dies eigentlich einen guten Ansatz. Das Eine schliesst das Andere nicht aus. Ihr wollt ja gerade einen Massnahmenkatalog, nicht nur etwas. Also können dies ja verschiedene Bestandteile sein. In diesem Zusammenhang haben wir an einem Themenabend, den wir ein Jahr, nachdem die Stadtpolizei abgeschafft worden war, durchgeführt haben, wirklich auch noch wertvolle Inputs erhalten. Dort war neben den lokalen Referenten eine Referentin von der Stadtpolizei Zürich, wo es ja in der Stadt sehr viele Hotspots hat, wie wir wissen. Sie haben extra einen Bereich, eine Art Mediation. Dort ist es einfach bei der Sicherheit angegliedert. Sie hat aber auch eindrücklich mit Beispielen beschrieben, wie man Lösungen und Situationen entschärfen kann, auch in Zukunft, mit Gespräch suchen und Kommunikation, dass es dann auch nicht so häufig gerade so ausartet. Eben gerade so bei Kleinkriminellen wie Littering und kleinere Sachen finde ich auch, dass eigentlich unsere Kantonspolizei wichtigere Aufgaben hat und sich auf die schwereren Delikte beschränken könnte.

Felix Wettstein: Ich möchte mich ganz konkret an Marion und Markus Dietler richten und zwar am Anfang auch mit etwas Formalem. Ich denke, wir tun uns allen Beteiligten tatsächlich einen Gefallen, wenn wir rein schon von der Wortwahl, Titelsetzungen schauen, dass wir in solchen Sachen präzise sind. Das mag jetzt „tüpfelscheisserisch“ erscheinen, aber es ist von mir aus gesehen wirklich wichtig. Ich sage es Dir, Markus Dietler, weil ich davon ausgehe, dass so etwas, wenn ein Büro beschliesst, dass man dies als Traktandenliste hat, Du wahrscheinlich derjenige bist, der die Traktandenliste zusammenstellt. Ich glaube, die Motion der Fraktion SVP hatte einen ganz bestimmten Titel und der Anschluss wäre, dass auch alle in der Verwaltung die gleiche Bezeichnung des entsprechenden Vorstosses wörtlich wieder brauchen. Es war tatsächlich auch nach meiner Erinnerung nicht die Motion Doris Känzig. Das wäre schon einmal eine erste Ebene, wo ich einfach um Präzisierung bitte. Das Zweite ist, dass es klar ist, dass die Beilage, die wir jetzt hier erhalten haben, noch nicht eine hohe Officialität hat, aber das hat im Blattfuss Sozialregion Olten. Die Sozialregion ist ein Gebilde von fünf Gemeinden, von denen Olten eine ist, auch wenn es die Leitgemeinde ist. Die Umsetzung dieser Motion hat jetzt definitiv nichts mit der Verantwortung der Sozialregion zu tun, sondern letztlich des Stadtrats, auch vorbereitend von der Sozialdirektion. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Es ist ein typisches Beispiel, wie in der Sozialdirektion noch ganz andere Sachen als nur die Aufgaben der gesetzlichen Sozialhilfe wahrgenommen werden können sollen. Sie sind tatsächlich bei der Sozialregion. Das würde auch zu dieser Präzisierung oder sauberen Begriffsverwendung, zur der ich hier anmahnen möchte, gehören. Dann etwas zwischen inhaltlich und formal: Offenbar existiert ein Massnahmenkatalog. Ich kenne ihn bisher nicht, habe aber heute Abend Sachen gehört, welche Massnahmen dort vorkommen. So, wie wir jetzt den Auszug des Protokolls des Stadtrats haben, würde ich auch zum Schluss kommen, dass dies sicher nicht das Ergebnis oder der Ausdruck eines solchen Massnahmenkatalogs, sondern ist allenfalls eine einzelne Massnahme aus einem solchen Katalog in die Nähe der Operationalisierung gebracht. Es ist für sich gesehen in diesem Sinne nicht die Basis für die Abschreibung einer mehrheitlich überwiesenen Motion. Wenn ich damals auch bei der Minderheit war, möchte ich dies einfach wirklich festhalten. Dann noch etwas Letztes, und da richte ich mich an Dich, Christian: Wir haben eine Chance, in diesen Fragen tatsächlich zu etwas zu kommen. Ich finde es schade, dass Du dies, wenn der Stadtrat einen externen Bericht in Auftrag gibt, gleich wieder damit verbindest, er nimmt sich selber aus der Verantwortung. Er hat sehr wohl eine sehr hohe Verantwortung, wenn man externe Berichte in Auftrag gibt und nachher wiederum wie die eigenen verwertet. Wenn wir es fertigbringen, auf solche Nebenbemerkungen zu verzichten, haben wir eine Chance, dass wir inhaltlich weiterkommen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich möchte noch zwei, drei Gedanken äussern, um bei der SIP vielleicht noch einmal auf den Boden zu kommen. Es geht um Störungen im öffentlichen Raum, um den Umgang mit Störungen im öffentlichen Raum. Jeder darf sich am Ländliweg aufhalten. Es geht darum, dass man, wenn jemand einen Hund laufen lässt, zu ihm geht und sagt, Du kannst einen Hund halten, aber Du musst ihn im Siedlungsgebiet in Olten an die Leine nehmen. Oder wenn er Alkohol trinkt, Du darfst Alkohol trinken, aber Du musst die

Flasche wieder mit nach Hause nehmen. Wenn er oder sie Musik hört, Du darfst hier Musik hören, aber einfach nicht zu laut, weil es hier noch andere Leute rundherum. Es geht um Störungen im öffentlichen Raum, bei denen sich die SIP-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter – sie sind auch gekennzeichnet, eine Art Gelbwesten – an diese Leute wenden. Sie demonstrieren nicht. Sie demonstrieren Präsenz. Das ist gelebte Zivilcourage. Das Zweite, die Sicherheit am Ländiweg, ist im Moment gewährleistet, nicht nur wegen der Temperaturen, sondern er ist abgesperrt. Er ist abgesperrt, weil wir ihn jetzt fit machen, jetzt in der Zeit, in der wir wenig Pendlerströme haben, weniger Passanten, die dort vorbeigehen, damit man ihn instand stellen, ein neues Erscheinungsbild schaffen kann, die Toiletten sind schon geöffnet, und damit er nach den Sommerferien, wenn dann die Kilbi und viele Passanten kommen, bereit ist. Eine gute Beleuchtung ist wichtig. Diese hatten wir am Ländiweg, und sie wurde heruntergeschlagen. Dort hat es jetzt dort etwas weniger Beleuchtung. Man hat es dann so organisiert, dass wir von den Kandelabern auf der Bahnhofstrasse eigentlich die Ableger gemacht haben, die hinunterzündet. Alles andere wird halt leider zerstört. Gerade beim neuen Aufgang oder Durchgang von der Bahnhofsterrasse zur Bushaltestelle nördlich der Brücke haben wir sozusagen ein Angstlicht gemacht, Angst in Bezug darauf, wenn man sich dort aufhält, fühlt man sich wie in einem Fotolabor. Wir gehen davon aus, dass es eben die Sicherheit erhöht und auch die Hinterlassenschaften in einer solch dunklen Ecke reduziert. Zum Baulichen kann man noch sagen, wir starten jetzt die Planung auf, sobald das Budget gesprochen ist, um die Aufwertung des Ländiwegs auch baulich zu begleiten. Wir hängen uns dort an die Umsetzung des Kantons an, der die Bahnhofstrasse saniert. Dort werden die Spundwände heruntergeschlagen. Wir können uns dort anhängen. Die Idee war einmal maximal bis 4 Millionen Franken. Das ist jedenfalls eine Zahl, die in diesem Vorstoss genannt wurde. Blockiert, und das kommt uns im Moment fast noch etwas entgegen, weil wir diese Planung noch nicht aufstarten konnten, da dort noch ein Urteil des Verwaltungsgerichts ausstehend ist.

Deny Sonderegger: Wir von der FdP haben die Beantwortung natürlich auch intensiv diskutiert. Sie war für uns ein wenig irritierend. Wir haben es heute Abend schon mehrmals gehört. Es war für uns fast etwas so, dass man vom Motionstext her ein «Pfünderli» bestellt und nachher wird aus Aktionsgründen gerade ein Kilo vergeben. Es ist umfassender. Es beinhaltet wesentlich mehr und es zielt damit ein wenig an der eigentlichen ursprünglichen Idee der Motion vorbei. Positiv an dieser ganzen Sache ist, dass der Stadtrat reagiert und etwas gemacht wird. Ich glaube, das ist auch wichtig. Es braucht Massnahmen, insbesondere beim Ländiweg, auch wenn er aktuell gerade gesperrt ist. Aber er war in der Vergangenheit und möglicherweise auch wieder in Zukunft ein Brennpunkt, und es ist ein Einfallstor in unsere schöne Stadt. Auch aus juristischer Sicht ist es relevant. Olten Tourismus hat diesbezüglich auch mehrmals beim Stadtrat vorgesprochen, weil einfach negative Rückmeldungen gekommen sind. Im Bericht ein wenig irritierend ist für uns nachher die Umfassigkeit. Wir haben dann natürlich vor allem auch die Kosten diskutiert. Sie sind wesentlich umfangreicher, als wenn man die ursprüngliche Idee und die Idee, die letztendlich auch von der KAPO ins Feld geführt würde, nämlich die Initiierung einer Video-Überwachung, die kostenmässig tiefer aufgewiesen wird. Man geht jetzt eigentlich auf eine umfassendere Lösung. Wir haben gesagt, damit wird es sicher auch wieder im Rahmen ein Punkt sein, den wir anschauen müssen. Aber beim heutigen Stand nehmen wir dies zur Kenntnis. Wir sind froh, dass Massnahmen umgesetzt werden, und werden dies zu einem späteren Zeitpunkt ins Budget aufnehmen. Besten Dank.

Dr. Christoph Fink: Wir haben darüber diskutiert und die Meinungen sind gemacht. Wir wissen alles. Der Stadtrat hat eine Rückmeldung erhalten. Ich möchte aus diesem Grund einen Ordnungsantrag stellen, dass wir diese Diskussion abbrechen, weil wir noch andere Traktanden haben, beispielsweise die Rechnung, damit wir im Zeitbudget bleiben.

Beschluss

Mit 32 : 5 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Mitteilung an
Direktion Soziales
Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 85

Einwohnergemeinde Olten, Jahresrechnungen und Verwaltungsbericht 2018/Genehmigung

Dem Jahresabschluss des Kantons und anderer Gemeinden folgend schliesst die Jahresrechnung der Stadt Olten im Jahr 2018 mit einem erfreulichen Gewinn von 10'304'924.14 Franken ab. Budgetiert wurde mit einem Gewinn von 6'336'700 Franken. Dank einer sehr guten Ausgabendisziplin beträgt die Gesamtabweichung im Aufwand weniger als 1%. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung haben ihre Kosten im Griff. Bei den Erträgen schlugen erfreuliche Nachzahlungen aufgrund des Veranlagungsfortschrittes natürlicher Personen aus den Jahren 2016 und 2017 mit mehr als 4.7 Mio. Franken zu Buche. Auch für das laufende Jahr darf für die Steuern natürlicher Personen mit Mehrerträgen von gegen 1 Mio. Franken gerechnet werden. Die effektiven Erlöse des Jahres 2018 werden sich jedoch erst mit der fortlaufenden Veranlagungstätigkeit zeigen. Bei den Steuern juristischer Personen konnten aus den Jahren 2016 und 2017 zusätzlich 2.3 Mio. Franken Einnahmen erzielt werden. Die erhaltenen Rückmeldungen zu den voraussichtlichen Steuererträgen 2018 lassen darauf schliessen, dass die Zielvorgabe von 18 Mio. Franken um rund 1.1 Mio. Franken nicht erreicht werden kann. Die effektiven Erlöse für das Steuerjahr 2018 werden sich jedoch mit den laufenden Veranlagungsarbeiten durch die kantonale Steuerverwaltung zeigen.

Hohe Mehrkosten mussten lediglich im Bereich der Sozialhilfe verzeichnet werden. Diese betragen gegenüber dem Budget rund 1.2 Mio. Franken, bewegen sich aber auf dem Niveau der Jahresrechnung 2017. In den vom Kanton vorgegebenen Planansätzen betrug der Pro-Kopf-Beitrag an die gesetzliche Sozialhilfe 360 Franken, die effektive Abrechnung weist nun eine Pro-Kopf-Belastung von 410 Franken aus. Die geplanten Bruttoinvestitionen von 15.4 Mio. Franken wurden zu knapp 80% ausgeschöpft.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2018.

1. Rechnungsübersicht

1.1 Genereller Kommentar

Das Rechnungsjahr 2018 schliesst gegenüber dem Budget 2018 um rund 3.97 Mio. Franken besser ab. Analog dem Kanton konnte die Stadt ebenfalls erfreulich höhere Steuererträge natürlicher Personen aus den Jahren 2016 und 2017 verbuchen. Während in der

Steuerplanung von einer jährlichen Steigerung von rund 1% ausgegangen war, konnte insbesondere im Steuerjahr 2017 eine aussergewöhnliche Steigerung von über 3% festgestellt werden. Dies führte bei den natürlichen Personen zu erheblichen Mehrerträgen. Zu bedenken gilt es jedoch, dass von den veranlagten Steuern 2017 noch mehr als 10 Mio. Franken Steuererträge erst provisorisch sind, was unter Umständen noch zu nachträglichen Reduktionen oder Verbesserungen führen kann. Bei den juristischen Personen konnten aus vergangenen Jahren zusätzlich rund 2.3 Mio. mehr Steuererträge verbucht werden. Im laufenden Jahr konnte das Ziel von 18 Mio. Franken Steuererträgen noch nicht erreicht werden. Aufgrund der Rückmeldungen schätzt die Finanzverwaltung die Erträge auf rund 16.9 Mio. Franken. Die effektiven Steuererträge des Steuerjahres 2018 dürften dann im Jahr 2020 bekannt sein. Eine detaillierte Aufstellung der Steuererträge kann im Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung (Kapitel 2.5.1) entnommen werden.

Bei den Personalkosten ist ein Mehraufwand von rund 618'000 Franken zu verzeichnen. Dieser beruht in erster Linie darauf, dass im Rahmen des Rechnungsabschlusses bewusst eine tiefere Entnahme aus der Arbeitgeberbeitragsreserve verbucht wurde. Dadurch entsteht beim Sozialversicherungsaufwand eine höhere Belastung im Umfang von 562'000 Franken. Mit dem bewussten Verzicht erhöht der Stadtrat seinen finanziellen Spielraum bei künftigen Anpassungen der Parameter bei der Pensionskasse. Ohne diese Sonderbelastung beträgt der Mehraufwand rund 56'000 Franken, was bei einer Abweichung gegenüber dem Budget von 0.13% eine Ziellandung ist.

Der Sachaufwand wurde um rund 4.3% oder 0.68 Mio. Franken unterschritten. Während die effektiven Sachkosten um rund 1.00 Mio. Franken unterschritten worden sind, mussten für Abschreibungen und Wertberichtigungen von Guthaben rund 0.33 Mio. Franken Mehraufwand verbucht werden. Die schlechte Zahlungsmoral widerspiegelt sich auch in den höheren Betreuungskosten sowie den zusätzlichen Verzugszinserträgen.

Bei den Abschreibungen mussten aufgrund der tieferen Nettoinvestitionen weniger Abschreibungen vorgenommen werden. Wir verweisen diesbezüglich auf die Kapitel 2.4.3 Abschreibungen und 3.2 Bruttoinvestitionen des Verwaltungsberichtes der Finanzverwaltung.

Im Finanzaufwand wurde per Saldo ein Mehraufwand von rund 20'000 Franken verbucht. Dies unter anderem darum, weil die Verzugszinserträge netto unter dem Ertrag geplant wurden, in der Rechnungslegung jedoch zwischen Zinsaufwand und Zinsertrag unterschieden wurden. Wir verweisen diesbezüglich auf Kapitel 2.2. des Verwaltungsberichtes der Finanzverwaltung.

Bei den Einlagen in Fonds konnte insbesondere bei der Abfallrechnung ein wesentlich höherer Überschuss generiert werden (vgl. Kapitel 6.2 dieses Berichtes und Antrag). Kleinere Abweichungen können dem Kapitel 2.4.5 des Verwaltungsberichtes Finanzverwaltung entnommen werden.

Beim Transferaufwand fallen die gegenüber dem Budget erheblich höheren Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe auf. Diese haben sich zwar gegenüber der Jahresrechnung 2017 stabilisiert, liegen aber deutlich über dem Budget. Die Mehrbelastung beläuft sich auf rund 1.20 Mio. Franken.

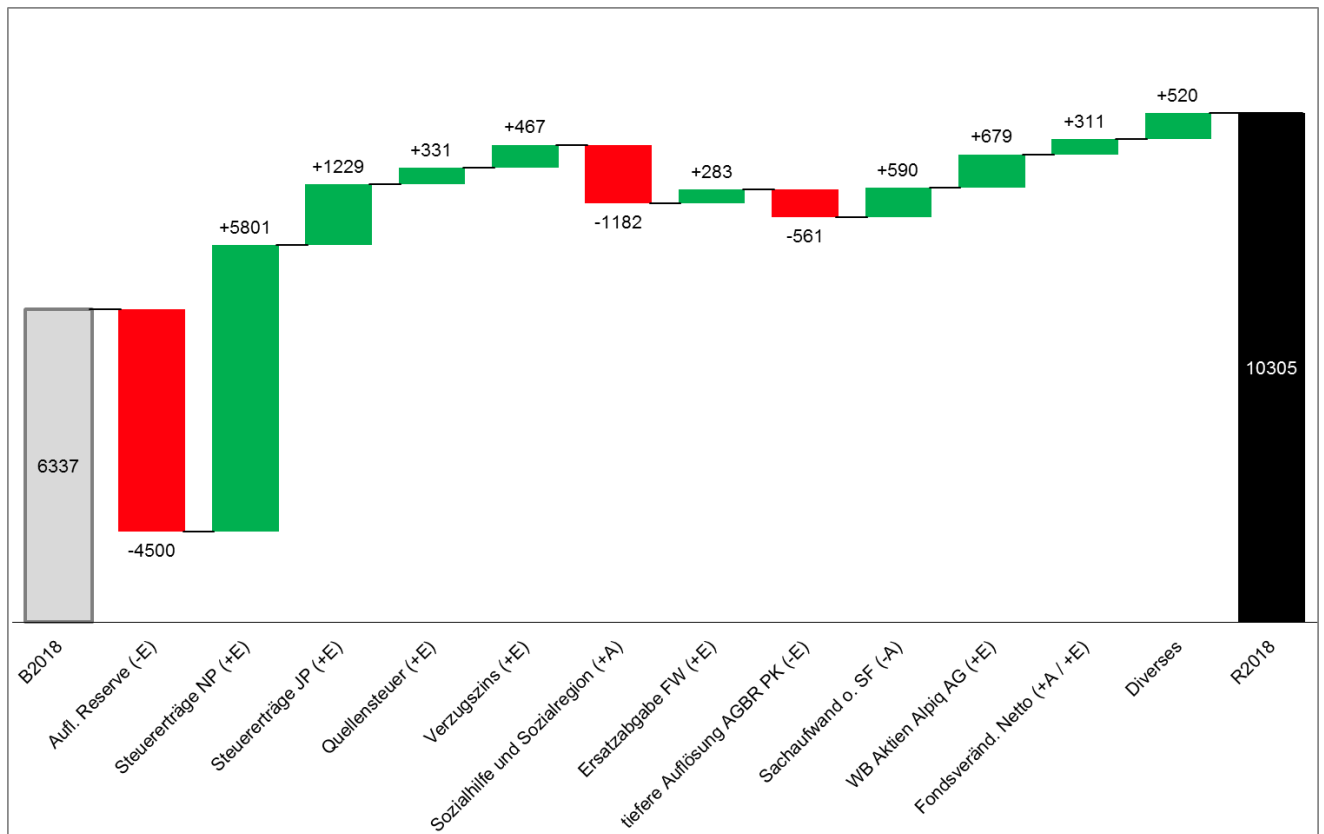
Bei den Entgelten (42) fielen die grössten Abweichungen beim Feuerwehrpflichtersatz (+283'000 Franken), höheren Leistungen des Rechenzentrums Olten+ an die angeschlossenen Körperschaften (+61'000 Franken), höheren Erlösen aus der Badi (+77'000 Franken), sowie Weiterbelastungen von Betreibungsgebühren (+81'000 Franken) an Schuldner an.

Der Finanzertrag (44) weist gegenüber dem Budget 2018 einen Mehrertrag von 1.31 Mio. Franken aus. Haupttreiber der höheren Erlöse ist die Neuregelung der Verzugs- und Vergütungszinsen. Diese Regelung brachte nun Mehrerträge von rund 467'000 Franken.

Weiter wurden die im Bestand der Stadt gehaltenen Aktien der Alpiq AG aufgrund des Ende 2018 geltenden Börsenwertes rund 678'000 höher bewertet, was zu einer entsprechenden Ertragskorrektur führte. Der Kurswert der Aktien hat sich im laufenden Jahr jedoch bereits wieder korrigiert.

Der Transferertrag (46) weist eine Abweichung (Minderertrag) von rund 386'000 Franken aus (+3.7%). Die Abweichungen betreffen zum grössten Teil die zu hoch budgetierte Schülerpauschalen (-131'000 Franken) sowie tiefer verbuchte Beiträge an das Kunst- und Historische Museum. Eine detaillierte Abweichungsanalyse der Gemeindebeiträge befindet sich im Kapitel 2.5.6 des Verwaltungsberichtes der Finanzverwaltung.

Die grössten Abweichungen lassen sich grafisch folgendermassen darstellen:



Grafik: Fallabweichungen Budget / Rechnung 2018 in TCHF

1.2 Gestufter Erfolgsausweis

Mit der Einführung von HRM2 wird das Ergebnis der Erfolgsrechnung in einer gestuften Form dargestellt. Die erste Stufe zeigt das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit des Rechnungsjahres. Steuernachzahlungen aus Vorjahren werden, obwohl eigentlich nicht aus dem laufenden Jahr hervorgegangen, ebenfalls unter dem Betriebsergebnis ausgewiesen. Da im Budget 2018 die Auflösung der Steuervorbezugsreserve ebenfalls im betrieblichen Ertrag geplant worden ist, sind diese Steuererträge bei der Analyse des betrieblichen Ertrages mitzuberechnen.

In der zweiten Stufe werden der Finanzaufwand sowie der Finanzertrag gegenübergestellt. Im Finanzaufwand sind z.B. Passivzinsen, Wertberichtigungen von Finanzvermögen und der Aufwand für Liegenschaften des Finanzvermögens dargestellt. Im Finanzertrag befinden sich Beteiligungserträge, Aktivzinsen, Liegenschaftserträge aus dem Finanzvermögen sowie Wertberichtigungen von Finanzvermögen (Bsp. Kursgewinn Alpiq-Aktien).

Das betriebliche Ergebnis und das Ergebnis aus Finanzierung bilden zusammen das operative Ergebnis.

Gemeinde Total	R2018	B2018	R2017
30 Personalaufwand	40'715	40'097	39'094
31 Sach- u. übriger Betriebsaufwand	14'994	15'675	14'383
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6'011	6'120	5'597
35 Einlagen in Fonds u. Spezialfinanzierung	1'965	1'615	1'786
36 Transferaufwand	35'155	34'051	32'686
39 Interne Verrechnungen	7'232	7'663	6'974
Total betrieblicher Aufwand	106'072	105'220	100'520
40 Fiskalertrag	78'211	75'474	80'790
41 Regalien und Konzessionen	1'988	1'842	1'958
42 Entgelte	15'322	14'715	14'884
43 Verschiedene Erträge	36	12	6
45 Entnahm. Fonds u. Spezialfinanzierung	1'521	859	238
46 Transferertrag	9'950	10'335	9'797
49 Interne Verrechnungen	7'232	7'663	6'974
Total betrieblicher Ertrag	114'370	110'900	114'646
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	8'189	1'441	14'125
34 Finanzaufwand	1'529	1'509	2'639
44 Finanzertrag	4'346	3'037	3'714
Ergebnis aus Finanzierung	2'816	1'528	1'074
Operatives Ergebnis	11'005	7'208	15'200
38 Ausserordentlicher Aufwand	871	871	34
48 Ausserordentlicher Ertrag	171	0	1'136
Ausserordentliches Ergebnis	-700	-871	1'103
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	10'305	6'337	16'302

Tabelle: Gestufte Erfolgsrechnung

2. Vergleich mit finanzpolitischen Zielen des Stadtrates

Der Stadtrat hat, wie bereits in den letzten Budgets und Finanzplänen finanzpolitische Ziele und Grundsätze zu drei Bereichen definiert und kommuniziert.

Grundsatz zur Verschuldung

Der Stadtrat hat den Grundsatz gefasst, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 2'500 Franken nicht übersteigen soll. Dank der Jahresabschlüsse 2017 und 2018 konnte eine kleine Sicherheitsreserve geschaffen werden. Die aktuelle Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 1'798 Franken. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung respektive das Pro-Kopf-Guthaben aller Gemeinden im Kanton Solothurn betrug Ende 2017 rund 367 Franken (Guthaben). Die beiden anderen Solothurner Städte wiesen Ende 2017 ein Nettoguthaben und keine Nettoschuld aus.

Grundsätze zu den Investitionen

Der Stadtrat will für den Werterhalt eine dauernde Selbstfinanzierung von 100% und für die Gesamtinvestitionen eine langfristige Finanzierung von 100% erreichen. Mit einem ausgewiesenen Selbstfinanzierungsgrad von 179.60% (effektiv 185.33%) konnten beide Ziele eingehalten werden. Bezüglich Selbstfinanzierungsgrad verweisen wir auf die Ausführungen im Kapitel 4.2 des Verwaltungsberichtes der Finanzverwaltung.

Steuern (Steuersätze)

Der Stadtrat will den Steuersatz in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden halten, was bei einem Steuersatz von 108% sowohl für juristische und natürliche Personen erfüllt ist. Mit einem Steuersatz von 108% bei den natürlichen Personen gehört Olten im Kanton Solothurn weiterhin zu den Gemeinden mit einem unterdurchschnittlichen Steuerfuss. Der durchschnittliche Gemeindesteuerfuss im Kanton Solothurn betrug für das Jahr 2018 118.4% (Vorjahr 118.7%), gewichtet pro Einwohner betrug er 116.4% (Vorjahr 116.8%).

In den letzten 10 Jahren haben sich die durchschnittlichen Gemeindesteuersätze aller Solothurner Gemeinden zwischen 117.4% und 118.2% bewegt.

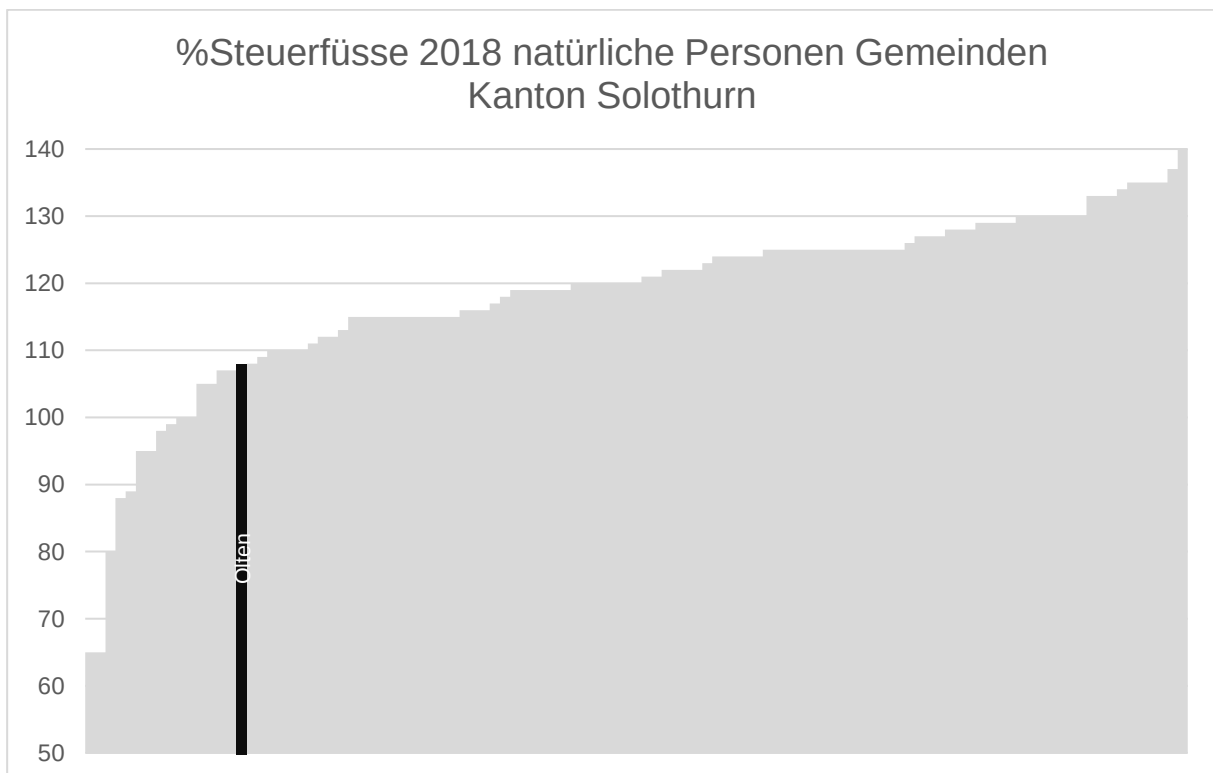


Abbildung: Steuerfüsse Gemeinden Kanton Solothurn für natürliche Personen

3. Erfolgsrechnung

3.1 Entwicklung der Kostenarten Aufwand

Die wesentlichen Budgetabweichungen der Aufwand- und Ertragsarten sind im Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung enthalten. Die untenstehende Grafik zeigt die jeweiligen Abweichungen der Aufwandsarten.

Die Personalkosten haben sich in den letzten 3 Jahren um rund 2 Mio. Franken erhöht, wobei festzuhalten ist, dass im Jahr 2018 bewusst eine tiefere Entnahme aus der Arbeitgeberbeitragsreserve getätigt wurde, was zu einer Mehrbelastung von 0.56 Mio. Franken geführt hat. Die effektive Steigerung im Personalbereich beträgt deshalb rund 1.44 Mio. Franken. Davon fallen rund 1.2 Mio. Franken auf die fremdbestimmten Löhne der Lehrpersonen. Die Lohnkosten des städtischen Personal konnten weitgehend stabil gehalten werden. Der Sachaufwand zog seit dem Jahr 2016 wieder deutlich an, bewegt sich aber immer noch weit hinter den Kosten des Jahres 2010. Ein Grund für die Steigerung in den letzten Jahren ist unter anderem, dass in der Investitionsrechnung nur noch Investitionen ab 100'000 Franken aufgeführt werden und kleinere Investitionen neu über die Erfolgsrechnung getätigt werden müssen. Beim Transferaufwand ist die Reduktion vom Jahr 2016 ins Jahr 2018 durch einen tieferen Anteil des Ressourcenausgleiches im neuen Finanzausgleich (-2.44 Mio. Franken) erheblich.

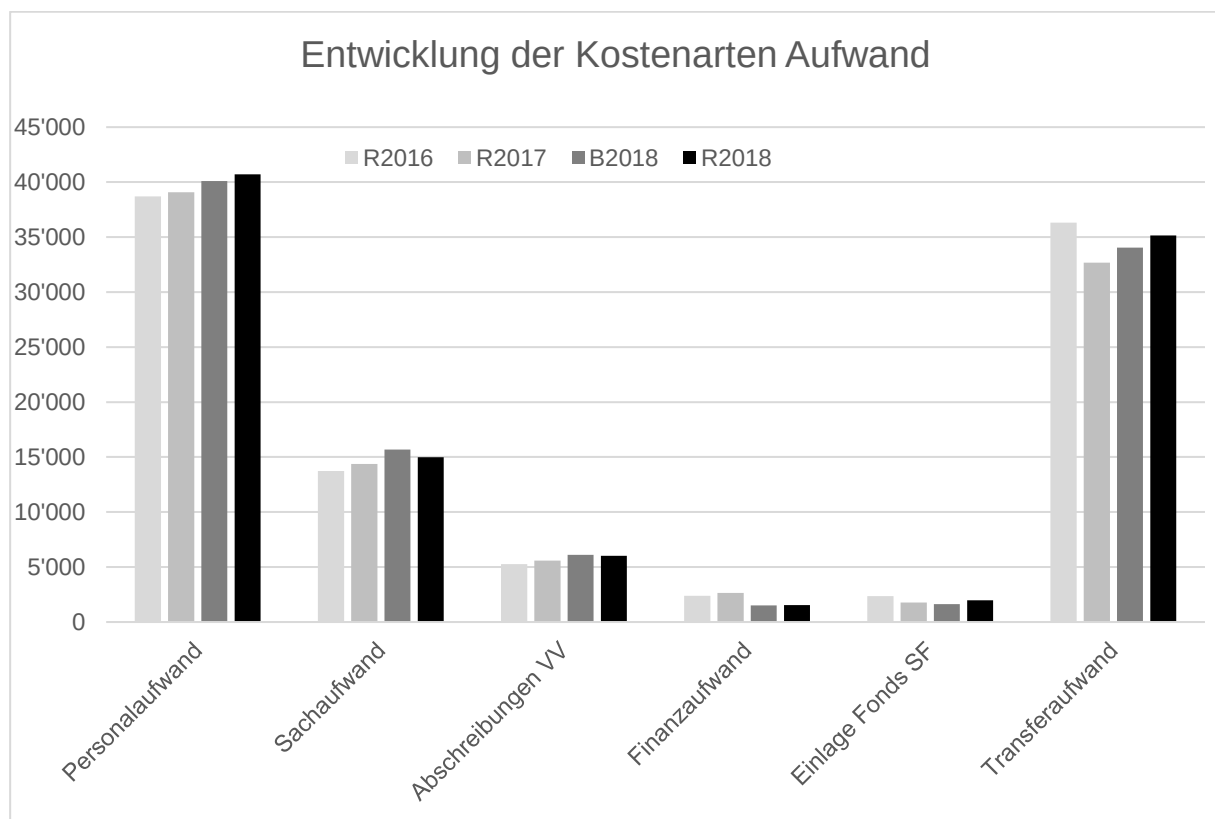


Abbildung: Aufwandsarten In TCHF

3.2 Entwicklung der Funktionen

Die Entwicklung der Funktionen zeigt auf, in welchen Aufgabenbereichen sich welche Nettokosten entwickelt haben. Während sich die Funktionen Allgemeine Verwaltung (ohne Sondereffekt Auflösung Arbeitgeberbeitragsreserve), Bildung, Gesundheit, Verkehr und Volkswirtschaft auf dem bisherigen Nettokostenniveau halten konnten, haben die Bereiche Sicherheit, Soziale Wohlfahrt und Umweltschutz und Raumplanung wieder zugelegt. Die Funktion Kultur und Freizeit hat u.a. aufgrund der Wiederaufnahme des Hallenbades zu

bekannten Mehrkosten geführt. In der Funktion Finanzen hat der Finanzausgleich mit einer Erhöhung von mehr als 1.2 Mio. Franken gegenüber dem Jahr 2017 zu entsprechenden Mehrbelastungen geführt.

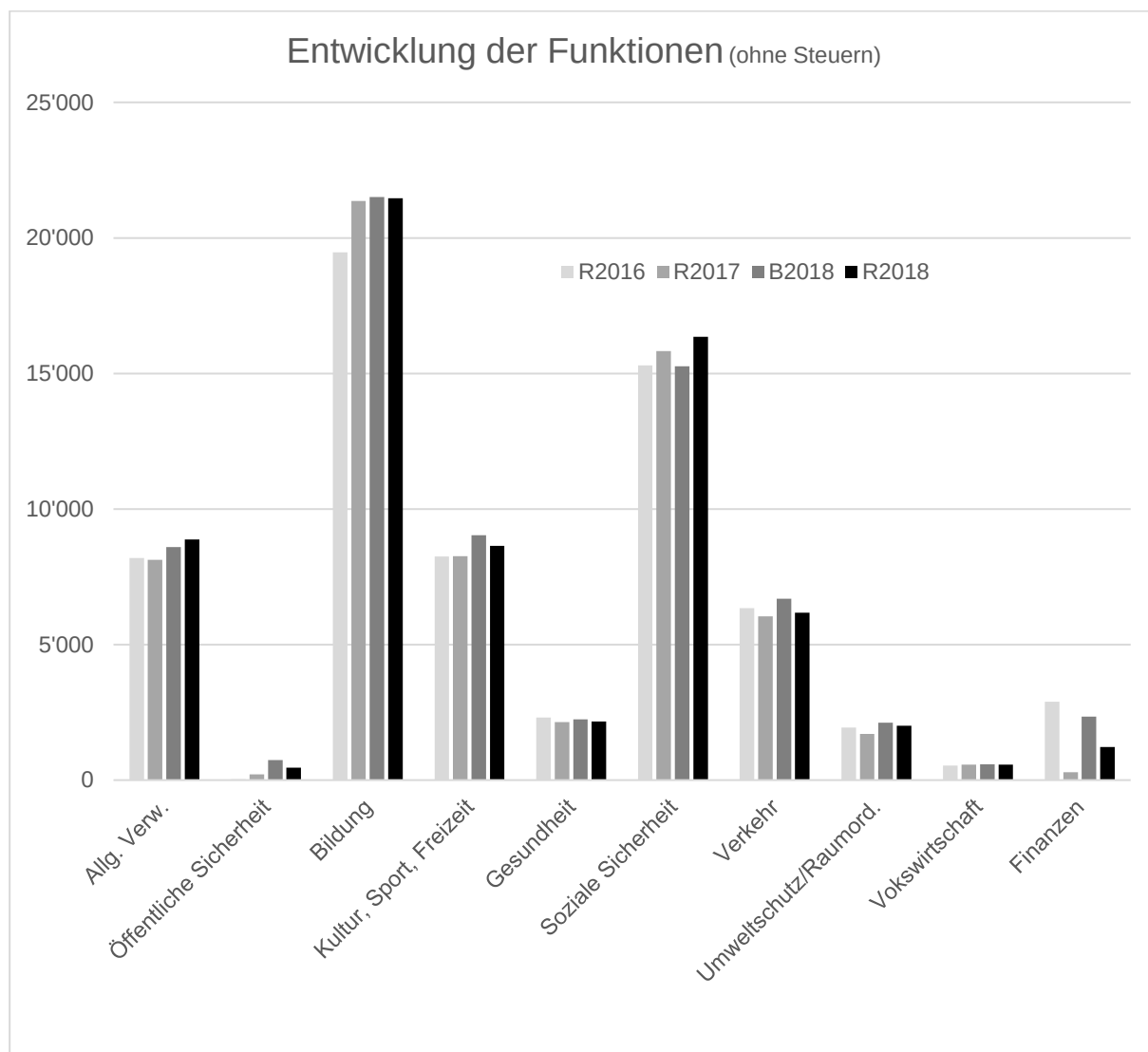


Abbildung: Nettokosten der Funktionen in TCHF

Nachfolgend werden die relevanten Abweichungen einzelner Funktionen kurz dargestellt bzw. begründet (in Tausend Franken - TCHF):

0 Allgemeine Verwaltung
 Nettoaufwand Budget
 Nettoaufwand Rechnung
 Budgetabweichung

8'599
 8'876
 277

Die Mehrkosten im Nettoaufwand betreffen die tiefere Auflösung der Arbeitgeberbeitragsreserve von netto rund 562'000 Franken (Konto 0228.3052.02 und 0228.3052.04). In der Informatik kam es aufgrund von Projektverzögerungen sowie Mehrleistungen gegenüber angeschlossenen Gemeinden und Körperschaften zu einer Saldoverbesserung von 178'000 Franken. Die Refinanzierung von Überbrückungsrenten der Lehrkräfte fiel aufgrund von weniger Pensionierungen um rund 76'000 Franken tiefer aus.

1 Öffentliche Sicherheit	
Nettoaufwand Budget	744
Nettoaufwand Rechnung	458
Budgetabweichung	-286

Die Differenz in der Funktion öffentliche Sicherheit ist auf tiefere Leistungsverrechnung Ordnung und Sicherheit an den Strassenbereich (-111'000 Franken), höhere Feuerwehrrersatzabgabe (+283'000 Franken) und tiefere Nettokosten für den Regionalen Zivilschutz (+37'000) zurückzuführen.

2 Bildung	
Nettoaufwand Budget	21'515
Nettoaufwand Rechnung	21'459
Budgetabweichung	-56

Der Bereich Bildung erzielte unter dem Gesichtspunkt des Nettoaufwandes eine Ziellandung. Sowohl die Abweichungen im kumulierten Aufwand als auch im kumulierten Ertrag liegen deutlich unter 1%. Funktional liegen die Kosten der Sekundarschule rund 307'000 Franken unter Budget, während die Kosten der Musikschule (+120'000 Franken) und die Kosten für Kinder in der Heilpädagogischen Sonderschule sowie Kindern in Heimen rund 143'000 Franken über dem Budget liegen.

3 Kultur, Freizeit, Sport	
Nettoaufwand Budget	9'028
Nettoaufwand Rechnung	8'638
Budgetabweichung	-390

Die Abweichungen betreffen Mehrerträge bei Hallenbad und Freibad (+129'000 Franken), Einnahmen aus Nettoüberschüssen der Investitionsrechnung (166'000 Franken) sowie diversen „Kleinabweichungen“.

4 Gesundheit	
Nettoaufwand Budget	2'244
Nettoaufwand Rechnung	2'163
Budgetabweichung	-81

Die Budgetunterschreitung ist auf tiefere Beiträge an die Pflegekostenfinanzierung (-31'000 Franken) und tiefere Kosten an die Spitex (-52'000 Franken) und höheren Kosten bei der Schulzahnpflege (Honorare Schulzahnärzte +23'000 Franken) zurückzuführen.

5 Soziale Wohlfahrt	
Nettoaufwand Budget	15'274
Nettoaufwand Rechnung	16'350
Budgetabweichung	1'076

Die Hauptabweichungen betreffen folgende Positionen: tiefere Beiträge an Kinderkrippen (-81'000 Franken), höhere Beiträge an die gesetzliche Sozialhilfe (+1'115'000 Franken), Restkosten Sozialregion (+67'000 Franken), vergleiche dazu Kapitel 7.4 Sozialregion dieses Berichts und Antrag sowie der Sonderrechnung der Sozialregion Olten.

6 Verkehr	
Nettoaufwand Budget	6'689
Nettoaufwand Rechnung	6'169
Budgetabweichung	-520

Die Hauptabweichungen fielen auf die Minderkosten der Energie für die Strassenbeleuchtung (-145'000 Franken), Abschreibungen im Strassenbau aufgrund von

Projektverzögerungen bei Investitionen (-85'000 Franken) sowie tiefere verrechnete Kosten der Abteilung Ordnung und Sicherheit für den Verkehr (-111'000 Franken).

7 Umwelt und Raumordnung

Nettoaufwand Budget	2'124
Nettoaufwand Rechnung	2'002
Budgetabweichung	-122

Die Abweichungen betreffen die tieferen Abfallkosten für die eigenen Betriebe (-58'000 Franken) sowie tiefere Beiträge an den Kanton für den Unterhalt der Aare (-24'000 Franken).

8 Volkswirtschaft

Nettoaufwand Budget	558
Nettoaufwand Rechnung	539
Budgetabweichung	-19

Keine Bemerkung.

9 Finanzen (ohne Steuern Kostenarten 400/401)

Nettoaufwand Budget	1'783
Nettoaufwand Rechnung	597
Budgetabweichung	-1'186

Die Abweichung von 1'186'000 Franken lässt sich auf folgende Positionen verteilen:

Liegenschaften im Finanzvermögen: Minderaufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Liegenschaften im Finanzvermögen von 184'000 Franken.

Zins- und Vermögensertrag: Mehraufwand kurz- und langfristige Schuldzinsen (+39'000 Franken), Mehrertrag Zinsen, insbesondere Verzugszinsen Steuern (+481'000 Franken).

Wertanpassung Delkredere: Mehraufwand durch Bildung von kalkulatorischen Wertberichtigungen auf Debitorenguthaben (+293'000 Franken).

Marktwertanpassung Alpiq-Aktien: Aufgrund des Börsenkurses per Ende 2018 erfuhren die gehaltenen Alpiq-Aktien eine nicht liquiditätswirksame Wertzunahme von rund 679'000 Franken.

Konzessionserträge sbo für Energie, Gas, Wasser: Mehrerträge bei den umsatzabhängigen Konzessionserträgen von 132'000 Franken.

4. Vergleich Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen 2010- 2018

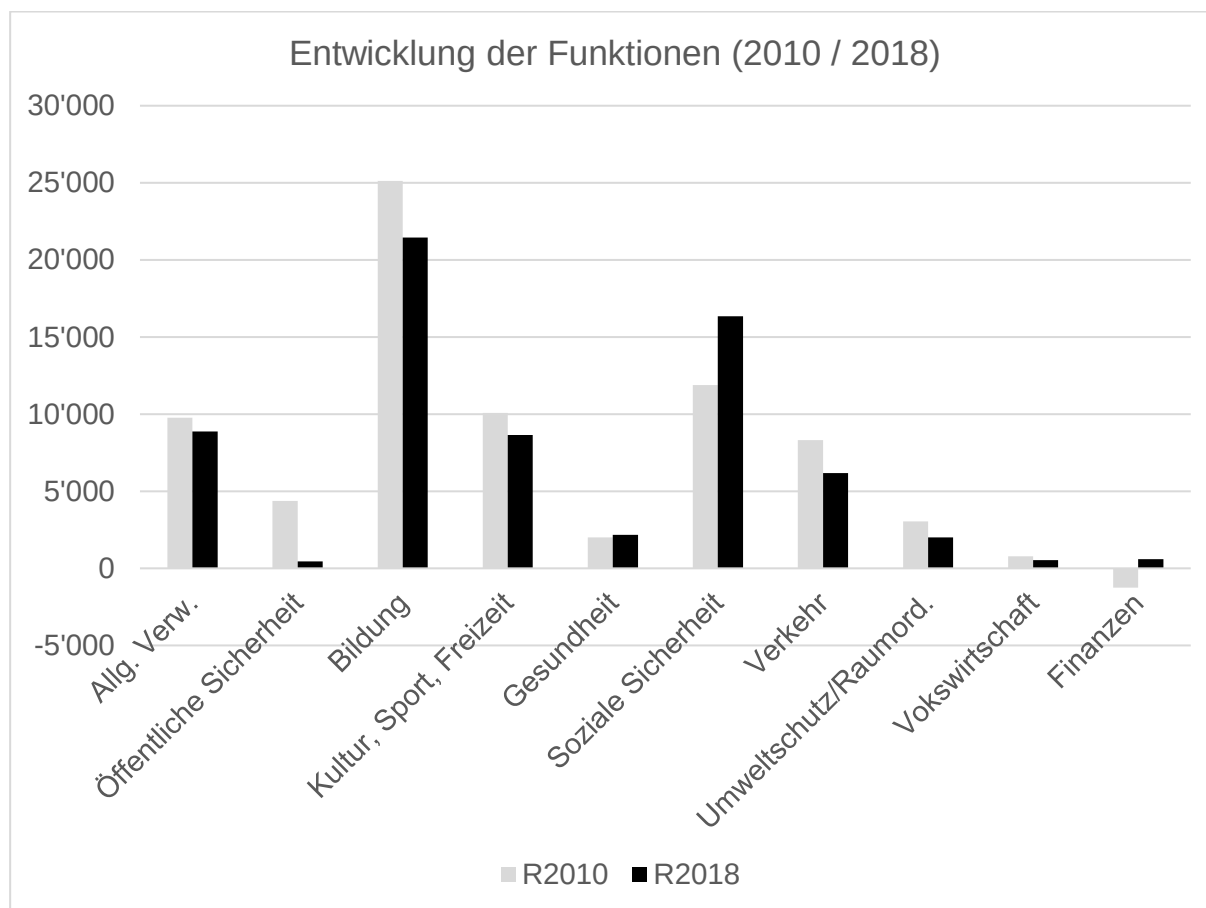
Mit der Einführung von HRM2 hat die Finanzverwaltung sämtliche Jahre ab dem Jahr 2010 in eine HRM2-Fassung konvertiert. Der bis Ende 2015 vorgenommene 10-Jahres-Vergleich ist somit nicht mehr möglich. Die Finanzverwaltung wird den Vergleich jedoch sukzessive wieder auf 10 Jahre ausbauen. Ein erster 10-Jahres-Vergleich wird somit im Jahr 2020 möglich sein.

In absoluten und relativen Zahlen gemessen hat der Bereich Soziale Wohlfahrt mit einer Zunahme von 4.5 Mio. Franken (+37.5%) real die grösste Steigerung innerhalb der letzten 8 Jahre erfahren. Der Bereich Finanzen, welcher über eine Zunahme 1.9 Mio. ausweist, steigt jedoch nur, weil die Gutschriften der Schülerpauschalen als Teil des Finanzausgleiches dieser Funktion nicht mehr gutgeschrieben worden sind, sondern der Funktion Bildung. Dies ist deshalb auch mehrheitlich der Grund, warum sich die Nettokosten im Bereich Bildung in

diesem Umfang reduziert haben. In allen anderen Funktionen konnten teilweise erhebliche Senkungen vorgenommen werden. Insbesondere der Bereich öffentliche Sicherheit wurde mit der Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei erheblich entlastet. Weiter gilt es zu bedenken, dass mit der Einführung von HRM2 ein neues Abschreibemodell eingeführt wurde. Betrug die Abschreibungen bis Ende 2015 durchschnittlich rund 12 Mio. Franken, betragen sie im Jahr 2018 rund 7.5 Mio. Franken.

Funktion	2010	2018	Δ Eff.	Δ%
0 Allgemeine Verwaltung	9'759	8'876	-883	-9.0%
1 Öffentliche Sicherheit	4'366	458	-3'908	-89.5%
2 Bildung	25'119	21'459	-3'659	-14.6%
3 Kultur, Freizeit	10'082	8'638	-1'443	-14.3%
4 Gesundheit	2'013	2'163	150	7.4%
5 Soziale Wohlfahrt	11'892	16'350	4'459	37.5%
6 Verkehr	8'310	6'169	-2'140	-25.8%
7 Umwelt, Raumordnung	3'042	2'002	-1'040	-34.2%
8 Volkswirtschaft	790	539	-251	-31.8%
9 Finanzen (ohne. Steuern 400/401)	-1'261	597	1'858	-147.3%
Total	74'110	67'251	-6'859	-9.3%

Abbildung: Entwicklung Funktionen in TCHF



Grafik: Entwicklung Funktionen 2010/2018

5. Investitionsrechnung

Mit Bruttoinvestitionen von 12.19 Mio. Franken wurden die geplanten Bruttoinvestitionen von 15.42 Mio. Franken um 3.22 Mio. Franken unterschritten. Bei den Investitionseinnahmen

konnten zusätzlich Strassenerschliessungsbeiträge im Kleinholz von 0.68 Mio. Franken geltend gemacht werden.

Position	get	hnung	f.	
Bruttoinvestitionen	17'015'000.00	12'192'021.29	-4'822'978.71	-28.3%
Pauschale Kürzungen	-1'600'000.00	0.00	1'600'000.00	-100.0%
Bruttoinvest. netto	15'415'000.00	12'192'021.29	-3'222'978.71	-20.9%
Investitionsbeiträge	-1'350'000.00	-2'168'033.80	-818'033.80	60.6%
Nettoinvestitionen	14'065'000.00	10'023'987.49	-4'041'012.51	-28.7%

Eine Liste mit Begründung der abweichenden Investitionen (> 100'000 Franken) befindet sich im Bericht der Finanzverwaltung unter dem Kapitel 3.2.

6. Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

6.1 Abwasserentsorgung (7201)

Bei einem Umsatz von 4.66 Mio. Franken schliesst die Betriebsrechnung mit einem Überschuss von 1'576'525.85 Franken ab. Geplant war ein Überschuss von 1'464'200 Franken. Mit einer Selbstfinanzierung von 1.95 Mio. Franken konnten die getätigten Investitionen von 1.74 Mio. Franken gedeckt werden. Der Buchwert der Sachanlagen Abwasser sowie der Aktiven Rechnungsabgrenzung beträgt Ende Rechnungsjahr noch 7.53 Mio. Franken, das ausgewiesene Fremdkapital 0.62 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt Ende 2018 5.36 Mio. Franken. Die Abwasserentsorgung weist somit gegenüber der Einwohnergemeinde eine Schuld von 1.55 Mio. Franken aus.

6.2 Abfallbeseitigung (7301)

Die Abfallrechnung 2018 schliesst mit einem Überschuss von 280'201.23 Franken ab. Geplant war ein Überschuss von 143'500 Franken. Der Buchwert der Sachanlagen sowie der transitorischen Aktiven beträgt 0.96 Mio. Franken, das bilanzierte Fremdkapital 0.24 Mio. Franken und das bilanzierte Eigenkapital 2.70 Mio. Franken. Die Abfallrechnung weist deshalb gegenüber der Einwohnergemeinde ein Guthaben von rund 1.98 Mio. Franken aus, was nahezu 88% eines jährlichen Umsatzes beträgt. Weitere Preissenkungen in der Abfallbeseitigung sind deshalb im Auge zu behalten.

7. Sonderrechnungen

7.1 Pensionskasse der Stadt Olten (wird nicht mehr durch das Parlament genehmigt)

Die Rechnung der Pensionskasse wird seit dem Jahr 2014 nicht mehr durch das Parlament genehmigt, sondern durch die Pensionskommission. Aus Gründen der Transparenz hat sich der Stadtrat entschieden, das jeweilige Rechnungsergebnis auch im Bericht zur Jahresrechnung zu erwähnen. Seit dem 1. Januar 2014 ist die Pensionskasse der Stadt Olten eine eigene öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die Pensionskasse wird im System der Teilkapitalisierung geführt. Der Ausgangsdeckungsgrad wurde per 1. Januar 2014 mit 80% festgelegt. Der gesamte Deckungsgrad beträgt per Ende 2018 103.3% (Vorjahr 111.4%) Die Performance im Jahr 2018 betrug -4.76%. Wie alle Pensionskassen konnte sich auch die Pensionskasse der Stadt Olten den Auswirkungen des „schwarzen Dezember“ 2018 nicht entziehen. Während sich bis Ende November 2018 eine moderate positive Rendite abzeichnete drehte das Resultat analog der Entwicklung des schweizerischen und ausländischen Aktienmarktes stark ins Minus. In den ersten drei Monaten des Jahres 2019 erfuhr der Aktienmarkt bereits wieder eine starke positive Korrektur. Die Pensionskasse wird aufgrund des Missverhältnisses von Aktiven und

Rentnern (strukturelles Defizit) weiterhin unter Druck bleiben.

7.2 Regionale Zivilschutzorganisation

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden beträgt rund 752'000 Franken und liegt 196'000 Franken über dem Budgetwert. Die Überschreitung entstand durch Sonderanschaffungen von persönlichem Material sowie Korpsmaterial. Für die Gegenfinanzierung konnten die Gemeinden beim Kanton einen Antrag auf Fondsentnahmen aus dem Fonds „Ersatzabgaben für Schutzraumbauten“ stellen, um die Mehrkosten glattzustellen. Die Stadt Olten hat diese Möglichkeit genutzt (Konto 1620.4501.00 Stadtrechnung).

7.3 Regionaler Führungsstab

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden beträgt rund 33'000 Franken und liegt rund 6'000 Franken unter dem Budgetwert.

7.4 Sozialregion

Die Nettounterstützungsleistungen (5720.3637.00/5720.4260.00) der gesetzlichen Sozialhilfe betrugen rund 23.6 Mio. Franken und nahmen gegenüber dem Budget 2018 um rund 1.85 Mio. zu. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Zunahme 0.57 Mio. Franken oder rund 2.5%. Der Beitrag aus dem Lastenausgleich erhöhte sich um 2.5% oder rund 0.29 Mio. Franken.

Jahr	2018	2017	Δ effektiv	Δ %
Bruttounterstützungen	31'977'379.94	31'716'254.65	261'125.29	0.8%
Rückerstattungen	8'423'980.39	8'732'129.46	-308'149.07	-3.5%
Nettoleistungen	23'553'399.55	22'984'125.19	569'274.36	2.5%
Lastenausgleich	11'990'571.91	11'699'884.89	290'687.02	2.5%
Anteil Lastenausgleich	50.9%	50.9%		

Bei den Bruttounterstützungen nahmen die Kosten für die Massnahmen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) um 0.42 Mio. Franken ab. Die Kosten für Arbeitsmarktintegration nahmen um rund 0.37 Mio. Franken zu. Grössere Kostenblöcke wie der Grundbedarf oder die Wohnkosten blieben stabil.

Der Anteil der Gemeinden an die Verwaltungs- und Restkosten der Sozialregion nahm gegenüber dem Vorjahr um ca. 16'000 Franken (+0.37%) zu. Hauptgrund für die Erhöhung ist wie bei der städtischen Rechnung, dass für die Ausfinanzierung der Pensionskasse tiefere Fondsentnahmen vorgenommen wurden. Der Personalaufwand stieg dadurch deutlich an.

8. Kennzahlen

Mit der Einführung von HRM2 weist die Gemeinde im Anhang ihrer Jahresrechnung eine grosse Anzahl Finanzkennzahlen aus. Nebst Massnahmen beim Vorliegen eines Bilanzfehlbetrages (Fremdkapital ist grösser als die Aktivseite der Bilanz) schreibt das Gemeindegesetz auch eine Massnahme vor, wenn der Nettoverschuldungsquotient (Nettoschuld im Verhältnis des Steuerertrages beim Steuersatz 100%) 150% übersteigt. Weitere Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes werden nicht vorgegeben.

Trotz dieser neuen minimalen Vorschriften macht es Sinn, weitere Zahlen im Auge zu behalten. Folgende Kennzahlen erachtet der Stadtrat als besonders wichtig:

Nettoschuld pro Einwohner/in (Kapitel 4.3 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Nachdem die Stadt Olten in den letzten Jahren aufgrund hoher Investitionen und wegfallenden Steuererträgen in eine gefährliche Verschuldungssituation geriet, in welcher eine Pro-Kopf-Verschuldung von weit über 4'000 Franken ausgewiesen wurde, konnte nun die Pro-Kopf-Verschuldung innerhalb von 4 Jahren auf 1'798 Franken stabilisiert werden. Eine Pro-Kopf-Verschuldung in dieser Grössenordnung ist zwar weiterhin nicht erfreulich, jedoch tragbar.

Selbstfinanzierungsgrad (Kapitel 4.2 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von über 100% können sämtliche im Jahr angefallenen Investitionen selber bezahlt werden. Mit einem Cash-Flow nach Investitionen von rund 8.5 Mio. hat die Stadt die Möglichkeit erhalten, die Verschuldung weiter zu senken. Im Jahr 2018 konnten verzinsbare Darlehen im Umfang von 15 Mio. Franken durch den betrieblichen Cashflow sowie der Einforderung von Guthaben bei der sbo zurückbezahlt werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad, wie er ausgewiesen wird, ist jedoch kritisch zu hinterfragen, da in der offiziellen Berechnungsformel z.B. grosse Veränderungen durch Abgrenzungen oder Auflösung von Rückstellungen nicht mitberücksichtigt werden. In einer zweiten Berechnung soll deshalb der operative Cashflow nach Geldflussrechnung (GFR) immer noch ins Verhältnis zu den effektiv bezahlten Investitionen gesetzt werden. In der Jahresrechnung 2018 sind die Abweichungen marginal.

	SF* Offiziell	SF GFR	Δ effektiv
Cashflow Betrieb	18'002'719	18'370'652	367'933
Nettoinvestitionen	-10'023'987	-9'912'371	111'616
Selbstfinanzierungsgrad	179.60%	185.33%	5.73%
Cashflow nach Investition	7'978'732	8'458'281	479'549

*SF = Selbstfinanzierung

Nettoverschuldungsquotient (Kapitel 4.1 Verwaltungsbericht der Finanzverwaltung)

Der Nettoverschuldungsquotient gibt an, welcher Anteil der direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen bzw. wie viele Jahrestanchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen. Der Steuerertrag wird auf 100% gewichtet gerechnet. Aktuell beträgt der Nettoverschuldungsquotient 46.24%. Die Stadt würde somit für die Tilgung der Nettoschuld bei einem Steuerfuss von 100% etwas weniger als einen halben jährlichen Steuerertrag benötigen.

Beschlussesantrag:

Gemäss Beilage

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Urs Knapp: Die Finanzkommission hat die Jahresrechnung mit Vertretern des Stadtrats, mit Finanzverwalter Urs Tanner intensiv diskutiert. Man hat verschiedene Aspekte angeschaut. Ich kann gleich zu Beginn sagen, dass man am Schluss zur Meinung gekommen ist, dass es eine erfreuliche Rechnung ist. Sie ist sehr ausführlich. Sie enthält sehr viele Zahlen. Sie ist transparent, und wir empfehlen Zustimmung. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von 10,3 Millionen Franken ab. Man muss etwas genau schauen. Auf Seite 258 sieht man genau, weshalb dies passiert ist. Im Bericht und Antrag des Stadtrats ist es nicht ganz klar, dass eigentlich die Verbesserung gegenüber dem Budget nicht 3,9 Millionen ist, wie es ausgewiesen ist, sondern es ist eigentlich 4,5 Millionen höher. Es ist sogar 5 Millionen höher. Im Budget hat man noch damit gerechnet, dass man eine Rückstellung von 4,5 Millionen auflöst. Diese Auflösung hat schon ein Jahr früher stattgefunden. Das kann man machen. Das ist gut so. Es wäre sicher auch nicht schlecht, man würde dies noch etwas transparenter tun, damit man dies nachvollziehen kann. Man hätte ja auch sagen können, dass man auf eine Entnahme der Arbeitgeberreserve verzichtet hätte und noch einmal eine halbe Million Franken das Resultat eigentlich gedrückt hat und gleichwohl ist es so gut herausgekommen. Allgemein war dies eigentlich der grösste Punkt in der Diskussion der Finanzkommission. Man hat nicht gross über Zahlen geredet, sondern man hat etwas diskutiert, wie der Gesamtstadtrat seine Rechnung und sein Budget im Bericht und Antrag verkauft oder positioniert. Bei verschiedenen Mitgliedern in der Finanzkommission bestand doch die Meinung, dass man in den letzten Jahren den Eindruck hatte, das Budget sei immer relativ pessimistisch bis sehr pessimistisch, und die Jahresrechnung ist immer gut bis sehr gut. Es ist ein Meccano, bei dem man zum Teil vielleicht auch versteht, dass man natürlich bei einer Stadtverwaltung eher versucht, möglichst konservativ zu budgetieren, auch weil in den letzten Jahren im Parlament zum Teil nachher Kritik wegen Nachtragskrediten gekommen ist. Grundsätzlich wäre es natürlich aber schon so, dass man ein Zero-Base-Budgeting macht und dies auch wirklich so macht und davon ausgeht. Dann sind sicher auch die Finanzkommission und das Parlament bereit, einen entsprechend notwendigen Nachtragskredit wohlwollend zu kommentieren. Wir haben noch einen ersten Ausblick auf die Rechnung des laufenden Jahres erhalten. Das hat ein wenig einen Zusammenhang mit der Jahresrechnung. Bei den Steuereinnahmen ist es nicht einfach so, dass man am 31. Dezember die Kasse abschliesst und dann weiss, wie viel man in der Kasse hat, sondern das ist auch etwas eine Abschätzung aufgrund des Stands, den man von den Einschätzungen, Steuerrechnungen, Steuererklärungen hat. Sehr viele Steuererklärungen sind zeitlich nicht kongruent. Man hat Ende Jahr nicht alle Steuererklärungen für das Jahr 2018, sondern sie werden zum Teil erst zwei oder drei Jahre später definitiv. Man hat es auch in dieser Rechnung gesehen. Es gibt dann Korrekturen, die man macht. Von diesen Einschätzungen der Steuererklärungen zur Realität hat man jetzt auch schon die erste Indikation, dass es sicher eher besser als budgetiert herauskommen wird. Einen sehr positiven Punkt darf man noch erwähnen. Zwischen den Beratungen der Finanzkommission und der heutigen Sitzung hat das Bundesgericht ein Urteil gefällt, bei dem die Stadt zwar nicht Partei war, aber betroffen gewesen wäre. Es ging um die Beschwerde des Kantons Wallis gegen die Steuereinschätzung für die Alpiq, bei der es letztlich darum geht, wo Wasserzinsen versteuert werden müssen, im schönen Wallis oder im noch schöneren Olten. Wenn dies anders herausgekommen wäre, hätte dies die Stadt Olten im schlimmsten Fall, das konnte man auch lesen, bis zu 60 Millionen Franken kosten können, fällig innerhalb von 30 Tagen nach Rechtskraft des Urteils. Den Kanton Solothurn hätte es noch einen deutlichen, wahrscheinlich dreistelligen Betrag gekostet. Das Bundesgericht war sehr erfreulicherweise der Meinung, diese Forderung des Kantons Wallis sei nicht notwendig. Von daher fällt auch der Risikovorbehalt in der Jahresrechnung weg, und wir können in diesem Bereich optimistisch in die Zukunft blicken. Noch einmal: Die Finanzkommission empfiehlt Euch, der Jahresrechnung zuzustimmen. Wir haben dies grossmehrheitlich ohne Gegenstimme gemacht. Auch die Rechnungsprüfungskommission und die anderen Kommissionen, das seht Ihr im Bericht, sind der gleichen Meinung und empfehlen Zustimmung.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: 2018 war ein normales Jahr, hiess es sinngemäss in der Medienmitteilung des Stadtrates zu diesem Rechnungsabschluss im Mai. Normal war es in dem Sinne, dass man von Anfang an ein genehmigtes Budget hatte und deshalb arbeiten konnte. Sogar im Zeichen der Erneuerung sei dieses Jahr gestanden, heisst es am Anfang des Verwaltungsberichts. Keine Volksabstimmung hat uns 2018 auf kommunaler Ebene ausgebremst. Allerdings hat uns auch kein Volksentscheid in Sachen Ressourcen und Fachkompetenz im Kulturbereich vorwärtsgebracht. Ausgebremst waren wir vielleicht am meisten auf der alten Brücke. Dort mussten wir jetzt schon mehr als ein Jahr schmal durch. Irgendwie ist die alte Brücke sinnbildlich für unsere Stadt, gerade noch davongekommen, aber musste schmal durch. Kann man also zufrieden sein mit diesem Rechnungsjahr 2018, mit diesem «normalen» Jahr, vielleicht sogar ein bisschen ein Erneuerungsjahr? Kann man frohlocken über diesen Gewinn, der fast 4 Millionen besser als budgetiert herausgekommen ist? Nein, das kann man nicht. Obwohl eigentlich keine Hindernisse zu überwinden waren, ist bei den Investitionen etwa jedes dritte Projekt gar nicht oder fast gar nicht in Angriff genommen worden. Das geht eigentlich nicht, lieber Stadtrat. In der Analyse zum Jahresabschluss heisst es, dass der bessere Abschluss vor allem auf die besseren Steuererträge von natürlichen Personen zurückzuführen sei. Wir Grüne interpretieren dies anders. Die zusätzlichen Steuereinnahmen der Privatpersonen sind selbstverständlich hoch willkommen, haben aber nur dazu beigetragen, das wir ausbügeln konnten, dass wir ja im Jahr 2018 nicht mehr auf den Restposten der Steuerschwankungsreserve zurückgegriffen haben, weil diese Reserven anfangs Jahr schon einmal rückwirkend auf Ende 2017 ganz aufgelöst wurden. Wir erinnern uns. Ein grosser Teil dieses um 4 Millionen besseren Abschluss hat deshalb nicht mit den Steuern zu tun, sondern eben mit den ausgebliebenen Investitionen. Auf den Seiten 261 und 262 haben wir eine lange Liste von Abweichungen im sechs- oder sogar siebenstelligen Bereich, und meistens hat es ein Minus davor. Dieses Minus heisst, man hat viel weniger oder eben gar nichts gemacht. Gar nichts bei der Friedhofsanierung, bei der Sanierung der Badi-Garderobe, bei der abgesenkten Glas- und Blechsammelstelle und bei der räumlichen Entwicklungsstrategie. Fast gar nichts bei der Sanierung Kunstmuseum, bei der Schulraumplanung, beim Parkleitsystem, beim Hochwasserschutz und bei mehreren Strassen und Abwasserprojekten. Als Erklärung heisst es meistens lapidar «Projektverzögerung ins Jahr 2019». Das ist für uns keine Begründung. Wenn schon müsste man hinschreiben warum diese Sache nach hinten geschoben werden musste, zum Teil ja schon zum wiederholten Mal. Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand und zeigt die ganze Falle, in der unsere Stadt steckt. Es fehlt schlicht am Personal, Personal, um diese Projekte zur Ausführungsreife zu bringen und die Ausführung abzuwickeln. Die Stelle im Bau wäre längstens unverzichtbar. Aber eben, wenn man genug Stimmung macht, bringt man auch eine solche Stelle zu Fall. Leider wird es mit dem Abschluss von 2019 dann noch schlimmer aussehen. Das wissen wir schon jetzt. Viel von dem, was jetzt unter «Projektverzögerung ins Jahr 2019» eingereiht ist, wird man in einem Jahr mit «Projektverzögerung ins Jahr 2020» markieren müssen. Wir Grüne können uns einfach nicht vorstellen, wie irgendjemand mit einem politischen Mandat Freude daran haben kann, dass dies alles blockiert ist und bleibt. Weil aber ein Nein zum abgeschlossenen Rechnungsjahr auch nicht ist, was die Stadt Olten endlich in den Modus Erneuerung bringt, werden wir Grüne dieser Jahresrechnung zustimmen.

Reto Grolimund, FdP-Fraktion: Wir haben schon gehört, dass wir gemäss Bericht und Antrag diesen Gewinn von 10,3 Millionen hatten, wobei wir nur 6,3 Millionen positiv budgetiert hatten. Wir haben von der FIKO gehört, dass die wirklichen Ausgaben, die budgetiert wurden, unter Berücksichtigung dieser Steuervorbezugsreserve von letztem Jahr, nur 1,8 Millionen waren. Es ist ja eigentlich ein wenig ironisch, wenn wir uns an die letztjährige Diskussion zu diesem ganzen Thema erinnern, als wir gesagt haben, wir lösen sie auf, damit wir diese Diskussionen dann eben nicht mehr haben. Jetzt haben wir sie wieder, und es ist wieder kompliziert. Es ist effektiv so, dass wir in diesem Jahr um rund 8,5 Millionen besser abschneiden als budgetiert. Wenn man zusätzlich die Minderentnahme aus der Arbeitgeberbeitragsreserve, welche die Stadt Olten eigentlich gegenüber der Pensionskasse schuldet, berücksichtigt, sind wir 9 Millionen besser als budgetiert. Das ist einfach so. Zu verdanken haben wir dies neben einer vorbildlichen Ausgabendisziplin der

Verwaltung der wichtigsten Person der Stadt und das ist der Steuerzahler. Wir haben total 7 Millionen mehr Steuern eingenommen, als wir dies budgetiert haben. Dann ist es nicht mehr weit zu diesen 9. Wir würden eigentlich gerne ein Zweiergespann noch etwas mehr herausheben und zwar ist dies einerseits Finanzverwalter Urs Tanner, der hier sehr hervorragende Arbeit leistet, und ganz besonders auch unser Finanzdirektor Benvenuto Savoldelli. Als er bei den Stadtratswahlen 2013 angetreten ist, hat er langfristige Finanzverbindlichkeiten der Stadt im Bereich von über 100 Millionen übernommen. Er hat sie auf heute noch rund 67 Millionen reduziert. Das zeigt sich auch deutlich in der Nettoschuld pro Einwohner, die mittlerweile noch bei rund Fr. 1'800.— pro Person ist. Das ist eigentlich ein massgeblicher Beitrag an die Möglichkeiten unserer Generation, weil wir die Schulden, die früher aufgebaut wurden, jetzt wirklich drastisch reduzieren konnten. Im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit den Finanzen möchten wir deshalb auch darauf hinweisen, dass es jetzt nicht plötzlich alles möglich geworden ist, sondern dass wir weiterhin sorgsam mit den Stadtfinanzen umgehen wollen. Die grossen Investitionen, die wir jetzt tätigen, die grossen Projekte Bahnhofplatz, Schulhaus, müssen nachhaltig und kosteneffizient angegangen werden. Aber nachhaltig heisst eben nicht billig, sondern nachhaltig heisst, sie müssen wirklich einen Wert für unsere Stadt bieten. Bei uns hat die Rechnung insgesamt wenig zu diskutieren gegeben. Wir werden dem Antrag zustimmen. Herzlichen Dank.

Dr. Rudolf Moor: Die Fraktion SP/Junge SP möchte zuerst einmal ganz klar dem Finanzverwalter und den Angestellten der Finanzverwaltung für die saubere Rechnungsführung und die umfangreichen Arbeiten, die sie trotz zusätzlicher Belastung mit Referendum und neuem Budget und allem, was dazu gehört, gemacht haben, danken. Wir möchten auch allen Mitarbeitenden der Verwaltung danken, welche die Verwaltungsberichte geschrieben haben, die immer sehr interessant sind, was man hier auch lesen kann. Es ist auch immer wieder schön zu sehen, dass trotz aller politischen Diskussionen und trotz aller Sparübungen, die hier immer wieder gemacht wurden, unsere Stadt dank des Einsatzes der Mitarbeitenden trotzdem recht gut funktioniert. Dafür möchten wir auch allen Mitarbeitenden der Stadt noch einmal ganz herzlich danken, diesmal als wichtiges Vorweg. Die Rechnung verzeichnet einen Gewinn von 10,3 Millionen Franken. Budgetiert waren 6,3 Millionen, es ist schon zweimal gesagt worden, jetzt allerdings noch mit anderen Randbedingungen, mit dieser Steuervorbezugsreserve. Wie in den vergangenen Jahren, müssen wir auch in diesem Jahr wieder feststellen, dass es Olten eigentlich finanziell gut geht. Die Fraktion SP/Junge SP ist aber in der politischen Würdigung dieses Ergebnisses uneinig. Ich muss dies gleich vorwegnehmen. Aber wie alle hier können wir uns natürlich nicht über den Gewinn der Stadt Olten ärgern, weil es im Prinzip schon gut ist, wenn man Geld zur Verfügung hat. Der Überschuss entsteht in erster Linie durch Steuernachzahlungen von natürlichen Personen aus den Jahren 2016 und 2017 und ausserdem hat es aufgrund der guten Wirtschaftslage ein Wachstum bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen gegeben. Ein Blick über die Stadtgrenzen zeigt, dass wir bei Weitem nicht die einzige Gemeinde sind, die einen solchen Überschuss in der Rechnung hat. Die Fraktion SP/Junge SP anerkennt, dass man einen solchen Effekt auf die Einnahmen in diesem Ausmass nicht unbedingt voraussehen konnte. Eine Mehrheit der Fraktion ist aber der Auffassung, und das haben wir eigentlich auch schon in der Budgetdebatte deutlich gesagt, dass die Annahmen, die man für die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen getroffen hat, zu konservativ berechnet waren und man mit den Erfahrungen der letzten Jahre hätte sehen müssen, dass es eigentlich positiver herauskommen müsste. Eine Minderheit in der Fraktion findet die eher konservative Schätzung realistisch. Die Mehrheit anerkennt zwar, dass eine solche konservative Schätzung aus Sicht des Finanzverwalters durchaus sinnvoll sein kann, aber aus politischer Sicht sieht dies natürlich anders aus. Eine so politisch gefärbte konservative Budgetierung führt natürlich auch zu politischen Spannungen, wie man dies jedes Jahr im November wieder sieht, wenn es um das Budget geht. Ein weiterer Effekt, der in das positive Ergebnis hineinspielt, ist die Tatsache dieser Steuervorbezugsreserve, die wir ja, wie wir dies schon mehrmals diskutiert haben, bereits im letzten Jahr in einer Nacht- und Nebel-Aktion aufgelöst wurde. Ein wenig speziell ist, dass man doch im Bericht und Antrag des Stadtrates, wenn man nicht ganz gut schaut, nichts liest. Man muss auf Seite 258 gehen, sie ist vorhin schon einmal genannt worden, damit man herausfindet, welchen

Einfluss dies hat. Weiter Einfluss auf das Rechnungsergebnis haben Abgrenzungseffekte, bei denen man bis zu einem gewissen Grad an die Richtlinien des Kantons gebunden ist. Man hat aber natürlich hier auch immer einen gewissen Interpretationsspielraum. Schaut man zu den Finanzrichtlinien, die sich der Stadtrat gibt, sieht man, dass man überall auf Kurs ist. Bei einem wichtigen Indikator, bei der Netto-Pro-Kopf-Verschuldung ist man zum zweiten hintereinander, aber unter den Vorgaben des Stadtrates. Natürlich ist es an sich gut, wenn die Netto-Pro-Kopf-Verschuldung abnimmt, aber die Frage ist schon, wie wichtig dies ist, verglichen mit anderen Sachen, welche die Stadt auch erbringen muss. Darauf komme ich nachher gleich noch zurück. Das ist die Einnahmenseite. Bei der Ausgabenseite sieht es für viele in unserer Fraktion um einiges kritischer aus. Für die grosse Mehrheit der Fraktion ist es nicht verständlich, das hat Felix vorhin auch schon angetönt, dass man das Budget in allen Funktionen unterschreitet. Sowohl bei der Jugendarbeit, bei den Pflegebeiträgen und bei der Kinderbetreuung stösst uns sauer auf, dass wir hier die Budgetvorgaben eigentlich unterschritten haben. Das trifft vor allem Leute, denen es sonst schon nicht gut geht. Wie will man dies mit einem solchen Überschuss begründen, dass man hier für so wichtige Sachen weniger ausgibt? Für einen Teil der Fraktion tönen deshalb die überschwänglichen Worte im Bericht und Antrag in diesem Zusammenhang eher zynisch. Eine Minderheit schätzt, dass die Verwaltung innerhalb des Budgets agiert hat. Die Sache mit den Investitionen hat Felix vorhin auch schon gesagt. Dass sie nicht vollständig ausgelöst wurden, ist für eine Mehrheit der Fraktion unerklärlich. Wenn man jedes Jahr das Gleiche sagt, wenn man jedes Jahr sagt, sie werden dann im nächsten Jahr kommen, müsste es nämlich wieder aufgehen. Aber es geht nicht auf. Es sind jedes Jahr noch weniger als man schon hatte. Das heisst, wenn man davon ausgeht, dass die Investitionen angemessen und gerechtfertigt sind, muss die Situation eigentlich so langsam dramatisch werden. Dazu hört man natürlich im Rahmen der Budgetdiskussion immer wieder, dass auf die Direktionen sehr viel Druck ausgeübt wird, man knapp budgetiert. Nachher rühmt man die sehr gute Budgetdisziplin. Bei uns hat sich die Frage gestellt, ob hier nicht etwas sprachlicher Schabernack getrieben wird. Im Bericht und Antrag im November, bei der Budgetdebatte, gibt es jeweils ein düsteres Bild über die Finanzlage der Stadt und im Juni, wenn man die Rechnung sieht, freut man sich wieder über einen riesigen Gewinn. Das scheint zwar politisch für Einzelne aufzugehen, aber faktisch bedeutet dies nichts Anderes, als dass man der Verwaltung jedes Jahr das Messer an den Hals setzt, nur um sich ein halbes Jahr später wieder freuen zu können, dass sie offenbar ins offene Messer gelaufen sind. Das tönt vielleicht etwas dramatisch. Man hat aber diesen Eindruck von aussen schon. Wie wir am Anfang schon gesagt haben, ist die Fraktion SP/Junge SP in der politischen Würdigung dieser Rechnung gespalten und genauso wird auch unser Abstimmungsergebnis aussehen. Ein Teil von uns wird der Rechnung zustimmen, die Mehrheit wird sich enthalten, und ein Teil wird die Rechnung ablehnen. Eine Mehrheit unserer Fraktion ist der Auffassung, dass der Stadtrat wiederholt finanzpolitische Grundsätze, das Sparen, über Investitionen, Ausgaben in Kultur- und Sozialbereichen stellt. Wir alle appellieren an den Stadtrat, jetzt endlich vorwärts zu machen und in die Stadt zu investieren. Die Stadt ist kein Unternehmen oder ein Finanzinstitut, das Ende Jahr Dividende auszahlen muss. Die Stadt lebt von der Infrastruktur, den Angeboten und Rahmenbedingungen, die sie ihren Bewohnerinnen und Bewohnern bietet.

Laura Schöni: Olten jetzt! möchte auch an erster Stelle vor allem den Direktionen und Finanzverwalter Urs Tanner für die geleistete Arbeit danken, die wir in diesem dicken Buch wieder einmal anschauen konnten. Um es vorweg zu nehmen: Wir werden der Rechnung 2018 zustimmen. An dieser Stelle möchten wir das Augenmerk auch noch auf die Investitionsabweichungen legen und zwar fällt diese Begründung für uns auch eher knapp aus, weil die Projektverzögerung, wie es Felix schon gesagt hat, kein Grund ist. Wir haben uns etwas gefragt, woran es liegt, dass diese Aufgaben nicht erfüllt werden konnten. Ist die To-do-Liste zu lang, haben wir uns zu viel vorgenommen oder hat es zu wenig Personal? Die Gründe sind nicht klar. Weiter wäre es für uns ein echter Gewinn, wenn man die Projekte, die abgeschlossen wurden, billiger hätte machen können. Aber es ist so, dass man gar nicht an diese Projekte gegangen ist oder wenn, nur im ganz kleinen Rahmen. Die Aufgaben mit diesen Investitionen sind leider nicht erledigt und es kommt uns ein wenig so vor, als hätten wir dem Stadtrat oder der Stadt die Aufgabe gegeben, endlich einmal neue Hosen zu kaufen,

weil die alten vor lauter Löchern fast auseinanderfallen. Diese Aufgaben sind aber nicht gemacht worden. Wir laufen jetzt mit kaputten Hosen herum und sind auch noch stolz darauf. Auch wenn kaputte Hosen im Moment sehr trendy und den Temperaturen angemessen sind, wünschen wir uns doch, dass in Zukunft endlich einmal neue Hosen zugelegt werden oder zumindest die Löcher in denjenigen, die wir jetzt haben, anständig und seriös geflickt werden. Wir möchten sonst gar nicht mehr auf die Rechnung eingehen. Danke.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir finden die Rechnung positiv und sind einstimmig für Genehmigung. Wir finden auch, dass die wichtigsten Abweichungen im Bericht transparent gemacht wurden, einfach in einer Grafik. Der Text ist tatsächlich so, dass man dies auf Seite 258 finden muss. Aber eigentlich finde ich die Grafik auf Seite 5 noch viel besser. Es ist einfach schade, dass dies bei der Kommunikation des Stadtrates und nachher auch in den Medien etwas zu wenig hervorgekommen ist. Es ist nämlich ganz richtig, wie schon der FIKO-Sprecher und dann auch Reto gesagt haben, Hauptabweichungspunkt sind wirklich die Steuern. Wenn man dies mit über 508 von den natürlichen Personen zusammenrechnet, mehr als 1,2 Millionen bei den juristischen Personen und über 300'000 mehr von der Quellensteuer sind wir bei 7,5 Millionen mehr. Das schien uns auch eine sehr hohe Zahl. Angesichts der Vergleiche mit anderen Gemeinden ist dies aber doch wirklich so nachvollziehbar, wie es uns auch der Finanzverwalter begründen konnte, dass nach 2017, wahrscheinlich Auswirkungen der Wirtschaftslage, doch einen merklichen Anstieg verzeichnet wurde, wo im Hinblick auf zukünftige Budgetierungen auch in Aussicht gestellt wurde, dass dies angemessen berücksichtigt werden wird. Das ist uns wirklich ein wichtiges Anliegen, weil wir auch merken, wie die Kommunikation bei den Rechnungen, die positiv ausfallen, teilweise abweicht und bei negativen Budgets, bei denen es nachher um Steuererhöhungen geht. Einfach für Leute, auch in der Bevölkerung, die weiter von der ganzen Materie und vom Puls weg sind, macht es dies wirklich sehr schwierig zu erklären. Sonst ist uns auch wichtig, dass die Finanzkennzahlen auf einem sehr guten Niveau sind und sich gerade, wenn man es mit den beiden Vorjahren vergleicht, gut eingependelt haben. Dass die Verschuldung abgenommen hat, der Selbstfinanzierungsgrad auch hoch war. Wermutstropfen sind, wie auch schon verschiedentlich angesprochen wurde, ein wenig die Investitionen, wo es sich doch auch wieder zeigt hat, dass sie sehr deutlich unter dem, was man sich vorgenommen hat, ausgelöst wurden, der Abzug, den man einberechnet hat, bei Weitem wieder nicht gereicht hat. Für uns ist das, was auf Seite 261 und 262 aufgeführt ist, in gewissen Punkten, in denen wie erwähnt nur Verzögerungen stehen, ungenügend oder zu wenig aussagekräftig ist. In anderen Ziffern steht zum Beispiel auch, was der Grund ist, wegen wem, irgendein Architekt oder sbo, wo es verschoben wurde. Hier würden wir uns dies auch den Beispielen von Laura Schöni ähnlich wünschen, dass man dies künftig, es muss ja nur ein Stichwort sein, ohne viel Aufwand ergänzen könnte, damit man dies besser einordnen kann. Abschliessend möchten wir aber auch herzlich für die grosse Arbeit danken, die von allen Beteiligten sowohl für die Rechnung, wie aber auch für den informativen Verwaltungsbericht, in dem man nachlesen konnte, dass in unserer Stadt im letzten Jahr doch einiges gelaufen ist, geleistet wurde.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Vielen herzlichen Dank für den umfassenden Bericht. Er ist wirklich sehr umfassend und fasst vermutlich so viele Seiten wie selten. Es wurde extrem ordentliche Arbeit geleistet. Wir haben hinten extrem viele Details zur Rechnung vorne. Ich finde, das ist auch absolut eine Würdigung wert. Lobt Urs Tanner nicht immer so. Es ist nicht nur er allein. Er hat auch ein ganz tolles Team, und ich weiss, dass auch viele bei der Stadt ganz tolle Arbeit leisten, damit es ein so positives Resultat ergeben kann. Ich finde, das verdient auch absolute Würdigung. Natürlich hat auch Stadtrat Savoldelli dies sensationell gemacht. Deshalb dürfen wir jetzt hier auch auf ein positives 2018 zurückblicken. Ich finde, man soll dies aber auch nicht zu positiv sehen. Wir haben immer noch eine Pro-Kopf-Verschuldung, die gesenkt werden muss. Das Ziel ist immer noch, dass wir auf null kommen oder vielleicht sogar in unserer Stadt einmal ein Guthaben haben dürfen. Ich bin bereits auf der ersten Seite etwas kritisch. Wenn der Stadtrat hier schreibt: «Dank seiner sehr guten Ausgabendisziplin beträgt die Gesamtabweichung im Aufwand weniger als 1 %». Ihr habt

Euch nicht an das Budget gehalten. Ihr wart darüber. Es ist nicht «sehr gute Ausgabendisziplin». Sehr gute Ausgabendisziplin wäre, wenn man weniger Aufwand hätte. Das muss man sich schon auch etwas bewusst sein, und ich kann die Kritik absolut unterstützen, wenn man sagt, das ist auf den ersten Seiten relativ emotional formuliert, wenn ich dies einmal so ausdrücken darf. Wichtig ist auch, dass man sieht, wir haben wieder die Sozialkosten, bei denen das Budget wieder verpasst wurden. Ich denke, es ist wichtig, dass wir in diesen Bereichen auch nach wie vor anerkennen, dass wir weiterhin daran arbeiten müssen. Nichts destotrotz ist es mir wichtig zu betonen, dass wir sehr oft kritisieren und vor allem auch, wenn es um die Finanzen geht. Da haben sehr viele Leute auch eine gute Arbeit geleistet. Auch hier möchte ich wieder vorwegnehmen, für die Zukunft, wenn wir von zerlöchernten Hosen oder auch den zukünftigen Investitionen reden. Ich glaube, in diesem Parlament ist niemand verschlossen, sinnvolle Investitionen vorzunehmen, Löcher zu flicken, wo es nötig ist und Schritt für Schritt auch Projekte und Investitionen anzugehen. Aber man muss halt nicht alle gleichzeitig angehen, wie dies im Budget 2019 angedacht war. Man muss sich auch keine Hose von Domenico Dolce und Stefano Gabbano leisten, sondern eine passende Hose, die auch auf die Stadt Olten passt. Danke vielmals.

Dr. Christine von Arx: Gehst Du Seite um Seite vor?

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ja, ich gehe sehr gerne Seite um Seite durch, wenn niemand mehr allgemein etwas zu sagen hat.

Seiten 25 bis 62

Keine Wortmeldungen.

Seiten 63 bis 76

Seiten 77 bis 97

Seite 92, 3113.4631.00, Kantonsbeiträge Ausstellungen

Urs Knapp: Weshalb sind hier Fr. 160'000.— Kantonsbeitrag ausgebucht worden?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Die Finanzierung der Museen läuft eigentlich in zwei Bereichen, der eine ist für den Betrieb als solcher, für den wir Beiträge erhalten, und der andere ist für Wechselausstellungen, für die wir jeweils Anträge an den Kanton stellen, um entsprechende Beiträge zu erhalten. Das sind meistens Regierungsratsbeschlüsse, die auch befristet sind. Wenn Ausstellungen nicht durchgeführt werden, verfallen sie bzw., und das ist ein Punkt, über den auch im Stadtrat eine sehr kritische Diskussion geführt wurde, wenn die Beiträge nicht rechtzeitig abgeholt werden. Die Beiträge, die wir vom Kanton erhalten, sind befristet. Sie sind auch in Abhängigkeit der Ausstellungen, die gemacht werden. Wir verfolgen sie bei unserer Kontrolle, die wir gemacht haben, auch intern in der Verwaltung bis 2010 zurück. Dort haben wir festgestellt, dass wir alte Ladenhüter haben, Projekte, die von unserer Seite gar nicht realisiert wurden. Dann haben wir das Geld zwar als positiven Betrag weitergeführt, mussten es aber dem Kanton zurückgeben, weil das Projekt nicht durchgeführt worden war. Schwerwiegender war ein Bereich 2014. Dort hat das Kunstmuseum tatsächlich einen Beitrag eingefordert und auch durch den Regierungsrat bewilligt erhalten. Dieser Beitrag ist nicht fristgerecht abgeholt worden, so dass dort auch ein Verlust entstanden ist. Das hat damit zu tun, dass das Controlling intern versagt hat. Wir haben dort zum Teil Aufgaben nicht gut zugeteilt erhalten und mussten als Folge davon das interne Controlling verbessern. Das ist ein Tolggen, zu dem wir stehen müssen. Dort müssen wir besser werden, und die entsprechenden Mitarbeitergespräche sind auch geführt worden. Zusammengefasst: Es sind Beträge, die durch einen Regierungsratsbeschluss genehmigt werden. Sie haben eine Befristung. Man muss sie rechtzeitig abholen. Wenn ein Projekt nicht durchgeführt wird, zum Beispiel eine Ausstellung, eine spezielle Bearbeitung von Sammlungen, verfallen sie. Wir haben sie in der Vergangenheit als Aktivum weitergeführt.

Da haben wir jetzt einen Schlusstrich gezogen und die entsprechenden Ausbuchungen gemacht. Deshalb hat es auch Belastungen bei den entsprechenden Fonds gegeben. Wie gesagt ist im Jahr 2014 ein Fehler passiert und diesen mussten wir mit der Entnahme dieses Fonds korrigieren. Aber das darf nicht mehr passieren. Das wird entsprechend auch Konsequenzen im Mitarbeitergespräch, das wir führen werden, haben.

Seite 91 ff., 3112.3010.00, Personalkosten Historisches Museum

Luc Nünlist: Es geht um die Personalkosten des Historischen Museums. Sie sind um fast Fr. 40'000.— unterschritten. Diejenigen des Naturmuseums sind Fr. 20'000.— über dem Budget, und diejenigen des Kunstmuseums sind fast Fr. 30'000.— über dem Budget. Ich habe mich gefragt, woher diese Differenz kommt. Sind denn die historischen Sammlungen in Olten das kulturhistorische Erbe der Stadt entsprechend so gut katalogisiert und unterhalten, dass dort eine Unterschreitung sinnstiftend ist? Im Bericht der Museen sind eigentlich insbesondere in diesem Bereich etwas chronische Defizite erwähnt. Das hat für mich so nicht ganz zusammengepasst. Deshalb wollte ich nachfragen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Die Museen sind beim Stadtpräsidenten. Jetzt bin ich auf diese Frage nicht vorbereitet. Aber vielleicht kann mich Markus Dietler allenfalls ergänzen und unterstützen.

Markus Dietler: Es war ja 2018 schon geschlossen. Das Naturmuseum wurde erst später geschlossen. Von daher ist sicher, dass man beim Historischen Museum darunter war.

Luc Nünlist: Das wusste man im Moment des Budgetierens noch nicht?

Markus Dietler: Ich weiss jetzt nicht, ob man dies berücksichtigt hat. Das ist die Frage.

Seite 94, 3290.3637.00, Förderung künstlerisches Schaffen

Daniel Kissling: Es ist eigentlich ein kleiner Posten bei der Kultur, aber für Kulturschaffende zum Teil ein existenzieller Posten. Es waren Fr. 34'000.— budgetiert, nachdem es in den letzten Jahren immer weniger waren, was für uns im letzten und vorletzten Jahr erfreulich war. Jetzt sind es aber nur Fr. 24'000.—, die ausgegeben wurden. Ist dies so, weil es niemand abgeholt hat, oder weshalb sind Fr. 10'000.— weniger im Gesamtbudget, aber sonst für eher wenig künstlerische Förderung in dieser Stadt?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir haben es tatsächlich auch bewirtschaftet. Etwas, das wir natürlich nicht hatten, ist die Preisverleihung, die wir auch haben. Diese haben wir aber nur alle vier Jahre. Das wird entsprechend budgetiert. Das Andere, was wir auch noch hatten, ist der Kulturweg, den wir finanziert haben, die verschiedenen Kulturdenkmäler in der Stadt. Das ist aufgearbeitet worden. Man hat dort auch einen entsprechenden Führer gemacht. Das ist weggefallen. Deshalb ist es weniger. Insbesondere die Preisverleihung findet alle vier Jahre statt.

Daniel Kissling: Man sieht, dass es 2017 waren es Fr. 72'000.—. Ich nehme an, das sind die Preise. Bei den Fr. 34'000.— waren aber diese Preise nicht im Budget. Also sind Fr. 10'000.— für den öffentlichen Raum, die weg sind und nicht eingesetzt wurden.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir haben ganz bewusst ins Budget genommen, dass wir es auch bewirtschaften. Wenn ich dies sagen darf, behandeln wir übrigens die entsprechenden Gesuche im Jahr über vier Tranchen aufgeteilt und je nach Gesuchengang dies auch entsprechend bewilligen, damit nicht diejenigen, die im Jahr zuerst kommen, quasi alles kassieren. Das hat sich bis jetzt gut bewährt. In diesem Jahr haben wir, das muss ich auch sagen, durch die budgetlose Zeit im ersten Halbjahr nichts ausgegeben.

Seite 96, 3420.3636.00, Beiträge an örtliche Vereine und Verbände

Daniel Kissling: Ich habe nicht gefunden, weshalb es in diesem Jahr so viel mehr als budgetiert ist, nämlich etwa Fr. 150'000.—.

Urs Tanner: Es geht um Arbeit, die man zuerst unter Position 3429 budgetiert hatte, dann aber wieder extern gegeben hat. Ihr findet die Abweichung auch auf Seite 60. Dort habt Ihr unter den Nachtragskrediten die Fr. 155'000.— für die Neuorganisation der Jugendarbeit. Dort ist auch ausgewiesen, dass es dann unter 3429 einen entsprechenden Minderaufwand gibt.

Seiten 98 bis 114

Seite 99, 5451.3636.00, Kinderkrippen und Kinderhorte

Dr. Christine von Arx: Hier haben wir deutlich weniger ausgegeben als budgetiert. Man hat ja auf Anfang 2018 von der Objekt- zur Subjektfinanzierung gewechselt und ist davon ausgegangen, dass es kein Leistungsabbau ist. Jetzt hat man sogar noch deutlich weniger als 2017 ausgegeben. Da habe ich jetzt Fragen dazu. Man ist ja mit dem maximalen Lohn, den man haben darf, heruntergegangen. Hat man sich bei den verbleibenden beitragsberechtigten Personen oder beim Anspruch, den die noch verbleibenden Personen hatten, verschätzt? Wenn man sich verschätzt hat, wieso hat man sich verschätzt? Was unternimmt der Stadtrat, damit Familien, die einen Anspruch haben, diesen Anspruch tatsächlich abholen und dass man das Geld, das man für diese Art von Betreuung vorgesehen hat, auch wirklich ausgibt? Für den Fall, dass man sich einfach verschätzt hat oder dass es mit der Kinderbetreuungsverordnung nicht aufgeht, ist geplant, dass man sie anpasst, dass man wieder auf diesen Betrag hinaufkommt, dass man tatsächlich ausgeben kann, was man budgetiert hat.

Stadträtin Iris Schelbert: Der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben uns nicht verschätzt. Wie Du gesagt hast, haben wir eine Verordnung. Ihr habt sie hier alle bewilligt und beschlossen. Aber wir haben jetzt mehr Selbstzahlerinnen und Selbstzahler in den Kinderkrippen und brauchen für die Subjektfinanzierung einfach nicht den ganzen budgetierten Betrag. Das ist eigentlich die ganze Wahrheit.

Seiten 115 bis 131

Keine Wortmeldungen.

Seiten 132 bis 142

Keine Wortmeldungen.

Verwaltungsbericht

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Der Verwaltungsbericht ist mehrheitlich schon als interessant gelobt worden.

Seiten 143 bis 185

Keine Wortmeldungen.

Seiten 186 bis 222

Keine Wortmeldungen.

Seiten 223 bis 251

Keine Wortmeldungen.

Seiten 252 bis 286

Keine Wortmeldungen.

Beschlussesanträge

Seiten 1 bis 20

Keine Wortmeldungen.

Seite 21

Nachtragskredite: Einstimmig

2.3: Mit 31 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen

2.4: Einstimmig

2.5: Einstimmig

2.6: Einstimmig

Schlussabstimmung

Der Antrag des Stadtrates wird mit 31 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.

Gemäss Bericht und Antrag

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 86

Vorstösse

Tobias Oetiker: Wir haben im März zwei Motionen bezüglich Budget respektive Terminierungen eingereicht. Ursprünglich wollten wir eine Motion einreichen und zwar, dass das Budget mit Steuerfussänderung zu einem obligatorischen Referendum führen soll und das Referendum noch im alten Jahr stattfinden soll. Wir haben dann aufgrund von Rückmeldungen, die wir informell erhalten haben, beschlossen, zwei Motionen einzureichen. Einerseits diejenige, die wir einreichen wollten, mit dem engen Termin und dem obligatorischen Referendum, und zusätzlich noch eine zweite relaxte Variante, die einfach sagt, dass die Budgetabstimmung schon beim ersten offiziellen Abstimmungstermin im neuen Jahr stattfinden soll. In diesem Jahr wäre es am eidgenössischen Abstimmungstermin im Februar gewesen. Es sind zwei Motionen, wobei unser Hauptanliegen ist, dass wir möchten, dass wenn es eine Steuerfussänderung gibt, ein Referendum stattfindet und dieses Referendum noch im alten Jahr ist. Deswegen möchte ich den Antrag stellen, dass zuerst die Motion behandelt wird, die sozusagen die volle Ausgestaltung dieses Anliegens darstellt, und dann als zweite noch die Light-Variante mit einem leicht beschleunigten Vorgang bei einem Referendum im neuen Jahr.

Dr. Christine von Arx: Änderungsanträge bezüglich Traktandenliste müssen am Anfang der Sitzung gestellt werden.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Das ist mein Faux-pas. Es tut mir leid. Dann gehen wir jetzt nach Traktandenliste zu Punkt 7.1.

Tobias Oetiker: Ich möchte noch sagen, dass ich am Anfang der Sitzung gefragt habe, wann dies stattfinden soll.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 87

Überparteiliche Motion betr. zeitnahe Budgetreferendumsabstimmungen/Beantwortung

Am 28. März 2019 wurde folgender überparteiliche Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt die Terminierung des Budgetprozesses so anzupassen, dass eine allfällige Budgetabstimmung zum ersten Abstimmungstermin des Bundes im neuen Jahres stattfinden kann.

Begründung

Die Abstimmungen über das Budget 2014 und 2019 fanden an einem Abstimmungssonntag im März statt. Neben hohen Kosten für den separaten Termin führt die Verzögerung dazu, dass ungebundene Ausgaben einen Monat länger nicht getätigt werden können.»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der erste eidgenössische Abstimmungstermin des Jahres variiert in den kommenden Jahren jeweils zwischen dem 9. Februar und dem 12. März; letzterer weicht nur gerade zwölf Tage vom Termin ab, an welchem in diesem Jahr die (separate) Volksabstimmung über das Budget stattfand. Der Zeitgewinn bei einer zeitlichen Verschiebung der Budgetsitzung im Parlament ist somit je nach terminlicher Ausgangslage nicht sehr bedeutend. Es kommt hinzu, dass auch bei einer Volksabstimmung am ersten eidgenössischen Termin kein überarbeiteter Budgetentwurf bereits an der Märzsession des Parlaments behandelt werden kann und eine Anberaumung einer Parlamentssitzung im April den gleichen Einschränkungen unterliegt, wie sie im Folgenden für den Oktober beschrieben werden.

Auf Wunsch der Finanzkommission wurden ihr an ihrer Märzsession die Konsequenzen verschiedener Terminierungen der Budgetsitzung im Parlament ausführlich aufgezeigt:

- **September:** Eine Behandlung des Budgets an der Parlamentssitzung im September ist mit gesicherten Zahlen von Seiten des Kantons aus den Bereichen Bildung, Soziales, ÖV und Steuern derzeit nicht möglich. Der Kanton müsste dazu gebracht werden, die Zahlen deutlich früher als bisher abzuliefern, was aber sicher nicht positiv zu deren Aussagekraft beitragen würde. Die Zahlen können aber von einem Jahr aufs nächste wesentlich variieren und sind damit sehr wichtig für eine exakte Budgetierung durch die Stadt Olten. Würde man sich lediglich auf Tendenzmeldungen von Seiten des Kantons abstützen, wäre das Resultat somit weniger seriös. Beim fakultativen Referendum bräuchte es aufgrund der 30-tägigen Sammelfrist zudem jeweils einen separaten Abstimmungstermin im Dezember, da

der letzte eidgenössische Termin jeweils bereits im November stattfindet. Das führt zu Mehrkosten von mehreren zehntausend Franken.

- **Oktober:** Die Behandlung des Budgets in einer Parlamentssitzung Ende Oktober würde zwar erlauben, dass bei einem fakultativen Referendum die Abstimmung am ersten eidgenössischen Abstimmungstermin im Folgejahr stattfinden könnte. Sie ist faktisch jedoch kaum möglich, da der Vorbereitungs- und Vorberatungsprozess – auch für die parlamentarischen Kommissionen und für die Fraktionen – in die Herbstferien fallen würde.
- **November:** Findet die Parlamentssitzung weiterhin im November statt, reicht im Falle eines fakultativen Referendums die Zeit nicht in jedem Fall für den ersten eidgenössischen Abstimmungstermin im Folgejahr – auch nicht, wenn die Parlamentssitzung zwei Wochen gegenüber dem heutigen Termin vorverschoben würde. Lediglich das obligatorische Referendum – das heisst obligatorische Volksabstimmung über das Budget mit Wegfall der Sammelfrist – würde die Einhaltung des ersten eidgenössischen Termins garantieren. Als Alternativen sind Szenarien möglich, bei denen nicht in jedem Fall, sondern lediglich bei Veränderungen der Steuerfüsse das Budget der obligatorischen Volksabstimmung unterworfen wird.

Aus den genannten Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, von einer Verschiebung der Budgetsitzung des Parlaments abzusehen und die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären, zumal damit kein wesentlicher Zeitgewinn im Folgejahr resultiert.

- - - -

Tobias Oetiker: Wenn ein Budgetreferendum ergriffen wird, führt dies dazu, dass die Stadt bis zum Moment, in dem diese Abstimmung stattfindet, mindestens stillsteht. Mit dieser Motion 7.1 ist unser Anliegen, dies ein wenig zu verkürzen und auch noch die Ausgaben der Stadt zu reduzieren, indem diese Budgetabstimmung nicht zu einem separaten Abstimmungstermin stattfindet, sondern zum ersten offiziellen Termin, was einerseits eine kürzere Downtime für die Stadt ergibt und andererseits kleinere Kosten, weil die Stadt keine Extra-Abstimmung durchführen muss, sondern mit dem eidgenössischen Abstimmungstermin mitreiten kann.

Urs Knapp: Die FdP lehnt die Motion mehrheitlich ab. Der Stadtrat zeigt es eigentlich auf. Es gibt keinen Gewinn damit, aber ein weniger genaueres Budget, das man dann im Parlament wieder kritisieren kann, wenn man über die Rechnung redet. Von daher würden wir vorschlagen, dass wir die Motion ablehnen.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Wir waren uns in der Fraktion nicht ganz einig. Deshalb ist es vor allem meine Sicht mit einer leichten Färbung. Wir sehen einfach, dass es in anderen Städten möglich ist. Baden macht dies. Baden hat es geschafft, dass es mit einer kleineren Zwischenzeit möglich ist, zwischen der Abstimmung im Parlament und der Volksabstimmung. Wir hätten eigentlich in der Antwort erwartet, was unternommen wird, wenn die Motion erheblich erklärt wird, statt einfach nur zu sagen, dass es keine gute Idee sei. Es ist uns wirklich aufgefallen, dass es möglich wäre. Wir sind etwas enttäuscht. Eine Vorverschiebung würde aus unserer Sicht einfach dazu führen, dass wir schneller wieder ein rechtskräftiges Budget hätten oder im besseren Fall wirklich schneller zum Normalzustand kommen und in dieser Stadt etwas entwickeln und nicht einfach immer nur die Budgetabstimmung abwarten können. Merci.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir sind grossmehrheitlich ebenfalls für nicht erheblich, auch wenn uns die Situation eigentlich sehr unbefriedigend erscheint. Gut finden

wir grundsätzlich, dass die Auslegeordnung gemacht wurde, auch in der FIKO, dass man genau geschaut hat, was machbar wäre, auch unter Einhaltung dieser Fristen, wenn man beim fakultativen Referendum bleibt, das einerseits auch die Verantwortung durch das Parlament eigentlich stärkt. Das Andere geht halt wirklich auch mit dem anderen Vorstoss in eine ganz andere Richtung. In dem Zusammenhang, in dem ich es in der FIKO auch gesehen habe, ist mir schon sehr aufgefallen, dass viele Zahlen des Kantons gerade Mitte bis Ende August kommen, also sehr knapp nach den Sommerferien. Wir bedauern dies ein wenig. Ich denke schon, dass hier noch ein bisschen etwas machbar wäre, beim Kanton Einfluss zu nehmen, dass es vielleicht auch ein wenig vorverlegt werden kann, damit es nicht gerade eine so lange tote Zeit gibt. In gewissen Punkten mit der Genauigkeit stimmen wir überein, dass sicher die Zeitdauer wie auch die Steuern ein Faktor sind, desto genauer. Beim Sozialen hat die Erfahrung in den letzten Jahren gezeigt, dass der Kanton mit seinen Vorgaben nicht so gut war, die man ja pro Einwohner übernehmen muss. Hier waren wir praktisch immer relativ deutlich daneben. Da habe ich auch das Gefühl, dass eigentlich zwei Monate früher oder zwei Monate später keinen Unterschied ausmachen würde. Deshalb würden wir gleichwohl noch beliebt machen, in diesem Punkt noch einmal zu schauen, gerade bei diesen Jahren, dass man dies mit den Fristen genauer analysieren könnte, bei denen es von der Volksabstimmung drin liegen würde, dass man dort, wo ein paar Wochen noch entscheidend wären, dies anschauen und zumindest im November etwas vorverschieben könnte.

Florian Eberhard, Fraktion SP/Junge SP: Wir teilen die Ansicht, dass durch eine Verschiebung die Präzision dieser Kennzahlen noch stärker abnimmt. Das erschwert uns einerseits die Arbeit unverhältnismässig und andererseits wird ein so ungenaues Budget für die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Politik definitiv nicht förderlich sein. Noch ein Punkt zu Raphael mit seinem Beispiel Baden: Im Kanton Aargau haben die Gemeinden deutlich weniger Kompetenzen. Dieser Budgetprozess ist in unseren Augen nicht vergleichbar mit den Abläufen und dem Umfang, wie es bei uns abläuft. Eine Verschiebung in die Zeit der Herbstferien finden wir zusätzlich auch alles andere als Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerfreundlich. Zum Beispiel für alle Stadthaus-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter mit schulpflichtigen Kindern, aber auch für alle Parlamentarier und Parlamentarierinnen und Stadträtinnen und Stadträte. Wir lehnen die Motion geschlossen ab.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Muriel, nachdem Du jetzt relativ lang geredet hast, mache ich es ganz kurz, nicht, dass sich die Gemüter wieder erhitzen. Aus den Gründen, welche die Vorredner angeführt haben, kommen wir zum Schluss, obwohl wir Sympathien für diesen Vorstoss haben, dass wir ihn ablehnen, gerade auch wegen der Budgetierung und der Genauigkeit der Budgetierung.

Matthias Borner: Ich wollte noch kurz erwähnen, dass ich es schade finde wegen der Angst betreffend Herbstferien. Ich weiss nicht, ob es eher im Interesse ist, dass man, wenn wir kein Budget haben, bis Mitte Jahr gewisse Ausgaben nicht tätigen kann und die Schüler dann gar nicht irgendwelche Schulreisen machen können. Das haben wir nämlich genau hier diskutiert. Vielleicht ist es auch ein gewisses Opfer, das wir bringen müssen. Ich finde es einfach schade. Ich kann mich noch erinnern, dass die CVP eine Fraktionserklärung abgegeben, die eigentlich genau das, was er als Ziel hat, dass man dies früher behandeln kann, ausgedrückt hat. Ich finde es seltsam, dass Ihr jetzt so vehement dagegen seid. Aber auch die Form des Geschäfts, das uns hier vorliegt, finde ich einfach schade. Erstens einmal, dass man nicht zusammen Kontakt aufgenommen hat, weil Ihr ja eigentlich genau dies in Eurer Fraktionserklärung wolltet, was er nachher in ein Geschäft verpackt hat, und dass man nicht ein Postulat und sagt, der Stadtrat wird gebeten auszuweisen, wie es möglich wäre, eine frühere Abstimmung zu haben. Es ist im Interesse von niemanden, dass diese Stadt ohne Budget dasteht, ob man jetzt für oder gegen Steuererhöhung nicht. So können wir auch viel besser miteinander arbeiten. Deshalb finde ich es schade, dass das Geschäft jetzt so behandelt wird, wie es jetzt behandelt wurde. Ich glaube, es wären eigentlich alle dafür, dass man früher abstimmen kann. Ich weiss, was Ihr wegen der Strukturen sagt. Wenn Aarau dies kann, können wir es auch.

Daniel Probst: Ich rede für eine Minderheit bei der FdP-Fraktion, welche dieser Motion zustimmt. Wir waren in diesem Entscheid knapp. Diese Minderheit findet auch, wie es Matthias gerade ausgeführt hat, dass man eigentlich, wenn ein Budgetreferendum besteht, und das ist ein demokratisches Recht, mit dem wir auch in Zukunft rechnen dürfen und müssen, dass es wichtig ist, dass man über den Inhalt des Budgets spricht und nicht darüber, was die Folgen eines Budgetreferendums in der Zeit, in der man keine Ausgaben tätigen kann, sind. Ich glaube, das war auch die Hauptmotivation dieses Vorstosses. Deshalb unterstütze ich oder eine Minderheit der FdP ihn auch. Für uns sind auch die Herbstferien nicht ausschlaggebend. Wir denken, man müsste es vor den Herbstferien, im September, bringen. Ich bin eigentlich über die CVP auch erstaunt. Wie Du, Muriel, es ausgeführt hast, habe ich fast etwas herausgehört, dass Du findest, man sollte es erheblich erklären. Du hast zwar zuerst gesagt, Ihr wärt dagegen. Dann hast Du gesagt, Ihr findet schon auch, man müsste mit dem Kanton reden, wie es hier steht, damit man vielleicht gewisse Zahlen früher hat. Das ist ja der Vorstoss. Er sagt, man solle dies tun und mit dem Kanton reden. Die Stadt schreibt dann auch, der Kanton müsse dazu gebracht werden, etwas zu tun. Aber das kann man erst, wenn man diese Motion erheblich erklärt. Dann kann der Stadtrat auch wirklich etwas zu tun. Zum Kanton: Man hat es gehört. Vor allem in der FIKO ist es im Detail gezeigt worden. Der Kanton liefert tatsächlich gewisse Zahlen erst im August. Ich sage einmal, jetzt werden diese Zahlen irgendwo beschlossen. Manchmal ist es die Regierung. Manchmal sind es andere Ämter. Ich bin eigentlich überzeugt, wenn man mit dem Kanton spricht, dass diese Zahlen, bevor sie an die Gemeinden kommuniziert werden, schon da sind. Sie sind schon da. Ich würde mich nicht täuschen, wenn sie vor den Sommerferien schon da wären. Nachher sind wahrscheinlich alle in den Ferien. Dann wird dies vielleicht durch die Regierung entschieden, und dann wird es an die Gemeinden ausgeliefert. Ich glaube, solche Sachen müsste man mit dem Kanton besprechen. Wenn schon Zahlen da sind, wenn sie vor den Sommerferien schon gerechnet sind, könnte man für sie eine Budgetierung auch schon haben. Ich würde mir wünschen, dass man dies macht. Dafür muss man diese Motion erheblich erklären, damit man diese Sachen mit dem Kanton besprechen und dies so umsetzen kann. Das ist die Meinung der Minderheit der FdP-Fraktion.

Felix Wettstein: Ich möchte gerne bei dem anhängen, was Matthias Borner gesagt hat, und möchte vor allem an die SP-Leute appellieren. Es geht wirklich. Macht mit, damit wir dies in die Wege leiten können. Ich kenne den Kanton Aargau relativ gut. Ich sass in Wettingen längere Zeit im Parlament, zwar hinten, war aber aktiv dabei. Der Hauptunterschied zwischen kommunalen und kantonalen Zuständigkeiten liegt bei den Lehrerinnen- und Lehrer-Löhnen. Der Kanton Aargau hat sie tatsächlich kantonalisiert. Das ist das Einzige. Alles andere ist ähnlich wie bei uns in der kommunalen Zuständigkeit, Gewisses ist sogar noch mehr in der parlamentarischen Zuständigkeit, insbesondere die Nutzungsplanung. Es ist nicht so, dass es einfacher wäre oder weniger Parameter hätte, wenn man im Kanton Aargau ein kommunales Budget zum Entwickeln hätte. Das ist so nicht wahr. Es kommt dazu, dass sie in Baden beispielsweise genau zur gleichen Zeit wie wir Herbstferien haben, und sie bringen dies wirklich zustande. Es geht. Macht mit.

Matthias Borner: Ich würde vorschlagen, dass Ihr Euer Ansinnen in ein Postulat umwandeln, und die SVP würde es einstimmig annehmen. Wenn ich richtig schätze, könnte es langsam in Richtung Mehrheit gehen. Wenn es nicht kommt, verfassen wir in einem Vierteljahr ein Postulat damit. Ich würde Euch wirklich empfehlen, dies in ein Postulat umzuwandeln, damit sie uns Wege aufzeigen, wie man dies besser lösen kann. Dem stimmen wir einstimmig zu. Merci.

Muriel Jeisy: Ich wurde vorhin angesprochen und bin jetzt gerade wieder überholt worden. Hier kann ich Matthias jetzt vollständig zustimmen. Beim Postulat wären wir auch dabei. Wir sehen einfach, und deshalb habe ich vorhin angesprochen, und in der Fraktionserklärung habe ich übrigens nicht auf diese Motion gezielt, sondern dass man seriös prüft, was machbar ist, weil wir es nicht gut finden, so wie die aktuelle Situation ist. Das hat man in der

FIKO gemacht. Es ist soweit angeschaut worden, und man hat einen Interessenkonflikt bezüglich Genauigkeit, seriöse Zahlen und zeitlichem Ablauf. Das ist der Konflikt, den wir haben, aber wir haben gleichwohl eine Erwartung, dass etwas passiert. Da bin ich mit Daniel Probst nicht ganz einverstanden, dass wenn man hier zu einer Motion ja sagen, dass dies auch gleich bedeutet, man spricht mit dem Kanton, sondern hier würde ich den Weg in diese Richtung mit einem Postulat viel besser abgedeckt finden.

Beatrice Schaffner: Auch ich bin eine Minderheit in der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Ich werde die Motion und je nachdem, wenn es ein Postulat, überweisen. Ich finde es absolut unbefriedigend, dass die Stadt Olten, wenn man ein demokratisches Recht wahrnimmt, ein halbes Jahr kein Budget hat. Zur Präzision oder Genauigkeit der Zahlen: So viel genauer wären sie nicht, wenn sie einfach einen oder zwei Monate später vorliegen. Diese Schwankungen gibt es immer. Das liegt einfach in der Natur der Sache. Ich finde es schön, wenn man die Motion wegen der Arbeitnehmenden ablehnt, weil sie vielleicht Ferien haben oder die Kinder in den Ferien sind. Aber das ist eine Planungssache. Das Budget muss nicht während der Schulferien erarbeitet werden. Es muss vorher erarbeitet werden, damit es uns frühzeitig vorgelegt werden kann. Ich werde die Motion überweisen.

Laura Schöni: Ich möchte auch einfach noch einmal kurz sagen, dass wir in diesem Frühling gemerkt haben, dass es für alle eine unbefriedigende Situation ist, wenn es nach einem Budgetreferendum, egal, ob man dies cool findet oder nicht, anschliessend einfach so lange kein Budget gibt. Ich würde den Antrag stellen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich wandle sie um. Ich möchte Euch beliebt machen, dem Postulat zuzustimmen, es als erheblich zu erklären.

Michael Neuenschwander: Ich werde das Postulat ablehnen, weil ich nach wie vor der Meinung bin, dass wir hier ein Parlament sind, das ein Budget mit möglichst genauen Zahlen behandeln, dies seriös beraten, einen Beschluss fassen soll. Wenn es nachher unbedingt sein muss, dass ein Referendum stattfindet, hat dies halt die Konsequenzen, die es hat, auch wenn sie nicht so schön sind. Aber ich bin nicht dafür, dass wir uns quasi dem Ernst der Lage nicht mehr so bewusst sind, wie wir uns die jetzt sein müssen.

Corina Bolliger: Ich habe bis jetzt noch sehr wenig gesagt. Aber Michael hat mir eigentlich aus dem Herzen gesprochen. Merci vielmals.

Dieter Ulrich: Ich kann mich inhaltlich auch Michael anschliessen. Vor allem möchte ich aber eigentlich dem Finanzdirektor noch einmal die Gelegenheit oder die Chance, in einer Rechnungssitzung etwas zu sagen und vielleicht noch einmal die Haltung des Stadtrates klar zu machen, auch wenn es nur ist, dass er dem Finanzverwalter das Wort zu den Details gibt.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Wenn ich so flott gefragt werde, sage ich auch gerne etwas. Es ist einerseits schon gesagt worden. Erstens einmal ist der Zeitgewinn relativ klein, auf der anderen Seite hat man Zahlen, die nicht genau sind. Wenn man Zahlen liefert, versucht man ja immer, sei es vom Kanton, wir machen ja das Gleiche mit den Steuern, zu schauen, was man im Jahr vorher oder im laufenden Jahr ausgegeben hat. Je mehr Zeit man hat, desto präziser werden diese Zahlen. Andererseits dürft Ihr nicht vergessen, dass wir auch in der Finanzdirektion in den letzten Jahren mit dem Personal ziemlich heruntergefahren sind. Wenn das Budget zwei Monate vorher erstellt werden müsste, wir fangen ja relativ früh, schon im März, an, dann müsste man noch früher anfangen. Mit dem Rechnungsabschluss gibt dies ein riesiges personelles Problem. Urs läuft jetzt schon am Anschlag. Viel mehr Leute und viel mehr Kapazitäten haben wir dort nicht, die wir hier einspannen können. Wenn man schaut, was man am Schluss davon hat, wir haben es in der Beantwortung geschrieben, ist der Zeitgewinn wirklich minim. Wir werden es kaum fertig bringen, dass wir im gleichen Jahr die Abstimmung durchführen können. Es wäre höchstens im Februar oder März möglich. Eine budgetlose Zeit hätten wir so oder so.

Daniel Kissling: Erstens hätten wir weniger budgetlose Zeit, und weniger ist in diesem Fall besser als mehr. Das ist schon einmal ein Grund dafür. Zweitens heisst vorgezogene Arbeit nicht mehr Arbeit. Wenn man das Budget jetzt zustande bringt, bringt man es auch etwas früher zustande. Dann muss man einfach früher anfangen. Das führt zur Ungenauigkeit. Diesen Punkt sehe ich. Ich muss aber auch sagen, dass heute ein grosser Teil dieses Saales einer Rechnung applaudiert hat, in der es einige Ungenauigkeiten hatte. Also können wir einige Ungenauigkeiten scheinbar auch verkraften. Der letzte Punkt, den ich zu unserer Gemeindeparlamentsarbeit erwähnen möchte, ist, dass ich das Argument, dass wir die Budgetdiskussion nicht mehr ernsthaft führen, schon etwas verwirrend finde. Heisst dies, nur, wenn man das Messer an der Kehle hat, politisieren wir richtig? Müssen wir in Stress kommen, damit wir ernsthaft einen Kompromiss suchen? Ich finde, wir können dies auch machen, wenn wir etwas weniger Pressure und Druck haben. Es gibt auch viele Studien, die sagen, dass man besser arbeitet, wenn man nicht so viel Druck hat.

Tobias Oetiker: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es bei diesem Postulat im Moment lediglich darum geht, dass die Abstimmung am ersten Termin im neuen Jahr stattfindet, also eine Vorverlegung um zwei, drei Wochen gegenüber dem Termin, den wir diesmal hatten. Das heisst nicht, dass man das Budget früher machen muss, sondern das heisst, dass man wahrscheinlich die Abstimmungsunterlagen etwas schneller produzieren muss. In Baden ist es möglich, diese Abstimmung zwei Wochen nach den Budgetentscheiden durchzuführen. Klar, sie wissen vorher, dass sie eine Steuerfusserhöhung machen wollen. Aber ich denke, es könnte möglich sein, dies etwas schneller zu produzieren.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch darauf aufmerksam machen., dass ich glaube, dass es in den letzten 20 Jahren dreimal zu einer Volksabstimmung gekommen und die übrigen 17 Jahre nicht. Ich finde es problematisch, dass die grosse Zahl der Jahre, in denen es nicht zu einer Volksabstimmung kommt, weil es kein Referendum gibt, eigentlich die Qualität bei den seltenen Fällen, in denen es vorkommt, riskiert.

Beschluss

Mit 20 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 88

Überparteiliche Motion betr. obligatorisches Referendum bei Steuerfussanpassungen/Beantwortung

Am 28. März 2019 wurde folgender überparteiliche Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt dem Parlament eine Anpassung der Gemeindeordnung vorzulegen, welche die Änderungen des Steuerfusses dem obligatorischen Referendum unterstellt. Wobei der Budgetprozess so zu planen ist, dass das obligatorische Referendum noch im alten Jahr stattfindet.

Begründung

Die Budgetreferenden von 2013/14 und 2018/19 haben gezeigt, dass Änderungen beim Steuerfuss in Olten ein grosses Interesse in der Bevölkerung wecken. Zweimal haben sie in nur 5 Jahren zu einem Referendum geführt.

Indem für Änderungen des Steuerfusses das obligatorische Referendum eingeführt wird, kann der Stadtrat dies in den Budgetbewilligungsprozess einplanen. Ein obligatorisches Referendum hat den Vorteil, dass bei der engen Zeitplanung des Budgetprozesses die Referendumsfrist nicht abgewartet werden muss.»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Steuerfuss und Budget sind eng miteinander verknüpft, wie aus den beiden folgenden Zitaten aus dem Handbuch HRM2 des Kantons Solothurn hervorgeht:

10.4 Genehmigung des Budgets und des Steuerfusses

Die Festlegung des Steuerfusses ist ein Bestandteil der Genehmigung des Budgets.

Die Gesetzesvorschrift geht davon aus, dass die Festsetzung der Höhe des Steuerbezuges ein Bestandteil des Budgets ist. Der Steuerbezug stellt eine zentrale Einnahmequelle der Gemeinde dar. Es gibt keine Beschlussfassung über das Budget ohne gleichzeitige Beschlussfassung über die Höhe des Steuerfusses. Da der Beschluss über den Steuerfuss anlässlich des Budgets gefällt werden muss, können im Rahmen der Detailberatung nach § 64 Gemeindegesetz dazu Anträge gestellt werden. Er ist einschliesslich des vorgängig beschlossenen Steuerbezuges der Schlussabstimmung nach § 65 Gemeindegesetz zu unterwerfen. Damit erhält der Stimmberechtigte die Möglichkeit, in einer Ja/Nein-Abstimmung kundzutun, ob er dem bereinigten Budget einschliesslich des beschlossenen Steuerfusses zustimmt oder nicht.

10.4.2 Budgetierung des Steuerertrages

Der Steuerertrag ist der wichtigste Ertragsposten einer Gemeinde. Das Ergebnis des Budgets

wird von der Höhe des budgetierten Steuerertrages massgeblich beeinflusst. Dabei ist die Festsetzung des Steuerfusses ein wichtiger finanzpolitischer Entscheid bei der Genehmigung des Budgets.

Dies bedeutet, dass nicht allein der Steuerfuss dem obligatorischen Referendum unterstellt werden kann, da für das Ergebnis der Jahresrechnung die Einnahmenseite ebenso entscheidend ist die Ausgabenseite. Die Forderung der Motion müsste daher nicht lauten, die Änderungen des Steuerfusses dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, sondern **bei jeglichen Änderungen des Steuerfusses das (Gesamt-)Budget dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.**

Aus technischer Sicht ist dies möglich; das Gemeindeparlament muss sich indessen nach Ansicht des Stadtrates überlegen, ob es diesen Automatismus einführen, damit einen Teil seiner Zuständigkeit abgeben und das bestehende System in Frage stellen will. Zu diesem Teil des Vorstosses macht der Stadtrat keine Empfehlung.

Hingegen empfiehlt er dem Gemeindeparlament in Analogie zur zeitgleich eingereichten Motion betr. Terminierung des Budgetprozesses, von einer Vorverschiebung der Budgetsitzung des Parlaments auf den September abzusehen. Diese wäre erforderlich, damit die Durchführung der entsprechenden obligatorischen Volksabstimmung wie gefordert noch im alten Jahr stattfinden könnte, während bei einer Sitzung im Oktober – neben den in der Beantwortung der erwähnten Motion aufgezeigten Nachteilen betr. Herbstferien – lediglich eine Zeitspanne von maximal zwei Wochen zwischen Parlamentsentscheid und Ablieferung der fertiggestellten Drucksachen zur Verfügung stehen würde.

Aus den erwähnten Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die vorliegende Motion aufgrund ihres Wortlautes nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Tobias Oetiker: Mit dem Budgetreferendum hatten wir in diesem Jahr eine lange budgetlose Zeit, was zu vielen Verzögerungen geführt hat. In diesem Zusammenhang sind die Vorgänge in Baden auch erwähnt worden. In Baden sollte es in diesem Jahr auch eine Steuerfusserhöhung geben. Die Steuerfusserhöhung in Baden führt automatisch zu einem Referendum, ohne dass jemand Unterschriften sammeln muss, weil es dem obligatorischen Referendum unterstellt wird. In Baden war es so, dass sie innerhalb von zwei Wochen nach dem Parlamentsentscheid über das Budget diese Abstimmung hatten und dann in der nächsten Parlamentssitzung noch im alten Jahr ein neues Budget ohne Steuererhöhung genehmigt haben, also etwas Ähnliches, wie wir jetzt auch gemacht haben, einfach ohne die extrem lange budgetlose Zeit. So etwas stellen wir uns mit dieser Motion auch vor, dass dies in Olten ebenfalls möglich sein sollte. In Baden haben sie das Budget im September auch noch nicht.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir haben dies diskutiert. Wir sind der Meinung, wir sind ein gewähltes Parlament. Wir sind der gewählte Gemeinderat. Wir haben eine Verantwortung, und wir diskutierten hier intensiv über das Budget und über die Steuerfussanpassungen. Wir lehnen das obligatorische Referendum ab.

Eugen Kiener: Die Fraktion SP/Junge SP wird die Motion ebenfalls nicht erheblich erklären. Der Grund ist einfach. Als Parlament sind wir die Legislative, und in unserem politischen System sagen wir der Exekutive, wo sie Steuergelder einsetzen soll und wo nicht. Wir müssen dann natürlich berücksichtigen, welche Stellen und welche Investitionen gemacht werden müssen. Wie der Stadtrat in der Stellungnahme richtig schreibt, würde das obligatorische Budgetreferendum die bestehenden Machtverhältnisse auf den Kopf stellen. Dieser Vorstoss spielt all denjenigen in die Hand, die eigentlich das ganze Budget und somit alle Leistungen, Aufgaben und Funktionen der Stadt auf den Steuerfuss reduzieren. Der Vorstoss vermittelt auch den Eindruck, ein Budgetreferendum würde einzig und allein auf den Steuersatz zielen. Wir sind aber der Meinung, dass sich der Stadtrat und das Parlament nicht einfach so aus der Verantwortung ziehen können. Wir sind im letzten Winter, als das Budget 2019 gemacht werden musste, gescheitert. Wir haben keine mehrheitsfähige Lösung gefunden. Das Budgetreferendum aus der Bevölkerung hat uns ein Zeichen gegeben, dass wir besser arbeiten müssen. Ein Automatismus würde gerade das Gegenteil bewirken. Im Gegensatz zu den Motionären schätzen wir die Situation weniger schlimm ein. Ruedi, ich glaube, es ist sogar 40 Jahre her, dass es nur drei Referenden gegen das Budget gab. Jetzt war die Frist halt zweimal nacheinander etwas kürzer und es ist noch ein anderes Projekt am Referendum gescheitert. Aber das hat auch ein wenig mit der geänderten Finanzrahmenbedingungen der Stadt zu tun. Es hat damit zu tun, dass die Mehrheitsverhältnisse in der Stadt nicht mehr so klar sind wie auch schon. Das gehört zum schweizerischen System, und das wird sich vielleicht bald wieder ändern. Aus all diesen Gründen werden wir die Motion nicht erheblich erklären. Wir wünschen uns, dass die Parteien beim Budget besser und konstruktiver zusammenarbeiten und das Parlament auch konstruktiver mit dem Stadtrat zusammenarbeitet. So können wir unsere Aufgabe als Legislative besser wahrnehmen. Dafür sind wir schliesslich auch gewählt worden. Danke.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Für uns ist diese Motion eine etwas schwierige Angelegenheit und zwar, weil es eigentlich zwei Forderungen in einem Vorstoss sind. Der erste Satz hat nur bedingt mit dem zweiten Satz zu tun. Der erste Satz fordert, dass eine Steuerfussanpassung dem obligatorischen Referendum unterstellt werden soll, und der zweite Satz äussert sich nachher eigentlich ausschliesslich zum Zeitplan. Das ist eigentlich die gleiche oder ähnliche Diskussion, die wir vorhin gerade geführt hatten, die Ihr nachher in ein Postulat umgewandelt habt. Den ersten Satz unterstützen wir und zwar wirklich mit grosser Überzeugung. Mit dem zweiten Satz haben wir hingegen unsere liebe Mühe. Wir glauben auch, dass dies unnötige Opposition generiert. Wir haben vorhin gesehen, dass eine Mehrheit hier nicht einmal bereit ist, einem Postulat in Bezug auf den Zeitplan zuzustimmen. Wir sind deshalb eigentlich der Meinung, dass die viel striktere Forderung, die hier drin ist, dass man fordert, noch im alten Jahr, erst recht chancenlos ist. Dort sind wir etwas im Clinch. Wir würden es sehr begrüssen, wenn man jetzt hier Wünsche anbringen darf, wenn die Motionäre diesen zweiten Satz auch gerade nach der vorherigen Diskussion um das Postulat streichen würden. Dann könnten wir mit grosser Überzeugung zustimmen. Sonst sind wir etwas zwischen Stühlen und Bänken, weil wir eigentlich einen Satz richtig und unterstützungswürdig finden, und den zweiten Satz nicht so toll finden. Vielleicht einfach noch kurz zum Inhalt, und jetzt rede ich zum ersten Satz: Wir finden die Forderung, dass man eine Steuerfussanpassung dem obligatorischen Referendum unterstellt, absolut richtig. Das überrascht wahrscheinlich auch nicht. Ich habe schon vor mehreren Jahren hier einmal eine sehr ähnliche Forderung eingereicht. Sie war dann leider auch nicht mehrheitsfähig. Man hätte gewisse Diskussionen, die wir in diesem Frühling hatten, nicht gehabt, wenn man sich damals schon so entschieden hätte. Aber sei es so. Das ist Vergangenheitsbewältigung. Wir finden es vor allem deshalb richtig, weil der Steuerfuss den Otto-Normal-Verbraucher viel stärker als irgendein Investitionskredit xy. Bei den Finanzen gibt es ja das Finanzreferendum. Es geht um Finanzkompetenzen. Wenn etwas fast gar nichts kostet, kann es der Stadtrat in der eigenen Kompetenz beschliessen, und wenn es dann etwas mehr kostet, bis zu einem bestimmten Betrag, kann es das Gemeindeparlament in der eigenen Kompetenz beschliessen. Wenn dies über diesen Betrag hinausgeht, der in der Gemeindeordnung genannt ist, kommt obligatorisch das Volk zum Zug. Das ist ein Finanzreferendum. Das gibt es ja. Diejenigen, die jetzt argumentieren, ja, da würden wir uns

als Parlament irgendwie selber entkräften, oder wir sind gewähltes Parlament, die Leute erwarten von uns, dass wir dies machen, dann müssten eigentlich die gleichen für die Abschaffung dieser Finanzkompetenzen sein, respektive dann müsste man eigentlich sagen, egal, wie hoch ein Investitionskredit ist, das Parlament muss eine abschliessende Kompetenz haben, darüber zu befinden. Man kann nicht sagen, bei den Steuern ist dies falsch und wenn es um irgendeinen Investitionskredit für ein Museum geht, das ich nie besuche, ist es richtig, dass das Parlament dort keine abschliessende Kompetenz hat. Das finde ich extrem widersprüchlich. Steuern zahlt jeder oder müsste jedenfalls jeder zahlen. Gewisse tun es nicht. Das ist sicher eine Tatsache. Aber es betrifft sicher Otto-Normal-Verbraucher stärker als irgendwelche Ausgaben, die nachher von der Finanzkompetenz her nicht mehr in der abschliessenden Zuständigkeit des Gemeindeparlaments liegen. Deshalb sehen wir in dieser Forderung überhaupt kein Problem. Es ist nicht so, dass wir nachher irgendwie als Parlament unseren Job nicht mehr machen. Wir würden einfach sagen, dass dies eine so wichtige und entscheidende Frage ist, die man dem Volk unterbreitet, so wie dies eben bei grossen Investitionen heute schon der Fall ist. Deshalb wie gesagt, wir finden dies absolut richtig und unterstützen dies. Einfach noch einmal, und dann höre ich auf, sonst werde ich wieder zu lange: Überlegt Euch doch vielleicht trotzdem noch einmal, ob Ihr den zweiten Satz streichen möchtet. Wir haben dies intensiv diskutiert. Wenn Du zwei Forderungen in einer Abstimmung beantworten musst, was machst Du dann? Du kannst Dich enthalten oder dafür oder dagegen sein. Es gibt eigentlich nichts, was wirklich richtig und zutreffend ist. Deshalb: Come on!

Daniel Probst: Die FdP unterstützt diese Motion grossmehrheitlich, und es ist fast copy-paste von dem, was Christian Werner gesagt hat, was die Begründung ist. Vielleicht trotzdem noch ein paar Ergänzungen, warum unsere Haltung so ist. Einer der wichtigsten Punkte ist bei uns auch, dass wir oft gehört haben oder gerade vorhin von Eugen Kiener gehört, dass man das Parlament beschneidet. Es stimmt eben nicht. Wenn Ihr heute unsere Gemeindeordnung anschaut, das ist Artikel 13, heisst es, wiederkehrende Aufgaben, die über Fr. 400'000.— sind, kommen auch vor das Volk. Ein Steuerpunkt der natürlichen in unserer Stadt sind Fr. 460'000.—. Wenn wir hier ein, zwei Steuerfüsse Erhöhung diskutieren, ist nach Finanzkompetenz eigentlich immer das Volk gefragt. Bei den einmaligen Ausgaben sind es 4 Millionen, bei wiederkehrenden Ausgaben, und das ist ja oft bei Steuern so, wenn man sie erhöht, bleiben sie sicher ein paar Jahre. Auch wenn man sie senkt, bleiben sie in der Regel ein paar Jahre. Dann sprechen wir genau von diesen Fr. 400'000.—. Wenn man die natürlichen und juristischen erhöht, kommt man sogar auf etwa Fr. 700'000.—. Dann hätte man in diesem Sinne die Finanzkompetenz für wiederkehrende Aufgaben schon lange überschritten. Wir beschneiden das Parlament hier nicht, überhaupt nicht, sondern es ist eigentlich völlig in line mit dem, was wir heute von den Finanzkompetenzen schon haben, respektive würde dies sogar noch verstärken, dass man sagt, dass das Parlament eben nicht wiederkehrende Ausgaben von Fr. 400'000.— beschliessen kann. Es würde dies noch verstärken und einfach die Volksrechte stärken. Deshalb erstaunt es mich nicht, dass die SVP dafür ist. Wir haben es gehört. Im Kanton Aargau gibt es diverse Städte, Baden ist genannt worden, die diesen Mechanismus auch schon kennen. Man muss aber gar nicht in den Kanton Aargau gehen. Man kann auch im Kanton Solothurn bleiben. Der Kanton selber hat dies nämlich auch. Beim Kantonsparlament reicht für Steuererhöhungen bis 10 % ein einfaches Mehr. Wenn es über 10 % sind, genügt die Mehrheit der Mitglieder, also 51 Stimmen, und bei über 20 % braucht es eine Volksabstimmung. Auch dort, obwohl es ebenfalls ein Parlament ist, das seine Rechte und Pflichten hat, hat der Gesetzgeber gesagt, nein, bei gewissen Erhöhungen ist es noch abgestuft und soll automatisch obligatorisch vor das Volk gehen. Wir müssen gar nicht in den Kanton Aargau gehen. Wir können auch im Kanton Solothurn bleiben. Wir haben hier auch einen solchen Mechanismus. Noch ein letzter Punkt. Auch das hast Du, Christian, schon erwähnt. Deshalb nur ganz kurz. Am 18. Dezember 2014, als Dein Vorstoss noch in einem 50er-Parlament mit 25 : 19 Stimmen abgelehnt wurde, hast Du es etwas anders genannt. Es war eine Steuererhöhungsbremse. Du hast gesagt, wenn es über 110 % ist, soll es vor das Volk. Hier haben wir jetzt eine Motion, die nicht nur dieses Anliegen berücksichtigt, sondern auch sagt, nicht nur bei Erhöhungen, auch bei Verminderungen soll es vor das Volk. Das ist eine Anpassung. Man

denkt, wenn man auch zustimmen kann, wenn es nicht um Erhöhungen geht, sondern auch bei Verminderungen, ist dies das Eine. Das Zweite ist, dass es nicht irgendwie an einen bestimmten Steuersatz gebunden ist. Wir glauben, und ich habe bei dieser Motion auch mitunterstützt, dass sie dadurch mehrheitsfähig ist. Man hat es beim Kanton. Man sieht es bei anderen Städten, und es ist eine Stärkung der Volksrechte. Deshalb ist eine Mehrheit der FdP-Fraktion der Meinung, dass man dies unterstützen soll.

Felix Wettstein, Grüne: Ich rede für die Fraktion, obwohl wir in dieser Frage tatsächlich auch nicht zu einer einheitlichen Antwort kommen, aber fast, und die Konfliktlinie ist anders als vorher. Die Motion heisst ja deshalb überparteilich, weil tatsächlich auch jemand von unserer Partei dabei ist. Die Überlegung ist ganz sicher berechtigt, dass ein obligatorisches Referendum zu einer zeitlichen Verkürzung führen würde, weil man keine Referendumszeit abwarten muss. Das ist sicher so. Es ist auch klar, dass man eine Veränderung gut begründen muss. Die anderen drei Viertel der Fraktion, wobei nur zwei von drei hier sind, lehnen die Motion ab und zwar mit klarer Überzeugung. Die Sache mit der Überzeugung wurde vorher auch schon gesagt und eindeutig bezogen auf den ersten Satz. Es ist keine Stärkung der demokratischen Rechte, im Gegenteil. Olten hat ein Parlament, und das haben wir genau deshalb, dass die Stimmbevölkerung eben proportional vertreten ist. Es geht überhaupt nicht darum, dass sich das Parlament an die Macht klammern. Es geht darum, dass sich die Mitglieder ihrer Verantwortung stellen, wir Mitglieder des Parlaments. Das heisst halt, sich hineinzuknien. Aktuell ist allen hier klar: Wir haben einen grossen Investitionsbedarf und können ihn mit dem aktuell gültigen Steuerfuss nicht stemmen. Es wird Steuererhöhungen brauchen. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen, und diese Tatsache müssen wir in der Öffentlichkeit vertreten. Dafür werden wir einstehen müssen. In einer Volksabstimmung kann man nur ja oder nein sagen. Im Parlament können wir an diesem Budget kneten, ergänzen, präzisieren, streichen, und das müssen wir auch. Genau dies geht in der Volksabstimmung nicht. Das Parlament setzt sich wie gesagt proportional zu den Wahlergebnissen zusammen und ist in seiner Zusammensetzung über vier Jahre stabil. Genau dies ist in Budgetfragen ein riesiger Vorteil. Es kann nicht einfach eine Interessengruppe mobilisieren, um die Stimmung auf ihre Seite zu ziehen. Es gibt auch keinen Willkürentscheid. Es gibt vielleicht einen zu wenig gut verarbeiteten und durchdachten Entscheid. Dann haben wir eben die Bremse nach wie vor. Es ist auch nachher so, dass die Gesamtbevölkerung ihr Recht behält, einfach in Form des fakultativen Stimmrechts. Es hat vorhin so getönt, als ob bei unserem System die Bevölkerung in Sachen Budget kein Recht hätte. Das stimmt ja gerade nicht. Wir haben es ja gesehen. Das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative hat jetzt noch niemand angesprochen. Aber dieses Verhältnis spielt eine ganz entscheidende Rolle in dieser Frage. Mit der ausserordentlichen Gemeindeordnung, wie sie im Kanton Solothurn gilt, hat das Gemeindeparlament über das Gesamte gesehen sowieso eher eine schwache Position gegenüber der Regierung und Verwaltung, ganz besonders in Fragen von Orts- und Nutzungsplanung, aber auch im Steuern von Investitionsvorhaben. Wir können Investitionen beschliessen. Aber eben: Wir hatten es heute schon. Wenn sie verschleppt werden, haben wir keine Handhabung. Wir haben die Kompetenz, den Steuerfuss festzulegen und ihn dem fakultativen Referendum zu unterstellen und zwar nicht nur den Steuerfuss der natürlichen Personen, sondern auch denjenigen für die Firmen, auch die Personalsteuer, sogar die Hundesteuer. 1 % der Hundesteuer, Daniel Probst, macht keine Fr. 460'000.— aus. Wenn wir dem Parlament diese Kompetenz wegnähmen, würde das Machtgefüge zu Lasten der Legislative in dieser Stadt noch schiefere. Keine Frage, es ist ärgerlich, wenn dann noch einmal einen Monat später erst klar ist, dass es ein Budgetreferendum gibt. Aber das müssen wir aushalten können. Wir müssen für unsere Parlamentsmehrheit kämpfen und einstehen. Das ist unser Job. Dafür sind wir gewählt.

Heinz Eng: Scheinbar gehöre ich hier zur Minderheit der FdP. Ich werde die Motion ebenfalls nicht erheblich erklären, vielleicht nicht ganz so aus wissenschaftlichen und formellen Gründen, wie es erklärt wurde, aber vor allem aus pragmatischen Gründen. Das ist doch genau dies. In der Hypothese, wenn wir die Motion annehmen würden, sie durchkommt, haben wir eine Ebene zu viel drin, und das ist das Parlament. Es wird damit

eigentlich zum Durchlauferhitzer. Der Stadtrat sagt die Steuerfüsse, 110, 115, 120, im Parlament ein grosses Halli-Hallo usw. Schlussendlich nehmen wir sie einfach nur zur Kenntnis, und dann geht es direkt zum Volk. Fertig. So gesehen macht das Ganze keinen Sinn und bin ich dagegen, dass das Parlament in dieser Situation zum Durchlauferhitzer wird. Sonst soll man es gleich direkt durchschieben, vom Stadtrat zum Volk.

Urs Knapp: Ich glaube, die Temperatur hat ein Bild provoziert, lieber Heinz, das nicht stimmt. Das Parlament wird nicht zum Durchlauferhitzer, sondern das Parlament kann genau gleich über das Budget entscheiden, kann genau gleich über den Steuerfuss entscheiden. Es kann dies genau gleich tun. Der einzige Unterschied ist, dass es, wenn es eine Veränderung im Steuerfuss gibt, gegen oben oder gegen unten, bei der das Parlament entscheiden muss, obligatorisch vor das Volk kommt. Das hat nichts mit Durchlauferhitzer zu tun.

Christian Werner: Ich möchte bei dem anschliessen, was mein Vorredner gesagt hat, und ich finde dies sehr wichtig. Ich möchte dies unterstreichen. Es geht sicher nicht darum, dass wir irgendwie ein überflüssiges Parlament kreieren. Ich meine, das ist unser staatspolitisches System. Kein Parlament in der ganzen Schweiz hat abschliessende Kompetenzen, kein Parlament. Deshalb geht es eigentlich auch nicht um eine direkte Demokratie, sondern um eine halbdirekte oder indirekte oder wie man dem sagen will. Ich glaube, in der Lehre spricht man von halbdirekt. Aber es ist ja egal. Das ist jedoch eben genau das System, dass ein Parlament gewisse Kompetenzen hat, aber das Volk auch immer noch die weiteren Kompetenzen hat. Daniel Probst hat den Faden aufgenommen, den ich zu spinnen begonnen hatte. Ich hatte die Zahlen nicht mehr im Kopf. Deshalb wollte ich mich am heutigen Abend nicht noch einmal auf die Äste hinauslassen. Aber es sind die Fr. 400'000.—. Alles, was darüber hinausgeht, können wir ja hier nicht mehr abschliessend behandeln. Dann kommt das Volk zum Zug. Es würde ja niemand zum Schluss kommen, wir seien ein Durchlauferhitzer, wenn es um grössere Investitionen geht. Dann findet dieser parlamentarische Prozess genau gleich statt. Wir debattieren hier. Wir geben nachher sogar eine Empfehlung an das Volk. Aber am Schluss entscheidet abschliessend das Volk. Das ist heute Usus. Wenn man jetzt so tut, als ob man mit Zustimmung zu dieser Motion gross etwas verändern würde, streut man den Leuten Sand in die Augen. Das Einzige, was sie verlangen, ist, dass man bei Veränderungen des Steuerfusses eigentlich den gleichen Meccano wie heute bei Investitionen hätte. That's it! Das ist nicht so revolutionär. Wie gesagt, gerade wegen der individuellen direkten Betroffenheit von Steuern ist es absolut legitim, dass man dort eine Gleichstellung fordert. Das hat nichts mit einem Durchlauferhitzer zu tun.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe etwas ein Problem. Wir haben natürlich auch Fraktionssitzungen. Aber das ist manchmal auch ein wenig eine Blase. Entschuldigung, wenn ich dies sage. Ich war ja einmal jemand, der die ausserordentliche Gemeindeorganisation anregen wollte, dass man dies vielleicht noch einmal überdenken würde und doch noch direkter die Gemeindeversammlung. Aber es ist ja dann mit 25 : 19 Stimmen abgelehnt worden. Wenn ich jetzt den Stimmungen so zuhöre, wir müssen ja ein wenig zuhören, ist die Sache mit dem Durchlauferhitzer sicher total falsch. Das kann ja nicht sein. Wir reden ja darüber. Das ist auch beim Bund so. Es heisst immer, 80 waren dafür und 60 dagegen, und dann stimmt man ab. Für die Materie, dass wir einfach auch die Leute mitnehmen. Auch hier sind wir etwas eine Blase, wie wir jetzt ein paar Mal leidvoll erleben mussten. Wenn wir dies jetzt am Anfang mit Rücksicht, dass es ein obligatorisches Referendum gibt, müssten, würden wir uns vielleicht besser einigen, würden eine Empfehlung abgeben. Dann gäbe es rasch die Abstimmung. Ich sehe jetzt eigentlich das Problem nicht, wieso man dies nicht machen darf.

Matthias Borner: Es ist einfach eine Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit eines Referendums bei einer Steuerveränderung wesentlich grösser ist. Wenn die Steuern geändert werden, verursacht dies Widerstand. Wenn wir hier ein obligatorisches Referendum erklären, fällt die Referendumsfrist weg und zwar zweimal, beim ersten Budget und beim

zweiten Budget, wie wir es jetzt erlebt haben. Dadurch gewinnen wir gleich wieder Zeit, womit wir eigentlich wieder bei der letzten Motion sind. Wir gewinnen Zeit und haben dadurch auch eine kürzere budgetlose Zeit, wenn das erste Budget abgelehnt wird. Merci.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ein Tipp an Christian Werner: Wenn Du kürzer sein willst, nimm Dir ein Beispiel an mir und dann wird dies so sein. Wo ich Dir recht geben muss, ist, dass der Motionstext sehr speziell geschrieben ist. Der erste Antrag ist eine klare Motion, und der zweite Antrag ist eigentlich ein Postulat, weil der Budgetprozess Sache des Stadtrates ist. Wenn man die Motion jetzt so mit diesem Text annehmen würde, gäbe es gewisse Schwierigkeiten. Heute Abend wieder ein Novum, es liegt wahrscheinlich am warmen Wetter, dass ich sogar mit Felix einmal einig bin. Er hat es zwar nicht so gesagt. Aber Ihr müsst Euch bewusst sein, und da staune ich, wer die Motion unterschrieben hat, dass es eine Steuererhöhungsbremse ist. Ihr müsst jedes Mal, wenn Ihr die Steuern um 1 oder 2 % erhöht, obligatorisch vor das Volk. Das Referendum kann man immer ergreifen. Aber das impliziert, dass es relativ schwierig sein wird, wenn das Parlament in Zukunft, wenn es Investitionen tätigen will und dafür die Steuern erhöht oder der Stadtrat dies macht, dies vor dem Volk durchzusetzen.

Muriel Jeisy: Mir geht es auch darum, Verantwortung wahrzunehmen, auch vom Volk. Ich finde, Volksrechte sind gut und recht. Aber wenn man gerade die Entwicklung, die uns in die Referenden hineinführt, im Moment anschaut, ist es eigentlich so, dass das Volk vielleicht im Parlament nicht so gut vertreten ist. Hier ist das Volk auch nicht ganz unschuldig, wenn man die letzte Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen anschaut. Deshalb finde ich es jetzt eigentlich nicht richtig, wenn man jetzt die Verantwortung und Kompetenzen des Parlaments beschneidet, so dass eigentlich dann der Anreiz zu wählen, noch viel kleiner wird. Ich finde es sonst schon relativ beschämend, wie es letztes Mal war und möchte eigentlich nicht, dass wir hier dann eine ähnliche Story wie an gewissen Gemeindeversammlungen in Gemeinden haben, wenn die Leute nur kommen oder nur abstimmen können, wenn es direkt um Steuererhöhungen geht und sonst nicht, sondern ich wünschte mir auch sonst eine relativ aktive Beteiligung des Volks.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte jetzt noch zwei Sachen betonen, die mir schon sehr zu denken geben. Das Eine ist, dass jetzt mehr oder weniger Aussagen kommen, wie wenn das Volk überhaupt keine Mitbestimmung hätte. Das stimmt doch einfach nicht. Ihr habt ja selber demonstriert, dass man das Referendum ergreifen kann. Dann kann das Volk darüber abstimmen. Diese Aussage ist einfach «Chabis». Das Volk kann mitbestimmen, wenn es sein muss. Das Andere ist, dass nur wegen dieser Zeitfrage eine so fundamentale Machtverschiebung zu beschliessen, ist doch völlig unverhältnismässig. Die Zeitfrage ist ein Problem. Wir haben ein Problem, wenn das Referendum ergriffen wird. Dieses Problem haben wir aber auch bei einem obligatorischen Referendum, dass wir nachher eine Lücke haben, wenn man den Steuerfuss ändert, die man überbrücken muss und während der wir kein Budget haben. Es kann nicht sein, dass dies als Begründung für eine so fundamentale Veränderung des politischen Systems angeführt wird.

Felix Wettstein: Nur noch eine kurze Ergänzung zu dem, was Benvenuto gesagt hat. Jawohl, es ist eine Steuererhöhungs- und auch eine Steuersenkungsbremse. Da kann man denken, ja, gut, das ist ja schön. Das wollen wir ja. In der momentanen Situation ist es auch mit dem siebenjährigen Finanz- und Investitionsplan in Verbindung zu setzen. Wenn wir heute Abend in dieser Frage eine Mehrheit haben, bekommt Olten weder ein Schulhaus noch einen Bahnhofplatz.

Dieter Ulrich: Ich möchte mich auf diesem Weg an Arnold Uebelhart wenden und bitten, bei unserem Beschluss und unseren Diskussionen zu bleiben. Als Zückerchen: Du hast das Stichwort geliefert, Gemeindeversammlung. Wenn der Wunsch, dass man das Budget jeweils unbedingt im alten Jahr noch durchbringt und wirklich über allem steht, und darauf läuft es irgendwie hinaus, wenn ich diesen Diskussionen zuhöre. Wir wären bereit, irgendeine fundamentale Änderung in einem ganzen Prozess zu machen, nur, damit wir dies

sicher durchbringen. Dann müssen wir zur Gemeindeversammlung zurück. Überlegt Euch lieber, ob man nicht diesen Weg gehen will. Dann haben wir es nach einer Gemeindeversammlung durch. So kann man das Volk auch direkt miteinbeziehen und hat mehr Demokratie, wenn dies ein Argument sein soll. Aber jetzt an diesem Punkt herumzubasteln, nur, weil man sicher sein will, dass es diese Lücke nicht gibt, die es dann aber gleichwohl geben würde, wenn das Budget abgelehnt wird, davon möchte ich einfach stark abraten.

Philippe Ruf: Ich sehe es ähnlich, wie es Dieter gerade gesagt hat. Es ist wichtig, dass wir uns hier damit befassen müssen. Das ist unsere Aufgabe als Parlament, dass wir dieses Budget regeln. Ich nehme an, die jetzigen Vorstösse resultieren daraus, dass wir ein Budgetreferendum und eine budgetlose Zeit hatten. Das Problem daran war nicht das System, sondern dass die Personen hier es nicht geschafft haben, ein mehrheitsfähiges Budget zu erstellen. Wir haben hier keine Einigung erzielt und deshalb ist es vor das Volk gegangen. Die Personen sind das Problem, nicht das System. Das ist ein oft gemachter Fehler, dass man versucht, irgendwie das System oder irgendetwas zu ändern, die Systematik anzupassen, weil man nicht gerne über die Leute spricht. Aber das müssen wir schon auch einsehen. Ruedi Moor hat es gesagt. Ich zitiere ihn. Ich weiss nicht, wie es war. Ich bin noch nicht seit 20 Jahren hier dabei. Aber dass wir dies dreimal in 20 Jahren hatten. Wir müssen uns auch überlegen, wenn wir uns einig sind, bringen wir dies einfach noch so vor das Volk, obwohl wir uns alle einig sind. Da komme ich mir auch etwas blöd vor, weil dies ja in unserer Kompetenz Exekutive und Legislative beschlossen wurde. Das müssen wir in unserer Verantwortung behalten.

Michael Neuenschwander: Ich mache es noch kürzer als Benvenuto. Ich bin für Ablehnung dieser Motion. Ich möchte auch nicht, dass die Leute nach einer langen Parlamentssitzung im Dezember nicht Unterschriften sammeln müssen. Ich finde, das ist zumutbar.

Christian Werner: Einfach nur noch ganz kurz. Ich finde es ein wenig zynisch, dass zum Teil genau diejenigen, die den Referendumsbefürwortern vor wenigen Wochen vorgeworfen haben, dass die Schulkinder die Konsequenzen des fakultativen Referendums ausbaden müssen, und das fakultative Referendum jetzt für die Stadt so schlecht sei, jetzt diejenigen sind, die sagen, Ihr könnt das fakultative Referendum ergreifen. Das müssen wir in Kauf nehmen. Das ist kein Problem. Sagt es das nächste Mal einfach diesen Schulkindern, die Ihr immer hinzitiert habt, ins Gesicht und seid ehrlich genug.

Daniel Kissling: Ich muss einigen Leuten recht geben, denen ich sonst nicht so viel recht gebe. Einerseits jetzt gerade Christian Werner. Ich finde, die Diskussion hier läuft falsch. Dort hat aber auch Philippe Ruf recht. Ich muss vielleicht vorausschicken. Lange habe ich mich mit dieser Vorlage schwergetan und hin und her überlegt und werde mich enthalten, weil ich ganz ehrlich auf keinen grünen Zweig gekommen bin, was besser ist. Was mich aber heute schon fast dazu bewogen hat, doch noch ja zu stimmen, liegt einfach daran, wie die Diskussion hier geführt wurde. Zwar sagen die Gegner der Vorlage, sie seien nicht gegen mehr Volksrechte und das Volk kann ja abstimmen. Aber der Grundton ist schon so etwas, das Volk wird sowieso jede Steuererhöhung ablehnen. Diesen Eindruck des Volks zu vermitteln, dass man dies dem Volk eigentlich nicht zumuten darf, weil es zu Steuererhöhungen sowie nein sagen wird, geht mir ziemlich gegen den Strich, weil dies eine falsche Vorstellung ist. Das Budget ist letztes Jahr nicht per se abgelehnt worden, weil die Steuererhöhungen komplett abgelehnt worden wären, sondern weil wir und auch der Stadtrat, das muss man auch ihm sagen, nicht fähig waren, klar zu machen, warum dies angenommen werden muss. Dort geht es wieder zurück zu dem, was Philippe gesagt hat. Dort geht es darum, wie auch wir hier ein Budget machen. Dort haben wir eigentlich ein wenig versagt. Da meine ich jetzt nicht alle von uns, sondern man muss auch wieder sagen, dass wir dieses Budget eigentlich durchgebracht haben, nämlich mit einer klaren Mehrheit, aber dass es trotzdem abgelehnt wurde. Wo genau wer schuld ist, kann man noch lange diskutieren. Aber wenn wir so weiter diskutieren, dass wir auf Gedeih und Verderben keinen Schritt aufeinander zugehen, und da sage ich jetzt wieder den Budgetgegnern, dass die

Schuld vielleicht dort liegt, das muss ich gleichwohl tun, haben wir ein Problem. Ich glaube, ob wir jetzt dafür oder dagegen sind, spielt keine Rolle. Wir müssen am Schluss einfach überlegen, wann es uns wirklich wert ist, total in die Opposition und wann nicht.

Urs Knapp: Ich möchte einfach noch für das Protokoll sagen, dass Du, Dieter, für einmal nicht ganz recht hat. § 51 des Solothurner Gemeindegesetzes sagt, dass ein Drittel der Anwesenden an einer Gemeindeversammlung eine Urnenabstimmung verlangen können. Das ist das Höchste. Die Gemeinde könnte sogar noch tiefer gehen. Es ist also nicht so, dass an einer Gemeindeversammlung abschliessend entschieden wird. Ein Drittel der Anwesenden, nicht einmal die Mehrheit, kann eine Urnenabstimmung verlangen.

Luc Nünlist: Nur noch eine kurze Reaktion zu Daniel Kissling. Ich kann Deiner Argumentation absolut folgen. Mir geht es auch gegen den Strich, wenn man das Volk in seinen Rechten beschneidet. Aber das Problem, das wir natürlich haben, ist, dass man auch wirklich alle Fakten auf den Tisch legen muss. Bevor wir diese Machtverschiebung eingehen, müssten wir aber auch sagen, dann brauchen wir die Offenlegung der Parteienfinanzierung jetzt, bevor dies durchkommt, ganz dringend. Sonst haben wir ein anderes Problem. Dort beisst sich dann die Katze etwas in den Schwanz. Du weisst, was ich meine.

Tobias Oetiker: Der zweite Satz bleibt drin, weil er eben dazu dient, dass das Budget im alten Jahr noch bewilligt werden kann, egal, ob dies jetzt bei einer Abstimmung positiv oder negativ ausgeht, weil dann noch Zeit ist.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ihr habt ja noch den Wortlaut verändert. Ich lese dies aus diesem Grund vor, weil wir nachher über die Motion mit verändertem Wortlaut abstimmen, ob sie erheblich erklärt werden soll. Es heisst: «Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament eine Anpassung der Gemeindeordnung vorzulegen, welche bei Änderungen des Steuerfusses das Budget dem obligatorischen Referendum unterstellt, wobei der Budgetprozess so zu planen ist, dass das obligatorische Referendum noch im alten Jahr stattfindet».

Beschluss

Mit 22 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2019

Prot.-Nr. 89

Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner hält folgende Schlussrede als abtretende Präsidentin:

«Ich habe mich entschieden, meine Abschlussrede zum intensiven Präsidialjahr mit zwei Aspekten aus meinem Grusswort im Bettags-Gottesdienst zu umrahmen. Für mich hat dieser Anlass zu einem von vielen Highlights im letzten Jahr gehört. Ein genialer Start ein paar Tage vor der ersten Sitzungsleitung. Ich zitiere: Sucht der Stadt Bestes und betet für sie. Ich lade Sie ein, für all das Gute, das wir in unserer Stadt finden, danke zu sagen. Heute speziell und auch in Zukunft. Danke sagen öffnet unseren Blick und verändert unsere Perspektive. Es ist nicht möglich, gleichzeitig zu danken und zu schimpfen. An der ersten Sitzung habe ich den nachfolgenden Wunsch für unsere gemeinsame Parlamentsarbeit formuliert. War es ein frommer Wunsch? Ich wünsche mir, dass wir im gemeinsamen intensiven Ringen nach Antworten lösungsorientierte Wege beschreiten können und die Vielfalt von Meinungen weiterhin Platz haben darf, zunehmen und zu Merkmalen von Qualität werden, das Finden von gemeinsamen Lösungen ausbauen. Die Leistungsvereinbarung mit der Schützi ist einstimmig angenommen worden. Der Neuorganisation der Stadtentwicklung wurde zugestimmt. Auch dem Schulhauskredit ist zugestimmt worden. Es wurden einige überparlamentarische Vorstösse eingereicht. Wir als Parlament haben zwei Referendumsabstimmungen verloren. Ist dies die Konsequenz, dass es gelungen ist, gemeinsame Lösungen zu finden? Ich überlasse es Euch selber, diese Frage zu beantworten. Verschiedene Argumente und Gegenargumente als Chance nutzen. Es ist intensiv, mit Leidenschaft und Herzblut debattiert worden. Nicht immer gelang es, dass Gegenargumente als Chance genutzt werden konnten. Ich musste zusätzlich erfahren, dass mein Handlungsspielraum als Sitzungsleitung nicht so gross ist. Der Rechtskonsulent hat mich mit Wertschätzung und Klarheit darauf hingewiesen, dass ich nicht befugt sei, zur Abstimmung zu schreiten, wenn der Bedarf an Votes noch vorhanden sei. Einen Ordnungsantrag dürfen nur Parlamentsmitglieder stellen. Ich bin der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich von mir in Anspruch nehmen kann, dass ich durchaus lernbereit bin. Sicher nicht fehlerfrei. Das habt Ihr in der Zwischenzeit ja selber gemerkt und festgestellt. Ich erinnere mich deshalb noch gut, als ich meiner Fraktionskollegin den Ball zugespielt habe und sie fragte, Heidi, möchtest Du aufgrund Deines Votums, dass es jetzt reicht und die Meinungen durchwegs gemacht sind und man abstimmen könnte, dies noch offiziell als Ordnungsantrag stellen? Ich gebe es ehrlich zu, dass ich über das schnelle und gut hörbare Nein schon ein wenig überrascht war. Pech gehabt. So funktioniert es scheinbar auch nicht. Es lohnt sich, nach anderen neuen und gemeindeordnungskonformen Wegen Ausschau zu halten. Die Herausforderungen meistern, nachvollziehbare Antworten zu kommunizieren, die hoffnungsvolle Signale aussenden, ein Bild in der Presse zu vermitteln, das in Übereinstimmung mit unserer Absicht steht und ist. Wenn mir meine Freundin aus der Region Bern am Tag nach der zweiten Budgetsitzung gratuliert, dass Olten jetzt ein Budget hat, ist dies durchwegs ein hoffnungsvolles Signal, auch wenn ich mir bewusst war, dass wir alle bis Ende Juni, genau bis morgen, noch auf Rechtsgültigkeit warten müssen. Ich bin froh, dass ich die soeben zitierte Aussage als Hoffnung und nicht als Ziel für mein Präsidialjahr formuliert habe. Eine

Hoffnung aber, die man schon als erfüllt sieht, ist keine Hoffnung mehr. Die Auswirkungen der budgetlosen Zeit auf Bildung, Kultur und weitere Bereiche mussten unter anderem die Schwächsten ausbaden.

Es war wichtig und es wird aus meiner Sicht wichtig bleiben, dass sich die Hoffnung und nicht die Resignation ausbreitet, damit Euch ja nicht Eure Leidenschaft, sich für etwas Gutes einzusetzen, abhanden kommt und Euch die Freude und Bereitschaft anzupacken nicht verlässt. Ich schliesse mit danken. Bedanken möchte ich mich bei allen, die sich in diesem Jahr mit Wertschätzung und Klarheit eingebracht haben. Ich bedanke mich bei allen für Eure wohlwollende Unterstützung. Einen besonderen Dank spreche ich der Stadtkanzlei, der Verwaltung, dem Parlamentsbüro, meinem Vizepräsidenten und meiner Fraktion aus. Das vergangene Jahr war rasch vorbei und sehr lehrreich, auch wenn es nicht immer nur friedlich zugeht. Doch meine Freude und das Engagement sind geblieben. Diese Tatsache steht auf meinem Küchentuch und ist so beschrieben. «Frieden bedeutet nicht, an einem Ort zu sein, wo es keinen Lärm, Ärger und harte Arbeit gibt. Es bedeutet vor allem, die innere Ruhe zu bewahren». Ich bin froh, dass ich diese Gelassenheit und diesen Frieden in diesem Jahr immer wieder persönlich erleben durfte und so meine Leidenschaft für die Menschen umsetzen konnte. Leidenschaft ist auch vor vierzehn Tagen am Frauenstreik sichtbar und hörbar gewesen. Ein toller Anlass. Es braucht mehr Frauen in der Politik, die sich engagieren. Die Tendenz im Oltnen Parlament geht leider in eine andere Richtung. Von sieben Frauen, die in dieser Amtsperiode zurücktraten, ist nur eine Frau im Parlament neu vereidigt worden. Es besteht Aufholbedarf. Ich runde meine Rede wie angekündigt mit dem zweiten Statement aus meinem Grusswort des Bettags-Gottesdienstes ab. Auch wenn ich mich jetzt aus dem Parlament verabschiede und den Platz meinem jüngeren dynamischen Parteikollegen übergebe, werde ich weiterhin eine individuelle Verantwortung und einen persönlichen Beitrag für unsere Stadt übernehmen. Mit einer dankbaren Haltung will ich einen Beitrag für eine gesunde befreiende Fehlerkultur leisten. Ich bin der Überzeugung, dass das Beten für unsere Stadt durchwegs Hoffnung und Veränderungspotenzial in sich trägt. Vielleicht habe ich Euch jetzt «gluschtig» gemacht, am nächsten ökumenischen Bettags-Gottesdienst teilzunehmen. Save the date! 15. September, um 10 Uhr, mit dem Grusswort von Daniel Probst.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich übergebe dem neu gewählten Parlamentspräsidenten ab dem 1. August einen Stick. Darauf sind all meine Vorlagen. Du kannst sie weiterentwickeln und nachher weitergeben. Zusätzlich übergebe ich Dir auch meine Namensliste, den Plan. Vielleicht kannst Du dies auch brauchen. Ich wünsche Dir viel Erfolg.

Daniel Probst: Merci vielmals.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Dem Stadtschreiber überreiche ich ein kleines Geschenk mit bestem Dank für die wohlwollende, wertschätzende Unterstützung.

Markus Dietler: Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Auch Andrea von Känel überreiche ich eine Flasche Prosecco und nicht Blumen.

Andrea von Känel Briner: Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

Muriel Jeisy: Ich möchte auch noch das Wort ergreifen. Am Anfang haben wir gehört, dass sowohl unsere abtretende Parlamentspräsidentin die Demission eingereicht hat als auch

Beatrice Schaffner und kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen leider auch Christoph Fink. Wir möchten im Namen der Fraktion allen ganz herzlich für ihr Engagement und ihre Mitarbeit danken. Wir werden sie dann noch separat verabschieden. Wir möchten es nicht unterlassen, Marlène auch noch separat für ihr riesiges Engagement zu danken, auch in diesem Präsidialjahr, wo man wirklich ihr Herzblut und ihre wertschätzende positive Haltung und auch den Versuch, mit neuen Ideen neue Wege zu beschreiten nach dem Motto «Wo ein Wille, ist auch Weg» gespürt hat. Sie ist wirklich eine ganz tolle, starke Frau. Das hat sie wunderbar bewiesen. Merci vielmals, Marlène.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Danke vielmals. Ich habe gerade gehört, es sei etwas zum Wandern. Dafür habe ich jetzt dann wieder etwas mehr Zeit. Das Schlusswort hat Daniel Probst.

Daniel Probst: Liebe Marlène, Du hast uns allen gedankt. Jetzt danke ich Dir im Namen von uns allen, vom Parlament, Büro, Stadtrat, für dieses tolle Präsidialjahr. Du hast dies unserer Meinung nach hervorragend gemacht. Du hast noch einmal ausgeführt, was Du bei der Eröffnungsrede gesagt hast, dass Du Dir mehr Gemeinsames gewünscht hättest, dass Du Dir gewünscht hast, dass wir mehr aufeinander hören und nach Lösungen suchen. Ja, das ist vielleicht nicht immer gelungen. Aber das lag sicher nicht an Dir. Neben Dir habe ich erlebt, wie Du Dir oft gewünscht hättest, dass man eben Lösungen findet, dass man sich zuhört, wir haben oft gedacht, man hört sich in diesem Rat nicht immer zu, und dann wirklich auch miteinander diese Lösungen findet. Ich habe Dich als sehr energiegeladen erlebt, einen Menschen mit viel Energie, mit viel Ausdauer. Ich kann mich erinnern. Nach der Budgetdebatte, die ja deutlich nach Mitternacht fertig war, hast Du mich gefragt, erledigen wir heute noch die restlichen Geschäfte oder hören wir auf. Du hättest noch Energie gehabt. Ich glaube, alle anderen nicht mehr. Aber Du hättest es bis zum nächsten Morgen durchgezogen. Du bist sehr gut organisiert. Du hast mir jetzt zum Glück all diese Sachen übergeben. Ich hatte Dich schon gefragt. Du hast Checklisten, Du hast den Presenter neu eingeführt, Du hast die Stimmkarten eingeführt, mit denen man nicht nur abstimmen, sondern auch Luft zufächern kann, wie wir heute gemerkt haben. Du hast wirklich neue Sachen initiiert, die ich selber und meine Nachfolgerinnen und Nachfolger nachher sicher auch gerne brauchen. Dann bist Du für mich einfach auch ein ganz toller Mensch, ein herzlicher Mensch. Du strahlst Gelassenheit aus, auch wenn es hier manchmal wie heute etwas hitzig wurde und hast dies toll durchgeführt. Es ist schade, dass Du jetzt aufhörst, und es ist schade, ich habe es selber auch gemerkt, dass fast immer, wenn eine Frau zurücktritt, ein Mann nachkommt. Es ist auch bei Beatrice so. Es ist bei Dir so. Es geht so weiter, und das finde ich nicht gut. Ich finde, es bräuchte mehr Frauen in der Politik, vor allem auch mehr solche Frauen wie Dich, die sich so stark engagieren. Wir werden Dich vermissen. Aber wir verstehen, dass Du andere Wege beschreiten möchtest. Wir werden Dich in Olten sicher noch weiter erleben. Noch einmal: Vielen, vielen Dank für das tolle Präsidialjahr. Es hat mir Freude gemacht, neben Dir zu sitzen und ab und zu ein wenig unterstützen zu dürfen. Wir geben Dir jetzt einen Gutschein von der Stadt. Du hast Dir einen IG-Gutschein gewünscht, dann kannst Du das Gewerbe noch etwas unterstützen, und natürlich einen Blumenstrauss. Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Herzlichen Dank. Jetzt siedeln wir ins Magazin über, löschen unseren Durst und schwatzen noch ein wenig.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.